

Neutralismus und Entspannung zwischen Ost und West - Wunschtraum oder Realität?

(Neutralism and East-West Détente – Wishful Thinking or Reality?)

This booklet is the first study in a series on
Neutralism and Détente

**NEUTRALISMUS UND ENTSPANNUNG ZWISCHEN OST UND WEST –
WUNSCHTRAUM ODER REALITÄT?**

(Neutralism and East-West Détente – Wishful Thinking or Reality?)

© 1969

**International Documentation and Information Centre
(INTERDOC)**

Van Stolkweg 10, The Hague, Holland

INTERDOC CONFERENCE

**Deidesheim
19./20. September 1969**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. <u>Vorbemerkung</u>	5
2. <u>Neutralismus und Entspannung zwischen Ost und West</u> – <u>Wunschtraum oder Realität?</u>	7
von Rolf Geyer	
3. <u>„Entspannung“</u>	27
1. aus östlicher (sowjetisch-kommunistischer) Sicht und	
2. in ihren Rückwirkungen auf das sozialistisch-kommunistische	
Lager	
von Hans Hartl	
4. <u>The boundaries of détente</u>	40
by Philip Windsor (aus „The World Today“, June 1969, London)	
5. <u>Security through détente</u>	50
by Dr. W. Koops und Colonel W. Wierda	
6. <u>Neutralität</u>	62
von Leg.-Rat Dr. H. Fiedler	
(Vorabdruck aus der vergleichenden Enzyklopädie „Sowjetsystem	
und demokratische Gesellschaft“, Herder Verlag)	
7. <u>The problem of neutrality in the East-West Conflict</u>	77
by Dr. C. D. Kernig	
8. <u>Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegen-</u> <u>wärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen und</u> <u>Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte</u>	88
(Hauptdokument der Moskauer Beratung der kommunistischen	
Parteien (5. 6.–17. 6. 69), Auszüge)	

VORBEMERKUNG

Unter den Themata, welche die politische Diskussion seit Jahren bewegen, nimmt der Begriff der *Détente* (Entspannung) einen besonderen Rang ein. Hier kristallisieren sich gleichermaßen die emotionale Sehnsucht der Völker nach Frieden und die rationalen Überlegungen der Regierungen, wie man zu einem Miteinander der Staaten kommen könne, um von der Kriegsfurcht befreit wenigstens von der Bürde der Rüstungen teilweise erlöst zu werden. Auch das „Sozialistische Lager“ nimmt für sich in Anspruch, ungeachtet der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen nach allgemeiner „Entspannung“ zwischen den beiden „Lagern“ zu streben – wobei allerdings von einer Verwirklichung anderes erhofft wird, als wir von diesem Zustand erwarten.

Der Begriff des *Neutralismus* taucht ebenfalls in der politischen Diskussion immer wieder auf. Die Politik der Blockfreiheit, die vor allem von den sogenannten Entwicklungsländern sowie in Europa z. B. von Jugoslawien praktiziert wird, ist umgesetzter Neutralismus.

Es ist evident, daß zwischen Neutralismus und *Détente* Zusammenhänge bestehen. Je mehr *Détente* herrscht, desto eher können neutrale Staaten damit rechnen, diesen ihren Status zu bewahren.

Umgekehrt könnte man aber auch folgern, daß eine Politik des Neutralismus schließlich zur Schaffung einer neutralen Zone führen wird, die ihrerseits eine partielle oder generelle *Détente* nach sich ziehen würde. Aus den verschiedenen vom Sowjetblock vorgeschlagenen Plänen zur Organisation Europas, deren letzter der Vorschlag für ein europäisches Sicherheitssystem ist, können derartige Aspekte durchaus herausgelesen werden.

Das am 19. und 20. 9. 69 durch Interdok in Deidesheim veranstaltete Colloquium hat zum Ziel

- die Möglichkeit einer *Détente* in Europa zu untersuchen
- festzustellen, ob und wie weit in diesem Erdteil im Rahmen des Ost-West-Verhältnisses Voraussetzungen für eine Politik des Neutralismus gegeben sind sowie
- den Versuch einer Antwort auf das „Was tun?“ zu unternehmen.

Die vorgelegten Aufsätze sind

- das Grundsatzreferat der Konferenz
- die Untersuchung der Lage im Sowjetblock im Bezug auf Neutralismus und Détente
- Auszüge aus dem Grundsatzdokument auf der Moskauer Parteienkonferenz sowie
- einige - wie uns scheint- interessante allgemeine Betrachtungen zu diesen Themata.

Wir sind den Verlagen, die uns freundlicherweise den Nachdruck erlaubten, zu herzlichem Dank verpflichtet.

Um eine Vorlage der Dokumentation bereits zu Konferenzbeginn zu sichern, wurden die Beiträge in der jeweiligen Originalfassung - englisch oder deutsch - veröffentlicht. Wir bitten hierfür um Verständnis.

Die Herausgeber

NEUTRALISMUS UND ENTSPANNUNG ZWISCHEN OST UND WEST

- WUNSCHTRAUM ODER REALITÄT?

von
Rolf Geyer

Das Generalthema unseres Colloques lautet:

„Neutralismus und Entspannung zwischen Ost und West - Wunschtraum oder Realität? “.

Das Thema fordert, daß wir das Ost-West-Verhältnis daraufhin untersuchen, wie es sich in der noch überschaubaren Zukunft wohl entwickeln könne. Bleibt dieses Verhältnis bis auf weiteres ein Spannungsverhältnis? Kann es sich zu einem friedlichen Miteinander entwickeln? Wie sind die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung? Schließlich: Gibt es Möglichkeiten für Europa oder einen der europäischen Staaten sich aus diesem gegenwärtigen Konfliktverhältnis herauszulösen oder herauszuhalten, also „neutral“ zu werden oder zu bleiben? Wie sind die Bedingungen hierfür? Oder „Wie können diese Bedingungen geschaffen werden? “.

Hieraus folgt die Frage, ob psychopolitische Einstellungen der Völker zu den Fragekomplexen der Entspannung und der Neutralität vorhanden sind, die möglicherweise eine entsprechende Reaktion der Regierungen veranlassen könnten.

Dieses Papier will versuchen, eine für den Gesamtablauf des Colloquiums grundlegende allgemeine Antwort auf diese Fragen zu geben.

Um nicht aneinander vorbei zu reden, muß man die im Thema enthaltenen Begriffe:

Ost-West-Verhältnis
Entspannung
Neutralismus

definieren oder sie wenigstens ihren Inhalten nach eingrenzen.

Wir verstehen unter „Ost-West-Verhältnis“ die alle Lebensgebiete umfassende Konfrontation zwischen atlantischer Gemeinschaft und dem Kommunismus sowjetischer Prägung, der sich im Warschauer Pakt sowie in den nichtregierenden kommunistischen Parteien Westeuropas manifestiert.

Die anderen Spielarten des Kommunismus, insbesondere diejenige Pekings, klammern wir bewußt aus, um das Thema nicht zusätzlich zu komplizieren. Der „geographische“ Untersuchungsbereich wiederum wird Europa sein. Wir wissen selbstverständlich, daß die Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion weltweit ist, mithin die Grenzen Europas überschreitet. Wir sind aber andererseits davon überzeugt, daß Europa, in dem atlantische Gemeinschaft und Warschauer Pakt sozusagen in „Tuchfühlung“ stehen, noch immer den Schwerpunkt in der Ost-West-Auseinandersetzung bildet. Außerdem verdient im Augenblick die Frage eines „europäischen Sicherheitssystems“ unsere besondere Aufmerksamkeit. Allein die Forderung nach diesem System hat die beiden weiteren, nunmehr zu definierenden Begriffe: Entspannung (Détente) und Neutralismus erheblich aktualisiert.

Entspannung (Détente)

Der Begriff der Détente (Entspannung) taucht seit dem Abschluß der Kuba-Krise im Oktober 1963 in der „politischen Philosophie“ der USA und ihrer Partner häufig auf. Mit ihm bezeichnet man sowohl den von der Kuba-Krise bis zum 21. 8. 68 andauernden Zustand der Ost-West-Beziehungen wie auch die Politik, die zu diesem Zustand geführt hatte, und von der man erwartete, daß sie zu einem weiteren Abbau der vorhandenen Spannungen führen könne. Aufgrund der Definition, die dem Begriff Détente gegeben wird, erscheint die kommunistische Politik der friedlichen Koexistenz vielfach als ein inhaltlich ähnliches Gegenstück. Ihre zunächst lautstarke Betonung wurde allerdings seit Chruschtschews Sturz zugunsten einer stärkeren Betonung des Sicherheitsdenkens nach innen und außen (Bukarest 1966, Karlsbad 1967, Budapest 1969, Moskau 1969) abgeschwächt.

Das französische Wort Détente (von détendre = abspannen, nachlassen) bedeutet zunächst einmal: der Drücker, der Abzugsgriff eines Gewehres. Sinnbildlich wird es in den Lexika mit Nachlassen der Spannung übersetzt.

Im Deutschen bedeutet „Entspannung“ in der Logik der Geschehensabfolge primär einen Vorgang, und zwar eine Tätigkeit: Spannung beseitigen, das Entspannen, sekundär den Zustand, der durch diese Tätigkeit erreicht werden soll: Entspanntheit.

Auf das Gebiet der Politik übertragen, bieten sich für Détente und Entspannung drei Definitionen an.

1. Definition:

Détente ist ein Zustand, der keine Konfliktstoffe in sich birgt. Sind Konfliktstoffe vorhanden, so gibt es keine Détente; es sei denn, die Konflikte würden aufgelöst und die Konfliktmöglichkeiten beseitigt.

Aus dieser Definition folgt die – von Henry Kissinger übernommene – Feststellung, daß Détente nicht der Inhalt politischen Handelns an sich ist. Sie ist das Ergebnis gelöster Probleme oder Konflikte.

2. Definition:

Détente oder Entspannung ist ein Verhalten, das auf das Austragen von Streitpunkten im jeweilig gegenwärtigen Zeitpunkt verzichtet, in der Hoffnung, daß sich später Lösungsmöglichkeiten ergeben. Détente (Entspannung) ist in dieser Hinsicht ein Handlungsmoratorium und als solche Voraussetzung für eine spätere Entspanntheit. Eine Entspannung dieser Art setzt die Bereitschaft der Kontrahenten voraus, am gegenwärtigen „Status quo“ nichts gewaltsam zu ändern.

3. Definition:

Détente (Entspannung) ist eine Aktion oder eine Reihe von Aktionen, die gegebene Konflikte mittelbar oder unmittelbar beseitigen will. Man hofft, daß eine solche auf Gegenseitigkeit beruhende Aktion zu einem langsamen Annähern kontroverser Standpunkte führen könne. (Auf englisch müßte man eine solche Aktion vielleicht „Policy of Disengagement“ oder „Policy of De-Escalation“ nennen.)

Die auf Ausgleich zielende Gesamtpolitik des Westens strebt sicherlich Détente nach der Definition 1 an.

Das Ost-West-Verhältnis bis zum 21. 8. 68 ähnelte in angelsächsischen Augen der Détente gemäß der Definition 2.

Die Ostpolitik der deutschen Großen Koalition trägt die Züge einer Détente-Politik gemäß Definition 3.

Da „Spannungen“ oder „Konflikte“ bzw. ihr Nichtvorhandensein ein wesentliches Element aller drei Definitionen der Détente (Entspannung) darstellen, ist für eine Behandlung der Frage im Hinblick auf die Realität und die Verwirklichungsmöglichkeiten der Détente (Entspannung) zunächst die Vorfrage nach den bestehenden Konfliktstoffen im Ost-West-Verhältnis von entscheidender Bedeutung.

Wir müssen hierbei generelle und partielle Konfliktstoffe behandeln. Wir werden gezwungen sein, im Verlauf unseres Colloquiums alle drei Varianten der Definition zu gebrauchen.

Neutralismus

Um den Begriff „Neutralismus“ in den Griff zu bekommen, müssen wir zunächst den Begriff „Neutralität“ festlegen.

Unter Neutralität wird der Kraft Souveränität gewollte Zustand eines Staates verstanden, der an einem Krieg nicht teilnimmt. Kennzeichnend für die „Neutralität“ eines Staates sind daher folgende Merkmale der politischen Situation:

- ein bestehender Kriegszustand als Voraussetzung in der politischen Gesamtlage,
- das Vorhandensein von Souveränität zur Entscheidungsfreiheit,
- Nichtbeteiligung und Unparteilichkeit im Bezug auf die Kriegsführung.

Diese Nichtbeteiligung involviert nach dem Völkerrecht nicht den Verzicht auf eine geistige und politische Stellungnahme, ebenso nicht den Verzicht auf Fortsetzung der friedlichen Beziehungen zu den Kriegführenden (Handel).

Der kommunistische Begriff der Neutralität wird durch die axiomatische Forderung nach „Parteilichkeit“ beeinflusst. Auch die Bewertung der Kriege als gerechte oder ungerechte Kriege spielt eine Rolle. Die Neutralität wird positiv beurteilt und geduldet, solange sie dem sozialistischen Lager nützt (Schwächung des Gegners, Schutz für eigenes Gebiet, eigenes Beiseitestehen im Kampf der Kapitalisten untereinander).

Die kommunistische Auffassung erwartet im Grundsatz eine geistige Einstellung, die positiv gegenüber dem sozialistischen, negativ gegenüber dem nicht-sozialistischen Lager ist. Neutralität ist im Verständnis des Kommunismus nur außerhalb des eigenen Machtbereiches möglich (Breshnew-Doktrin).

Neutralismus definieren wir wie folgt:

Neutralismus ist sowohl eine Haltung als auch die hieraus resultierende Politik, die bestrebt ist, einen Staat oder eine Staatengruppe aus einer oder mehreren gegebenen Konfliktsituationen mit dem Ziel der Neutralisierung und schließlich der Neutralität in eben diesem Konflikt herauszuhalten oder aus ihm herauszuführen.

Hier soll Neutralismus lediglich im Bezug auf die Ost-West-Konfrontation untersucht werden.

Aus dem Neutralismus als Haltung leiten wir sodann den Begriff der „neutralistischen Tendenzen“ ab:

Diese sind politische Strömungen und Überlegungen, deren Praktizierung in Bezug auf eine gegebene Situation, hier die Ost-West-Konfrontation, zu einer Distanzierung, wenn nicht im Endeffekt zur Neutralisierung und damit zur Neutralität führen könnte. Hierbei ist wiederum zwischen

- unmittelbar zielgerichteten Tendenzen und
- mittelbaren Tendenzen, welche zunächst überhaupt nicht auf Neutralität abzielen, aber schließlich neutralisierende Wirkungen haben, zu unterscheiden.

Hinweise zum politischen Handeln

„Politik“ ist die „staatliche“ oder auf den Staat ausgerichtete Aktion, somit auch das die zwischenstaatlichen Beziehungen beeinflussende Handeln (Außenpolitik), das bestimmte Zwecke verwirklichen oder bestimmte Ziele erreichen will.

Verallgemeinernd ausgedrückt ist Zweck und Ziel aller Politik die Errichtung und Bewahrung einer Dauerordnung, die das größte Glück der größten Zahl aller Betroffenen verbürgt und die – das liegt im Wesen der Dauerordnung – einen Wandel (zum Schlechteren) ausschließen soll.

Über den inneren Zustand einer solchen Dauerordnung und die Beschaffenheit ihrer zahlreichen „Unterzwecke“, von der Machterhaltung der Führungsgruppen bis hin zur Wohlfahrt des Einzelnen, braucht in unserem Zusammenhang nichts ausgesagt zu werden.

Hingegen ist die Feststellung wichtig, daß der von uns formulierte Satz für jedes politische System, also sowohl für die demokratisch-pluralistische Gesellschaft wie auch für die totalitäre, kommunistisch organisierte Gesellschaft gilt. Beide streben in der letzten Konsequenz „Dauerordnungen“ an. Es ist evident, daß eine Ordnung nur dann „andauern“ kann, wenn sie frei von Konflikten oder von Konfliktstoffen ist, wenn also im zwischenstaatlichen Bereich „Entspannung“ (Détente) im Sinne unserer ersten Definition herrscht.

Hieraus leitet sich eine erste Feststellung ab:

I. Feststellung

Die Verwirklichung einer Dauerordnung ist letztes, wenn auch niemals erreichbares Ziel sowohl der „westlichen“ als auch der kommunistisch orientierten Politik. Infolgedessen wird Entspannung (Dé-tente) zumindest als „Zustand“ (gemäß Definition 1) ideell von beiden Seiten bejaht. In dieser Hinsicht ist daher Entspannung zwar (noch) nicht Realität, aber auch nicht Illusion. Sie ist als Möglichkeit denkbar.

Nun sagt ein allgemeiner Satz sowohl alles als auch nichts aus. Es ergibt sich in der Konsequenz dieser Feststellung die Folgefrage, ob die Entspannung verwirklicht werden kann, d. h. ob die Denkmöglichkeit „Realität“ werden kann.

Man kann die demokratisch-pluralistischen Gesellschaftsordnungen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch als „Wettbewerbsgesellschaften“ bezeichnen, in denen zahlreiche gleichberechtigte, gesellschaftlich-politische Gruppen miteinander konkurrieren. Insofern befindet sich die einzelne pluralistische Gesellschaft und mit ihr die Gesamtheit der Gesellschaftskörper in einem permanenten „Wandelzustand“. Ihm ist sowohl die Vielfalt der Anschauungen, der Verhaltensweisen und Einstellungen wesenseigen, zugleich ist in ihm aber auch der erstrebte, wenn auch niemals erreichbare Idealzustand bereits hier und heute veranlagt.

Wesenseigen ist der demokratischen Gesellschaft aber auch, daß diese sich trotz des Wettbewerbs der politischen Gruppen untereinander nicht prinzipiell in Frage stellen (marxistisch: sich nicht selbst aufheben) will. Sie ist daher in Bezug auf ihren Inhalt evolutionär dynamisch, zugleich aber auch im Hinblick auf ihre Organisationsform „statisch“ veranlagt. Drittens aber ist die demokratisch-pluralistische Gesellschaft infolge des Wesenselementes der Vielfalt und der Konkurrenz auf den immerwährenden Interessenausgleich, auf die Konfliktlösung mit Hilfe der Annäherung, der Anpassung, bis hin auf den Kompromiß (Synthese) angewiesen.

Infolgedessen können wir als zweite Feststellung formulieren:

II. Feststellung

Das Streben nach Entspannung ist der demokratisch-pluralistischen Gesellschaft, damit aber auch den in der atlantischen Gemeinschaft vereinigten Völkern und Staaten wesenseigen.

Wir können hinzufügen und berufen uns hierzu sinngemäß auf Jacob Burckhardt, daß diese Gesellschaft nur in der Reaktion auf die Bedrohung ihrer Existenz das Streben nach Entspannung zeitweilig aufgeben wird.

Als konkrete psychologische Folgerung ergibt sich, was in den späteren nationalen Beiträgen voraussichtlich bewiesen werden wird, daß

- das Streben nach Entspannung (im Sinne der Definition 1) eine Realität ist, mit der gerechnet werden muß und daß daher
- jede Entspannungspolitik (gemäß Definition 2 und 3) ohne Rücksicht auf ihre Erfolgsaussichten in unseren Völkern sympathisch begrüßt wird.

Die kommunistische Weltanschauung verneint im Gegensatz zur unsrigen auch heute noch kategorisch, daß die angestrebte ideelle Endgesellschaft bereits in der heute existierenden Form gesellschaftlichen Miteinanders qualitativ angelegt sei und daß sie sich evolutionär und ohne Konflikte aus dieser heraus entwickeln könne. Die Lehre von der Dialektik der antagonistischen Widersprüche von Gesellschaften, die sich gegenseitig ausschließen, sowie von der Vernichtung der einen These durch die andere, damit aber auch von der Unaufhebbarkeit der ideologisch bedingten Konflikte, gelten unverändert. Gewandelt haben sich lediglich die Vorstellungen, wie sich die gesetzmäßig bedingten quantitativen Wandlungen bis zum revolutionären, die Seinsqualität der Gesellschaft verändernden Sprung vollziehen könnten. In Kompromissen Denken, oder gar diese Kompromisse als höchsterreichbare Form politischen Handelns ansehen, liegt dieser Anschauung fern. Hieraus folgt, daß eine immerwährende Dauerordnung erst nach Verwirklichung der Endgesellschaft erreicht werden wird, und daß mithin in der Gegenwart jeder „Zustand“ nur von begrenzter Dauer sein kann. Überspitzt kann die dritte Feststellung folgendermaßen formuliert werden:

III. Feststellung

Nach kommunistischer Anschauung ist vor der Verwirklichung der kommunistischen Weltgesellschaft jede existierende Ordnung nur von begrenzter Dauer. Die Konfliktsituation zwischen beiden Gesellschaftsordnungen ist bis zum endgültigen Sieg des Kommunismus unaufhebbar. Détente als Zustand kann daher zwar zeitweise taktisch erwünscht und notwendig, aber doch nur von bedingter Dauer sein.

Das Ost-West-Verhältnis im Sommer 1969

Beide Seiten sind – spätestens seit der Kuba-Krise im Oktober 1963 – davon überzeugt, daß ein mit vollem Einsatz durchgeführter Krieg mit der beiderseitigen Vernichtung enden würde. Diese Erkenntnis wirkt spannungsmildernd, solange das Gleichgewicht des Kernwaffenpotentials erhalten bleibt. Es ergibt sich das Paradoxon, daß eine etwaige Zerstörung des Kernwaffenpotentials spannungserhöhend wirken würde, da dann die anfängliche militärische Überlegenheit der kommunistischen Staatenwelt an operativen Verbänden der Landstreitkräfte das bisherige militärische Gleichgewicht zugunsten des „Ostens“ verändern würde (etwa 25 Divisionen der NATO gegen 170 sofort verfügbare Divisionen des Warschauer Paktes). Hieraus ergibt sich die vierte Feststellung.

IV. Feststellung

Abrüstungsvereinbarungen, die das beiderseitige Kernwaffenpotential beseitigen, werden die Konfliktmöglichkeiten vergrößern, es sei denn

- der Westen rüstet konventionell auf oder
- der Warschauer Pakt kann zu einem qualifizierten einseitigen Abbau seiner konventionellen Streitkräfte bewogen werden (etwa bis zum Verhältnis 1 (NATO) zu 4 (Warschauer Pakt)).

Eine auf Détente ausgerichtete Politik des Westens muß daher auf die Erhaltung bzw. sogar Verstärkung der eigenen militärischen konventionellen Mittel bedacht sein (Risikogedanke)! Auf dem politischen Feld hat die atlantische Allianz die Politik des „Containment“ aufgegeben und damit ein generelles Spannungselement beseitigt. Sie muß eine weitere Erosion des Bündnisses befürchten, da

- die USA verständlicherweise an einem Abbau ihrer globalen Verpflichtungen interessiert, sich in der Johnson-Ära ohne genügende Konsultation ihrer Verbündeten (vergeblich) um einen zweiseitigen Ausgleich mit der UdSSR auf Teilgebieten (z. B. jetzt SALT) bemüht und weiter bemühen werden, hierdurch
- die europäischen Verbündeten ebenfalls zu Alleingängen in der Ostpolitik ermutigt wurden (Frankreich!),
- gewisse Anzeichen einer divergierenden Entwicklung im Sowjetblock weit überschätzt und damit

- die Möglichkeiten einer harten Politik der SU unterschätzt wurden.

Die abschreckende Wirkung der Intervention in der CSSR konnte diese Entwicklung im atlantischen Lager nur zeitweise aufhalten. Sie wird angesichts der derzeitigen außenpolitischen Goodwill-Offensive der Sowjets wieder aufleben und dem Warschauer Pakt die Möglichkeit geben, die westlichen Staaten gegeneinander auszuspielen (Beispiel: BRD als Hebel sowie als Ziel sowjetischer Politik).

Hieraus ergibt sich ohne weitere Beweisführung die fünfte Feststellung.

V. Feststellung

Politische Geschlossenheit der Atlantischen Allianz ist eine wesentliche Voraussetzung für eine Politik der Entspannung. Die Erosion des Bündnisses würde auf lange Sicht zu Versuchen des „Ostens“ führen, den Status quo zu überwinden und damit jede Entspannung unmöglich machen.

Die Lage ist weiterhin dadurch gekennzeichnet, daß die Zweigleisigkeit kommunistischer Politik gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt in aller Deutlichkeit vor Augen tritt.

Auf der einen Seite haben wir als Ergebnis der Moskauer Konferenz (5.-17. 6. 69) der kommunistischen Parteien das Grundsatzdokument vor uns liegen, das den Titel „Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte“ trägt und dessen Inhalt äußerst aggressiv ist.

Andererseits scheint sich – erwartungsgemäß – die Wiederaufnahme der Koexistenzpolitik der Staaten des Warschauer Paktes anzudeuten. Sie findet ihren diplomatisch-propagandistischen Ausdruck in dem Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz (Budapester Aufruf vom 19. 3. 1969, Friedensappell von Moskau).

Das Moskauer Dokument wurde in der westlichen Presse hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Divergenzen im Weltkommunismus sowie der Abschwächung der sogenannten „Breshnew-Doktrin“ durchleuchtet. Die massive Kampfansage gegen unsere gesellschaftliche Ordnung sowie die Kommentierung der Konferenzergebnisse auf der Zentralkomiteesitzung der KPdSU am 26. 6. 1969,

die für die von Moskau beabsichtigte Führung zumindest der Warschauer-Pakt-Staaten allein maßgeblich ist, wurde dagegen weitgehend übersehen.

Die Offerte einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz steht zu dieser Kampfansage nur in scheinbarem Widerspruch. Formal sind die Träger der jeweiligen Politik in einem Fall die kommunistischen Parteien, im anderen die kommunistisch regierten Staaten. Außerdem ist die Détente-Offerte in Gestalt der Sicherheitskonferenz geradezu die Voraussetzung dafür, daß die nichtregierenden kommunistischen Parteien mit einiger Aussicht auf Erfolg ihre Versuche wieder aufnehmen können, zu volksfrontähnlichen Zusammenschlüssen zu gelangen. Nicht die gewaltsame Revolution, sondern die Zusammenfassung aller „progressiven“ Kräfte wird in der gegenwärtigen Lage angestrebt, da die „revolutionäre Situation“ nicht gegeben ist.

„Die soziale und politische Lage in der heutigen Welt ermöglicht es, den anti-imperialistischen Kampf auf eine neue Ebene anzuheben. Entschiedene Überlegenheit über den Imperialismus und die Niederlage seiner Aggressions- und Kriegspolitik können durch Intensivierung der Offensive gegen sie sichergestellt werden. Das erfordert unerbittliche konkrete, praktische Schritte und Maßnahmen auf allen Kontinenten, um den demokratischen und fortschrittlichen Kräften, allen Kräften, die eine positive Lösung wünschen, im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker den wichtigsten Problemen der heutigen Menschheit eine klare Perspektive zu geben.

Die auf der Konferenz vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien, die sich der historischen Verantwortung bewußt sind, schlagen allen Kommunisten der Welt, allen Gegnern des Imperialismus, allen, die bereit sind, für Frieden, Freiheit und Fortschritt zu kämpfen, vor, gemeinsam zu handeln.“ (Einleitung zu Abschnitt 3 des Grundsatzdokumentes der Moskauer Konferenz.)

Im weiteren Verlauf des dritten Abschnittes dieses Dokumentes werden im übrigen alle mit der Sicherheitskonferenz angestrebten Ziele der kommunistischen Staaten aufgeführt. Sie sollen durch die Anstrengungen der vereinigten, progressiven Kräfte in aller Welt vorbereitet werden. Es ist jedoch nicht Aufgabe dieses Papiers, Einzelheiten des Grundsatzdokumentes zu untersuchen. In unserem allgemeinen Überblick genügt folgende Feststellung:

VI. Feststellung

Das Angebot einer europäischen Sicherheitskonferenz seitens der Staaten des Warschauer Paktes

scheint für sich selbst genommen die Bereitschaft zu einer Détente-Politik anzuzeigen. Sieht man dieses Angebot jedoch im Gesamtzusammenhang der auf lange Sicht angelegten und im Grundsatzdokument der Moskauer Konferenz niedergeschriebenen kommunistischen Absichten, so wird der ambivalente Charakter dieses Angebotes deutlich. Auch die vorgeschlagene Sicherheitskonferenz bzw. ein aus dieser hervorgehendes Sicherheitssystem erscheint dann als ein Mittel zur Überwindung des Status quo:

„Die Versuche des Imperialismus, seine inneren Widersprüche durch Erzeugung internationaler Spannungen und Schaffung von Brutstätten des Krieges zu überwinden, werden durch die Politik friedlicher Koexistenz vereitelt. Die Politik bedeutet weder eine Erhaltung des sozialpolitischen Status quo noch eine Schwächung des ideologischen Kampfes.

Sie trägt zur Förderung des Klassenkampfes gegen den Imperialismus auf nationaler und weltweiter Ebene bei. Entschlossener Klassenkampf zur Beseitigung der Monopole und ihrer Herrschaft, für die Errichtung eines echt demokratischen Systems, für die Gründung sozialistischer Macht, gleichgültig auf welchem Weg dieses Ziel erreicht wird, ist unverbrüchliches Recht und Pflicht der Werktätigen der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern ...

Massenaktion gegen den Imperialismus ist eine Voraussetzung für die Verwirklichung der Politik friedlicher Koexistenz. Gerichtet gegen die Kriegstreiber, Reaktionäre und Rüstungsmonopole, entspricht diese Politik den Interessen des revolutionären Kampfes gegen jede Form von Unterdrückung und Ausbeutung und fördert die Freundschaft zwischen allen Völkern und die Entwicklung fruchtbringender wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, technischer und anderer Zusammenarbeit zwischen Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen im Interesse des sozialen Fortschrittes.“ (Grundsatzdokument, Teil III).

Nimmt man das kommunistische Grundsatzdokument ernst – so sind Zweifel darüber berechtigt, ob die europäische Sicherheitskonferenz zu einer „Détente“ beitragen kann. Die Behauptungen, daß Moskau auf eine Entspannung im „Westen“ angewiesen sei, um bei einer Auseinandersetzung mit China den Rücken frei zu haben, können bis jetzt nicht bewiesen werden. Es scheint sinnvoller,

sich darauf einzustellen, daß diese Notwendigkeit angesichts der Situation im Westen nicht oder noch nicht besteht.

Angesichts der skizzierten Gesamtsituation können wir einige **generelle** sowie einige (regionalbedingte) **partielle Konfliktmöglichkeiten** oder Spannungselemente herausdestillieren, die keiner näheren Erläuterung bedürfen:

Generelle Spannungselemente

a) Die unveränderte Gültigkeit der kommunistischen Ideologie als „Anleitung zum Handeln“. (Siehe hierzu das Grundsatzdokument der Moskauer Konferenz).

b) Der amerikanisch-sowjetische globale Gegensatz auf Grund ihrer imperialen Politik.

Beide Spannungselemente sind auf lange Sicht auch dann nicht zu beseitigen, wenn es zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu Absprachen auf Teilgebieten – z.B. SALT – kommen könnte.

Partielle Spannungselemente

a) Die Tätigkeit der nichtregierenden kommunistischen Parteien (insbesondere in Frankreich und Italien).

b) Die Deutschlandfrage.

c) Die Berlinfrage.

Auch diese Spannungselemente, auf die in den übrigen Beiträgen sicher eingegangen werden wird, sind trotz allen guten Willens bis auf weiteres nicht aufzuheben.

Die Grenze für eine europäische Détente-Politik, die bei dieser Sachlage gegeben ist, zeigt der Dozent für politische Wissenschaften an der Londoner School of Economic, Philip Windsor, in einem interessanten Artikel in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „The World today“ (deutsch im Europa-Archiv Nr. 11/1969 vom 10. 6. 69). Sowohl Warschauer Pakt wie NATO wurden nach Windsor durch die Détente-Politik bis zum 21. 8. 68 im Inneren verunsichert. Hierbei lag der Nachteil bis zu diesem Zeitpunkt eindeutig auf kommunistischer Seite, da sich Moskau dem mit dieser Politik wachsenden Streben nach Selbständigkeit seiner Satelliten erwehren mußte. Der 21. 8. 1968 markiert den Wendepunkt. Das Hinterland Moskaus ist nach Meinung Windsors nun im Gegensatz zum Westen in Ordnung. Jede Détente-Politik würde nunmehr im Westen – auch

im Hinblick auf die Arbeit der kommunistischen Parteien – zu einer weiteren Erosion beitragen, während diese Gefahr für das Herrschaftsgebiet des Warschauer Paktes zunächst ausgeschaltet sei.

Für den inneren Zusammenhalt der beiden Systeme sei nach diesen Erfahrungen äußere Spannung oder straffe Führung notwendig. Aus diesen Tatsachen ergäbe sich für den Westen ein Dilemma. Während im Verhältnis USA-SU durch weitere Vereinbarungen im Sinne einer Détente zwischen diesen beiden Staaten angestrebt werden können, arbeitet nunmehr in Europa die Zeit für die SU. Verweigerung der Détente wie auch Gewährung seitens Westeuropas würden für die osteuropäischen Staaten die unerträgliche Situation belassen, wie sie durch die Breshnew-Doktrin skizziert wurde. Westeuropa hingegen habe seine innere Geschlossenheit nicht wieder gefunden. Die Interessen Westeuropas bleiben daher ernstlich gefährdet, vor allem wenn es zu einer Détente zwischen den USA und der SU kommen würde. Auf diese Situation ziele das erneute Angebot der Sicherheitskonferenz im gegenwärtigen Zeitpunkt seitens des Warschauer Paktes.

Windsor zieht aus seiner skeptischen Analyse kaum Schlußfolgerungen für das „Was tun?“. Trotz der berechtigten Bedenken Windsors muß jedoch der Versuch unternommen werden, die Aufforderung des Warschauer Paktes auszuloten. Auch im Boxsport ist das auf Distanzgehen keine Lösung, der Clinch hingegen, um im Bild zu bleiben, engt die Bewegungsmöglichkeiten des Kontrahenten wenigstens ein.

Es ist durchaus eine offene Frage, wie lange es der Sowjetunion gelingt, ihre Satelliten im „Gleichschritt“ zu halten.

Tschechische Intellektuelle rechnen mit einem Zeitraum von vier bis fünf Jahren. Dann sei die Sowjetunion erneut vor die gleichen Probleme gestellt wie vor dem 21. 8. 68. Diesen Zeitraum gilt es abzukürzen.

Unsere öffentliche Meinung würde eine von vornherein ablehnende Haltung der Regierungen gegenüber dem Konferenzvorschlag nicht verstehen. Die Volksfrontbemühungen der nichtregierenden kommunistischen Parteien würden erleichtert – auch von hier aus gehen Zwänge aus, das Angebot aufzugreifen und zu prüfen.

Die bisherige Politik des Westens setzte offiziell Détente gleich Bewahrung des politischen, militärischen und geographischen „Status quo“. Wir zeigten im Zitat weiter oben, daß im Gegensatz hierzu Koexistenzpolitik gleich Détente-Politik im kommunistischen Sinn als Möglichkeit der Überwindung des sozialpolitischen und ideologischen Status quo des Westens angesehen wird.

Ähnliche Überlegungen – nur in umgekehrter Richtung – stellten „westliche“ Theoretiker wie Kennan, Rostow und Brzezinski ebenfalls an. „Liberalisierung“ im Sowjetblock – wie auch immer man diese verstehen mag – ist sozialpolitische Überwindung des dortigen Status quo. Sie verlangt auch nach dem 21. 8. 68 Öffnung der Grenzen, Erweiterung der Kontakte, Abbau wenigstens der äußeren Spannungerscheinungen, wenn auch die tiefer liegenden Spannungselemente unverändert weiter existieren werden. Dies führt zur nächsten Feststellung.

VII. Feststellung

Die Détente-Politik hat zwar im Augenblick wenig Chancen, zu konkreten Ergebnissen zu führen. Insofern bleibt Deténte als Zustand wishful thinking.

Ihre Fortführung ist sowohl angesichts der öffentlichen Meinung in unseren Ländern aber auch angesichts der Situation der Völker des Warschauer Paktes nicht nur wünschenswert sondern sogar notwendig.

Diese Feststellung wird durch die Erkenntnis nicht entwertet, daß ein europäisches Sicherheitssystem voraussichtlich bis auf weiteres deshalb nicht zustandekommen wird, weil es nach kommunistischer Ansicht den Rückzug der USA aus Europa beinhalten müßte:

„Die Interessen des Weltfriedens verlangen eine Auflösung aller Militärblocks. Wie zuvor, sind die kommunistischen Arbeiterparteien der Meinung, daß das Vorhandensein von Militärblöcken und militärischen Stützpunkten auf dem Gebiet anderer Staaten aufgrund imperialistischen Drucks ein Hindernis für die Zusammenarbeit zwischen Ländern ist. Eine echte Garantie der Sicherheit und eine der Voraussetzungen für den Fortschritt eines jeden europäischen Landes muß die Errichtung eines wirksamen Sicherheitssystems in Europa sein, das auf dem Verhältnis der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung aller Staaten des Kontinentes, auf den gemeinsamen Bemühungen aller europäischen Völker beruht.

Unter diesen Gesichtspunkten haben sich die sozialistischen Länder bereits für die gleichzeitige Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages ausgesprochen.

Mit besonderem Nachdruck verurteilt die Beratung die provozierenden Versuche der imperialistischen Mächte, insbesondere der USA, der Bundesrepu-

blik Deutschland und Großbritanniens, die NATO-Aktivität anzuheizen. Die Auflösung der NATO wird ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Auflösung aller Blocks, zur Räumung aller Stützpunkte auf fremdem Boden und zur Errichtung eines zuverlässigen Systems kollektiver Sicherheit sein.“

(Aus dem Moskauer Grundsatzdokument, Abschnitt 3)

Auf diese Forderungen werden weder die USA noch die europäischen Länder im Interesse ihrer Sicherheit eingehen.

Die Frage nach dem Neutralisierungseffekt eines solchen Systems ist daher unter den gegebenen Umständen lediglich theoretischer Natur. Das System würde sicherlich zunächst Europa militärisch neutralisieren, die westeuropäischen Staaten auf ihre Innenpolitik verweisen, gleichzeitig aber auch die westeuropäische Integration zusätzlich behindern. Das Schwergewicht der weltpolitischen Auseinandersetzungen würde vorübergehend in andere Räume verlagert werden, womit wiederum die USA zusätzlich belastet werden würden. Es ist kaum anzunehmen, daß ein Europa, in dem nichtkommunistische und kommunistische Staaten zu einem „System“ vereinigt sind, über die Vertretung eigener wirtschaftlicher Interessen hinaus den USA Hilfe leisten würde.

Die Möglichkeit einer Neutralisierung und der daraus folgenden Neutralität Gesamteuropas im Rahmen der globalen Auseinandersetzungen kann daher zur Zeit verneint werden. Dies schließt die Frage nach der Neutralität einzelner Länder in Europa nicht aus.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt sind im nichtkommunistischen Europa zwei Staaten bündnisfrei (Irland und Schweden), zwei Staaten sind zu immerwährender Neutralität verpflichtet (Schweiz seit 1815, Österreich seit 1955). Alle vier Staaten sind in kommunistischer Sicht „kapitalistische“ Staaten, also ideologische Gegner. Dies entspricht auch dem Selbstverständnis der vier Staatsvölker. Der Status dreier dieser Staaten im Zweiten Weltkrieg entsprach den Begriffsmerkmalen der Neutralität: Souveränität und Entscheidungsfreiheit waren vorhanden. Die Nichtbeteiligung und Unparteilichkeit in Bezug auf die Kriegsführung wurde innegehalten.

Die Schweiz und Schweden zahlten und zahlen schon im Frieden einen hohen Preis, um ihren Willen zur Neutralität zu beweisen: eine starke Rüstung. Trotzdem sah sich Schweden im Ablauf des Zweiten Weltkrieges gezwungen, zunächst dem Deutschen Reich, dann unmittelbar nach der Kapitulation der Sowjetunion Zugeständnisse zu machen, die mit „Neutralität“ im strengen Sinne nicht zu vereinbaren waren (Genehmigung militärischer Transporte, Auslieferung internierter Soldaten).

Die Schweiz wiederum entging einem Angriff durch Hitler nur deshalb, weil der erforderliche Kräfteinsatz selbst für diesen in keinem vernünftigen Verhältnis zum Zwecke – Einverleibung der Schweiz in den eigenen unmittelbaren Machtbereich – stand. Auf die Verletzung der Neutralität Belgiens (1914 und 1940) sowie Hollands (1940) im Interesse der als lebenswichtig angesehenen strategischen Planungen sei in diesem Zusammenhang ebenfalls erinnert.

·Diese historischen Tatsachen vermitteln eine allgemeine Erfahrung:

VIII. Feststellung

Neutralität im Kriegsfall bedarf der Absicherung durch so starke militärische Macht, daß das Risiko für den potentiellen Angreifer zu groß wird. Über ein militärisches Potential der hierfür erforderlichen Größe verfügt keine europäische Macht – auch nicht Großbritannien und Frankreich.

Die Erhaltung der Neutralität bleibt damit vom Wohlwollen der Supermächte bzw. von ihrem Interesse an dieser Neutralität abhängig.

Hieraus folgt wiederum, daß

- Neutralität im Kriegsfall für die meisten europäischen Staaten voraussichtlich eine Utopie bleiben wird
- eine auf Neutralisierung ausgerichtete Politik illusionär und gefährlich ist, weil sie in die Isolierung führt und daß
- die zur Zeit bündnisfreien bzw. neutralen Staaten insbesondere dann gefährdet sind, wenn sie geopolitisch oder militärisch wichtige Gebiete kontrollieren.

(Dies gilt insbesondere für Schweden (Ostseeanlieger) und Österreich (Sperrung der Verbindungswege zwischen Deutschland und Italien).)

Erweist sich also die Möglichkeit zur Neutralisierung Gesamteuropas zur Zeit als nicht realisierbar, sowie die Neutralität einzelner europäischer Staaten in einem

globalen militärischen Konflikt voraussichtlich als Illusion, so folgt hieraus, daß alle etwaigen Wünsche nach Neutralisierung als „wishful thinking“ abzutun sind. In der Tat verfolgt auch keine westliche Regierung derartige Absichten.

Da aber der Wunsch nach „Frieden“ oder zumindest nach Entspannung (gemäß Definition 1) verständlich ist und nicht nur rationales, sondern in hohem Maße auch emotionales Anliegen der Mehrzahl aller Menschen ist, wird die Proklamation politischer Ziele, die dem oberflächlichen Anschein nach die Entspannung, wenn vielleicht auch nur regional, fördern könnten, Sympathien und Hoffnungen erwecken, man könne für seinen Teil der Ost-West-Konfrontation entgehen. In diesen Sachbereich fallen z.B. pseudopolitische Parolen wie „die Ostsee- ein Friedensmeer“ und aus diesen Sehnsüchten erklärt sich auch die nahezu euphorische Resonanz, die der Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz gefunden hat, obwohl doch sowohl das Verhalten der Sowjetunion im Fall der Tschechoslowakei wie die offenerzigen sowjetischen Erklärungen (Breshnew-Doktrin) sowie schließlich auch die Beklommenheit, mit der der rumänische Balanceakt beobachtet wird, dem gesunden Menschenverstand zeigen müßten, was von der Sowjetunion dann zu erwarten wäre, wenn das bereits existierende Sicherheitssystem der NATO zerfallen würde. Wir könnten ohne Mühe noch zahlreiche teils außenpolitische, teils innenpolitische Zielsetzungen aufführen und auf psychopolitische Grundeinstellungen, wie z.B. die antideutschen Gefühle, die Europamüdigkeit usw. hinweisen, die neutralistische Tendenzen in unseren Völkern auslösen könnten.

Diese Tendenzen haben, so verschiedenartig sie auch motiviert werden, zu meist einige gemeinsame Züge:

- ihre Träger sehen vornehmlich die Gefahr einer kriegesischen Katastrophe und glauben, daß schon eine militärische Neutralisierung oder wenigstens eine partielle Abrüstung die Katastrophe verhindern bzw. die Entspannung vorantreiben könnten. Es wird jedoch nicht beachtet, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt gerade das vorhandene Zerstörungspotential die Spannungen zwischen Ost und West nicht zum Ausbruch kommen läßt, sowie daß diese Spannungen ideologisch-politische Ursachen haben, die durch Abrüstungsmaßnahmen nicht beseitigt werden würden;
- die Zielvorstellungen dieser Tendenzen laufen – soweit sie dem Vokabular des „Ostens“ entstammen, auf eine Schwächung, wenn nicht Aufhebung der Atlantischen Allianz, sowie der bis jetzt erreichten Integration Westeuropas hinaus. Dies gilt mittelbar allerdings auch für einige im Westen feststellbare Tendenzen (z.B. alle mit dem Problem der Truppenabzüge zusammenhängende Fragen). Die auf sich selbst gestellten westeuropäischen Staaten sähen

sich in diesem Fall einer Staatenwelt gegenüber, die durch ein Netz zweiseitiger, nicht aufgehobener Schutz- und Bündnisverträge miteinander verbunden wäre und deren Führungskader bei allen Divergenzen im Einzelnen sowohl durch die kommunistische Ideologie, wie auch durch das Interesse an der Erhaltung der Macht aufeinander angewiesen sind.

- Die Tendenzen entspringen zum Teil vermeintlich nationalen, d. h. im Bezug auf Gesamtwesteuropa, partiellen Interessen. Dieser Sachverhalt wurde beispielsweise in der Politik De Gaulles besonders deutlich. Die nationale Bezo-genheit mancher neutralistischer Tendenzen erklärt auch ihre psychopoliti-schen Wirkungen. Sie sind einleuchtend; die negativen Konsequenzen hin-gegen, die sich für die Dauer ergeben würden, sind nur schwer zu erkennen. Die neutralistische Politik Preußens zwischen 1800 und 1805 ist ein gutes historisches Beispiel. Sie führte bekanntlich zur Katastrophe von Jena und Auerstädt im Jahre 1806.
- Die Befürworter des Neutralismus entstammen im allgemeinen nicht den großen Parteien unserer Staaten. Diese denken auch dann staatspolitisch ver-antwortlich, wenn sie in die Opposition verwiesen sind. Der Neutralismus wird hingegen sowohl in den rechtsextremen Gruppen (in Deutschland NPD) wie auch in allen Linksgroupierungen einschließlich der kommuni-stischen Parteien befürwortet. Gerade in diesem Zusammenhang zeigt sich erneut, daß die Politik der kommunistischen Staaten mit derjenigen der nichtregierenden kommunistischen Parteien (sowie der kommunistischen Weltorganisationen) auch ohne das Vorhandensein internationaler Institutionen korrespondiert. (Siehe auch hierzu das Grundsatzdokument der Moskauer Konferenz).

Aus dem Gesagten kann gefolgert werden:

IX. Feststellung

Neutralisierung anstrebende Tendenzen, die auf Grund eingängiger Zielsetzungen emotionale Berei-che unserer Völker ansprechen können, sind ohne Zweifel vorstellbar. Ihre Virulenz sowie ihre etwa-ige Ausstrahlungskraft ist zur Zeit kaum einzuschät-zen. Der von einer etwaigen Verwirklichung er-hoffte Nutzeffekt für eine Détente ist nicht ge-geben. Diese Gedanken bergen vielmehr die Gefahr in sich, die Sicherheit unserer Völker zu unter-graben.

Wir deuteten dabei an, daß dem Streben nach Neutralität, also der Politik des Neutralismus wesentlich der Wunsch zugrunde liegt, aus einem Konflikt, der möglicherweise durch Gewaltanwendung gelöst werden wird, herauszublei-ben. Auch das Streben nach Détente beinhaltet die Hoffnung, die Gefahr einer kriegerischen Entladung werde geringer als vorher sein bzw. sie ent-schwinde.

Nun kann man aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus-sagen, daß keine Seite im Ost-West-Konflikt infolge des Gleichgewichts des „Schreckens“ vorsätzlich einen Entscheidung suchenden, globalen Krieg auslösen wird. Ist der Krieg aber bei fortbestehenden Spannungen unwahrscheinlich geworden, dann erhält der auf den Krieg bezogene Begriff „Neutralität“ einen neuen Inhalt, da der Bezugspunkt fehlt. Diese „Neutralität im Frieden“ kann man lediglich als Vorstufe der Kriegsneutralität betrachten. Sie manifestiert sich völkerrechtlich in der „Bündnisfreiheit“. Diese Bündnisfreiheit wird, wie wir feststellten, im nichtkommunistischen Europa von vier Staaten, im kommunistischen Lager von Jugoslawien prakti-ziert.

Aber beinhaltet die Bündnisfreiheit jener fünf Staaten nun auch die Neutralität ihrer Sympathien? Wir stellten einleitend fest, daß Neutralität nicht den Verzicht auf eine geistig-politische Stellungnahme involviert, sowie daß die kommunistische Auffassung soweit sie „Neutralität“ als Bündnisfreiheit anerkennt, die Parteilichkeit zugunsten des sozialistischen Weltsystems als selbstverständlich voraussetzt.

Dementsprechend sind die genannten fünf Staaten weltanschaulich nicht neu-tral. Sie haben sogar sehr eindeutig Stellung bezogen.

Sieht man außerdem die Ost-West-Konfrontation nicht ausschließlich unter dem Aspekt des politischen Machtkampfes an, sondern nimmt man die Kampf-ansage des Grundsatzdokuments der Moskauer Konferenz sowie die sowjetischen Kommentare hierzu ernst, dann kommt man zu der Schlußfolgerung, daß jetzt und heute in Europa zwar „Bündnisfreiheit“, nicht aber „weltanschauliche Neutralität“ vorhanden ist und auch nicht vorhanden sein kann.

Ähnliches nur mit anderen Akzenten gilt auch für das so verständliche Streben nach Détente. Dies Bestreben kann ohne Zweifel zu einem Abbau militärischer Spannungselemente führen.

Das generelle Spannungselement der Kampfansage gegen unsere Gesellschaftsordnung und Weltan-

schauungsweise kann jedoch auch durch das Streben nach Détente bis auf weiteres nicht beseitigt werden. Wir können für die unmittelbare Zukunft bestenfalls ein durch zahlreiche Kontakte auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels, der Kultur, der Diplomatie vielfältig verzahntes System des „Nebeneinanders“, nicht aber des „Miteinanders“ erhoffen, solange der Grundsatz, daß es auf ideologischem Gebiet keine Koexistenz gibt, gültig bleibt. An der Tatsache, daß der Osten Détente als Möglichkeit zur Überwindung des sozialen und ideologischen Status quo ansieht, woraus sich die Zweigleisigkeit und scheinbare Gegenläufigkeit der Politik der kommunistischen Parteien und Staaten logisch ableitet, ist nichts zu ändern. Wir müssen diese Tatsache anerkennen und unsererseits – so wie es z.B. Kissinger fordert – entsprechende Konsequenzen für unser Handeln ziehen. Im Gegensatz zu Prof. Windsor bin ich der Ansicht, daß die Probleme Moskaus durch die Intervention in der CSSR nicht gelöst wurden. Infolgedessen kann eine Détente-Politik des „Westens“, die als eine dynamische Politik verstanden und gehandhabt wird, wenn auch nicht sofort, so doch auf lange Sicht zu einer Transformierung des kommunistischen Systems zum Besseren hin beitragen.

„ENTSPANNUNG“

1. aus östlicher (sowjetisch-kommunistischer) Sicht und
2. in ihren Rückwirkungen auf das sozialistisch-kommunistische Lager

von
Hans Hartl

1.

Bekanntlich hat Clausewitz den Krieg als eine Fortsetzung der Politik „mit anderen Mitteln“ definiert. Genauer wiedergegeben, wendet er sich in seinem berühmten Werk „Vom Kriege“¹⁾ gegen die Auffassung, daß mit dem Kriege „ein ganz anderer Zustand eintrete, welcher nur seinen eigenen Gesetzen unterworfen sei“; vielmehr stelle der Krieg „nichts anderes als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel“ dar. Und er fügt dem die Warnung hinzu, den Krieg „niemals vom politischen Verkehr (also von der Politik, aus der er „wie aus einem Guß“ hervorgehe) zu trennen“. Geschehe dies dennoch, dann „werden ... alle Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding.“

Im Lichte der Clausewitz'schen Definition ist demnach der Krieg nicht das Ende der Politik, sondern deren „Verlängerung“ in den Bereich militärischer Gewaltanwendung: die Politik greift zum Instrument des Krieges, und dieser folgt ihren Hauptlinien, die sich „bis zum Frieden fortziehen“. Also „bricht“ der Krieg nicht als ein selbständiges Ereignis „aus“, sondern er verbleibt im Koordinatensystem der Politik, eben als deren Fortsetzung „mit anderen Mitteln“. Damit postuliert Clausewitz nachdrücklich den Primat der Politik über den Krieg.

Anders Lenin, der im Exil Clausewitz gründlich studierte und aus dessen Definition des Verhältnisses zwischen Politik und Krieg den Umkehrschluß zog: „Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.“ Diese Umkehrung war mehr als nur ein originelles Wortspiel. Schärfere noch als Clausewitz rückte Lenin, der Hauptstrategie der Weltrevolution, die enge Wechselbeziehung zwischen der militärischen und nicht-militärischen Variante der Politik ins Licht; die besondere Bedeutung seines Umkehrschlusses aber lag in der Verschiebung des Primats: Nicht die Politik bedient sich des Krieges als Instrument, sondern, umgekehrt, der Krieg bedient sich der Politik als einer nicht militärischen Form des Kampfes; der Krieg ist der eigent-

liche Dauerzustand, nur seine Mittel wechseln. Lenin legte damit das Wesen jeder kommunistischen Politik als Kriegshandlung bloß.

Die Permanenz des Kriegszustandes ergibt sich aus dem unaufhebbaren Grundwiderspruch zwischen der kommunistischen revolutionären Endzeitlehre und allen andersgearteten philosophischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Systemen. Im Hauptdokument des jüngsten Moskauer Parteikonkzils wird nachdrücklich festgestellt, daß dieser „im Weltmaßstab bestehende Grundwiderspruch sich vertieft“²⁾, und der sowjetische ZK-Generalsekretär Breshnjew bekräftigte den von Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ vor über 120 Jahren proklamierten ideologischen Kriegszustand in seiner Rede am 7. Juni 1969 mit den Worten: „Die friedliche Koexistenz erstreckt sich nicht auf den Kampf der Ideologien, das muß mit allem Nachdruck betont werden.“ Seine Rede gipfelte in dem weltrevolutionären Bekenntnis: „Treu der unsterblichen Lehre von Marx, Engels und Lenin, besitzt die kommunistische Bewegung jetzt gigantische Möglichkeiten, um im Bündnis mit allen antiimperialistischen Kräften neue Siege im historischen Kampf ... für die lichte kommunistische Zukunft der ganzen Menschheit zu erringen.“³⁾

Entgegen allen anderslautenden Versionen halten demnach die Führer des Sowjetkommunismus das Endziel der Weltrevolution und den ideologisch-politischen Kriegszustand „mit allem Nachdruck“ aufrecht. Lenin hinterließ ihnen mit der Maxime, daß Politik die Fortsetzung des Krieges sei, eine der Kriegswissenschaft entlehnte Rezeptur zur strategisch-taktischen Handhabung der Politik: Das gesamte kommunistische politische Denken, Planen und Handeln bewegt sich in kriegswissenschaftlichen Kategorien und ist darauf gerichtet, den „Klassenfeind“, d. h. die nichtkommunistischen Gesellschaftssysteme und Gegenkräfte, zu „vernichten“. Im übrigen gründet sich die marxistisch-leninistische Lehre bekanntlich auf messianistisch-deterministische Endzeitvorstellungen und auf die Erkenntnis „dialektischer Gesetze“, die den Weltsieg des Kommunismus als ein „historisch unausweichliches“ Ereignis voraussagen.

Die kommunistische Strategie und Taktik des weltrevolutionären Klassenkampfes schloß ursprünglich den Krieg als bewaffnete Form der Fortbewegung mit ein. Die revolutionäre Expansion über die Kontinente hinweg sollte teils mit politischen, teils mit militärischen Mitteln vorangetrieben werden und schließlich, nach der Eroberung der entscheidenden strategischen Schlüsselpositionen, in einem vernichtenden „Hauptschlag“ gegen den (oder die) Haupt-

gegner gipfeln. Der „große Krieg“ war somit als gewaltsamer Durchbruch zur Weltherrschaft eingeplant. Der von Lenin nicht vorausgesehene Übergang zum Atomzeitalter hat ihn unter den derzeitigen ost-westlichen Kräfteverhältnissen praktisch unmöglich gemacht.

An der Schwelle dieses neuen Zeitalters verlor die Clausewitz'sche Definition des Krieges als Fortsetzung der Politik ihre Gültigkeit. Denn ein mit thermo-nuklearen Superwaffen ausgetragener „großer Krieg“ würde auf beiden Seiten gigantische Untergangskatastrophen auslösen, also die Politik nicht fortsetzen, sondern beenden. Um so größere Bedeutung erlangte nun die Lenin'sche Maxime von der Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln. Eher als die westliche Seite hat die Sowjetführung begriffen, daß das militärische „Gleichgewicht des Schreckens“ zwar den „großen Krieg“ unmöglich macht, jedoch seine Austragung „mit anderen Mitteln“ dennoch nicht verhindert. Unter den Bedingungen der thermo-nuklearen Zeitenwende entwickelte sie bei gleichbleibenden Zielsetzungen eine „friedliche“ weltrevolutionäre Strategie und Taktik, die erklärtermaßen darauf gerichtet ist, alle in der westlichen und afro-asiatischen Welt vorhandenen Gärungsfaktoren in einen „weltumspannenden revolutionären Prozeß“ einzubeziehen, um allüberall die Positionen des „Weltimperialismus zu unterspülen und zu zerstören.“⁴⁾ Die scheinbar paradoxen Parolen dieser neuartigen weltrevolutionären Strategie lauten „friedliche Koexistenz“ und „Entspannung“.

Die Generaldevise „Frieden“ wurde zum Synonym für die kommunistische Weltoffensive, die vorerst grundsätzlich ohne militärische Gewaltanwendung großen Stils geführt wird. (Vorerst!, denn sobald der „Imperialismus“ ausreichend „unterspült“, d. h. weltstrategisch hoffnungslos ausmanövriert ist, kann durchaus mit einem „entscheidenden letzten Hauptschlag“ gerechnet werden.) Die Sowjetunion verlieh sich und dem kommunistischen Lager den Titel „Friedensmacht“. Ihre Führer und Parteitheoretiker sprechen von „friedlicher Koexistenz“ und von „Entspannung“ als dem einzigen Weg zu „Frieden, Demokratie und Sozialismus“, von der Notwendigkeit einer „allgemeinen, umfassenden Abrüstung“, von „Sicherheit“ und „Kampf für den Frieden und Fortschritt“ usw. Schon Lenin hat die Gleichung „Frieden = Kommunismus“ aufgestellt, indem er postulierte, daß ein echter Weltfrieden erst nach dem Weltsieg des Kommunismus eintreten werde. Das von der kommunistischen „Friedensmacht“ verfolgte Weltziel „Frieden“ ist somit als ein „Frieden im Kommunismus“ zu verstehen. Daraus folgt, daß die in den kommunistischen Deklarationen apostrophierten „Kräfte des Friedens“ und „Friedenskämpfer“ wie der „Kampf“ für den „Frieden“ schlechthin in Wahrheit den Weltkommunismus zum Ziel haben, auch wenn sich manche

westliche Pazifisten und Neutralisten ihrer prokommunistischen Dienstleistung in Unkenntnis der Gleichung „Frieden = Kommunismus“ nicht bewußt sind.

Die nichtkommunistischen Gegenkräfte erscheinen in der Terminologie der „friedlichen Koexistenz“ als „Imperialisten“, „Friedensfeinde“, „Aggressoren“, „Militaristen“, „Kalte Krieger“, „Fortschrittsfeinde“. Für sie gilt die Gleichung „Widerstand gegen den Kommunismus = Widerstand gegen den Frieden“, also: „Imperialismus“, „Aggression“, „Reaktion“, „Kalter Krieg“ usw. Ihren ersten Erfolg erzielte die kommunistische „Friedenspolitik“ schon durch die verwirrende Verwendung von Täuschungsbegriffen, deren tatsächlicher terminologischer Aussagewert auf westlicher Seite oft nicht richtig entschlüsselt wird.

Nach diesen kurzen Hinweisen auf den Vernebelungscharakter der kommunistischen Terminologie nun zur Politik der „friedlichen Koexistenz“ selbst:

Die im Westen häufig anzutreffende Meinung, die Sowjetführung habe unter dem Eindruck des atomaren Kräftegleichgewichts und in Erkenntnis der selbstmörderischen Folgen eines thermo-nuklearen „großen Krieges“ notgedrungen sich in den Zustand des „friedlichen Nebeneinanders“ geschickt und ebenso notgedrungen auf ihre weltrevolutionären Zielsetzungen verzichtet, beruht auf einer Mißdeutung des kommunistischen Koexistenzbegriffes; insbesondere das Attribut „friedlich“ verführt zu der Gleichsetzung von „Koexistenz“ und „Frieden“. Die der Täuschung dienende kommunistische Formel vom „friedlichen Wettbewerb“ der miteinander koexistierenden unterschiedlichen Systeme wird als Angebot zu einer Art Leistungswettkampf mißverstanden. In Wahrheit indiziert das Attribut „friedlich“ lediglich den Verzicht auf militärische Gewaltanwendung, nicht jedoch auch die Bereitschaft zum Frieden schlechthin, und der „friedliche Wettbewerb“ wiederum ist keine sportliche Konkurrenzofferte, sondern die Ansage eines mit allen Mitteln des politischen Krieges geführten Klassenkampfes im Weltmaßstab, an dessen Ende die ideologisch-politische Vernichtung aller nichtkommunistischen Systeme und Gegenkräfte stehen soll.

Auf dem im November 1960 abgehaltenen Konzil der 81 kommunistischen Parteien wurde in der Schlußerklärung der Koexistenzbegriff wie folgt definiert: „Friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen bedeutet nicht eine Aussöhnung zwischen der sozialistischen und der bürgerlichen Ideologie... Im Gegenteil, sie bedeutet die Intensivierung des Kampfes der Arbeiterklasse aller kommunistischen Parteien für den Sieg der sozialistischen Ideen“.⁵⁾ Noch deutlicher formulierte die

Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ (Nr. 8/1963) die weltrevolutionären Zielsetzungen der kommunistischen Koexistenzpolitik:

„Die Koexistenz von Staaten mit verschiedener sozialer Ordnung, die eine Form des Klassenkampfes zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus ist, schafft, wie die Ereignisse der letzten Jahre zeigen, günstige Bedingungen für die Entfaltung des revolutionären Kampfes aller Völker. Gerade unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz kam es zum Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems, siegte die sozialistische Revolution auf Cuba, verstärkte sich der Schwung der demokratischen und Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern. Die friedliche Koexistenz bedeutet also nicht ‚Anpassung an den Imperialismus‘, nicht ‚Aussöhnung‘... sondern eine Weiterentwicklung des ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkampfes zwischen den beiden sozialen Systemen...“⁶⁾

Im „weltumspannenden revolutionären Prozeß“, so wird weiter ausgeführt, zeichne sich bereits der epochale Übergang der Welt zum Sozialismus und Kommunismus ab, wobei drei revolutionäre Hauptfaktoren sich miteinander verbänden: 1. das „sozialistische Weltsystem“ (also das System der sozialistischen Staaten), 2. die „revolutionäre Arbeiterbewegung und die allgemeindemokratische Bewegung in den kapitalistischen Ländern“, 3. die „nationale Befreiungsbewegung“ (in den afro-asiatischen Ländern). Im Zeichen der Koexistenz eröffneten sich „immer realistischere Perspektiven für die Erringung der Macht mit friedlichen Mitteln“.

Das mag eine allzu optimistische Einschätzung der weltrevolutionären Erfolgchancen der kommunistischen Koexistenzstrategie sein, immerhin geht daraus unmißverständlich hervor, daß die Sowjetführung die „friedliche Koexistenz“ als eine Fortsetzung des Krieges mit den Mitteln der revolutionären Politik interpretiert und handhabt. Vom ersten der drei aufgezählten drei „Hauptfaktoren“ des revolutionären Weltprozesses, dem sozialistischen Staatensystem, wird gesagt, daß ihm die Aufgabe zufalle, „den Imperialismus unter einen ständig wachsenden wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Druck zu setzen“, ihm „eine Position nach der anderen zu entreißen.“

Dem „ökonomischen Wettbewerb“ der beiden Systeme komme dabei eine „erstrangige Bedeutung“ zu, und zwar mit dem Ziel, „die Positionen des Imperialismus zu schwächen und die Grundpfeiler der kapitalistischen Ordnung zu erschüttern“. (ebd.)

Der „friedliche Wettbewerb“ im ökonomischen Bereich unter dem Banner der Koexistenz hat somit einen revolutionär-offensiven Charakter. Dies wird ausdrücklich bekräftigt: „Der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus sowie der ökonomische Wettbewerb mit dem Kapitalismus – das ist das Hauptkettenglied des weltumspannenden revolutionären Prozesses in der gegenwärtigen Etappe, das ist sein Rückgrat“ (ebd.). Dementsprechend wurde in der Konzil-Erklärung von 1960 den sozialistischen Staaten aufgetragen, ihr ökonomisches Potential unter Aufbietung aller Kräfte zu steigern: „Die kommunistischen und Arbeiterparteien betrachten es als ihre internationale Pflicht, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion eines jeden Landes... in hohem Tempo zu entwickeln, um durch gemeinsame Anstrengungen in kürzester Frist die historische Aufgabe zu lösen: das kapitalistische Weltssystem im absoluten Umfang der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion zu überflügeln...“⁷⁾ Und weiter: „Mit ihrem Bemühen um die Entwicklung der Produktivkräfte, um die ... Steigerung des Lebensstandards der eigenen Völker ... leisten die sozialistischen Länder einen unmittelbaren Beitrag zur Entwicklung des weltumspannenden revolutionären Prozesses“⁸⁾

Gewiß „überflügeln“ auch hier weltrevolutionäre Wunschbilder die Realitäten des west-östlichen ökonomischen Entwicklungsabstandes; dennoch sei festgehalten, daß die kommunistischen Führer die Wirtschaft erklärtermaßen als ein koexistenzpolitisches Kampfinstrument, als eine „Waffe“ zur „friedlichen“ Überwindung der westlichen Koexistenzpartner definieren und handhaben – ganz im Gegensatz zu der im Westen verbreiteten Auffassung vom „außerideologischen“ Charakter der Wirtschaft und ihrer Funktion als Mittel der Annäherung und Verständigung.

Eine weitere „Waffe“ der kommunistischen Koexistenzstrategie ist die in regelmäßigen Abständen „im Interesse des Friedens“ wiederholte Forderung

nach „allgemeiner Abrüstung“: Abgesehen von der damit verfolgten psychologischen Absicht, dem westlichen Friedensbedürfnis immer wieder Hoffnungen zu machen und pazifistische Tendenzen zu nähren, zielen die Abrüstungsanfragen auf eine Verschiebung des militärischen Gleichgewichtes und auf revolutionäre Effekte ab. Dies wird aus folgendem deutlich:

„Unmittelbar revolutionäre Bedeutung hat der Kampf der sozialistischen Länder und aller fortschrittlichen Kräfte für die allgemeine kontrollierte Abrüstung. Er trägt zur Isolierung der reaktionärsten imperialistischen Kräfte bei und festigt die Positionen der Demokratie in allen Ländern. Die Abrüstung würde in erster Linie das Verbot und die Vernichtung der Kernwaffen, mit denen der Imperialismus die Völker bedroht, sowie die Liquidierung der ausländischen Militärstützpunkte bedeuten. Auf diese Weise würde die große Überlegenheit der imperialistischen Staaten... beseitigt; den Imperialisten wäre die gefährlichste Waffe genommen“⁹⁾

Daraus geht klar hervor, daß die Parole „Abrüstung“ als ein Element des Klassenkampfes im Weltmaßstab nicht auf echte friedliche Entspannung, sondern auf die Schwächung des „Imperialismus“ und auf weltrevolutionäre Geländegewinne gerichtet ist.

Die kommunistische Koexistenzstrategie schließt – last not least – auch den Faktor „Entspannung“ mit ein, und zwar unter folgenden Gesichtspunkten:

1. „Entspannen“ will die kommunistische Seite, voran die Sowjetunion, nur auf der Grundlage des Status quo, dessen ausdrückliche Anerkennung zur Voraussetzung gemacht wird. Die Spannungsursachen (z.B. die Teilung Deutschlands) sollen nicht beseitigt, sondern um des „Friedens“ willen de facto und de jure zementiert werden. „Entspannung“ also auf der Basis der „Pax Sowjetica“.

2. Ein solcher Zustand der „Entspannung“ würde den „im Weltmaßstab bestehenden Grundwiderspruch“ (Breshnew) nicht beseitigen, also auch dem Klassenkampf im Weltmaßstab kein Ende setzen. Im Gegenteil, die kommunistische Seite würde einen „Entspannungsfrieden“ auf der Grundlage des von ihr geschaffenen Status quo als Erfolg verbuchen und zu neuen politischen

Offensivaktionen ermutigt werden. (Beispiel: Würde die Bundesregierung die DDR anerkennen und auf den Alleinvertretungsanspruch verzichten, dann müßte damit gerechnet werden, daß sich Pankow das Alleinvertretungsrecht namens des „sozialistischen Deutschland“ anzueignen versucht.)

3. Im übrigen ist die kommunistische „Entspannungs“-Taktik als Bestandteil der Koexistenzstrategie darauf gerichtet, das westliche militärisch-politische Verteidigungssystem aufzulockern bzw. aufzubrechen. Bündnisse lösen sich bekanntlich, wenn entweder der gemeinsame Gegner überwunden oder glaubwürdig friedensbereit ist. Die sowjetische Koexistenz- und Entspannungsofferte täuscht Friedensbereitschaft vor. Ihre bisherigen Erfolge lassen sich u. a. an der Krise des westlichen Bündnissystems ablesen.

Aus all dem geht hervor, daß sich die westlichen und östlichen Entspannungsvorstellungen weder inhaltlich decken noch auf gleiche Ziele gerichtet sind. Ebenso scheiden sich die Geister am Begriff „Sicherheit“. Die Sowjetführung versteht darunter die Sicherung des Status quo, also der „Pax Sowjetica“. Darüber hinaus bedeutet „Sicherheit“ die optimale Gewährleistung einer weiteren „friedlichen“ kommunistischen Expansion im Sinne der Koexistenz- und Entspannungsstrategie.

2.

Man darf annehmen, daß die Sowjetführung den Erfolg ihrer Koexistenz- und Entspannungsstrategie noch keineswegs gesichert sieht – entgegen allen ihren optimistischen theoretischen Voraussagen. Ebenso wenig übersieht sie die Rückwirkungen dieser Politik auf das eigene sozialistische Lager und auf die kommunistische Bewegung insgesamt. Sie hat mit dem Heraustreten aus der Stellungskrieg-Konzeption Stalins (Eiserner Vorhang) riskante politische Bewegungsprozesse eingeleitet: Der Westen nahm die Koexistenz- und Entspannungsofferte an und entwickelte seinerseits eine – freilich nicht widerspruchsfreie und einhellig bejahte – Konzeption der „aktiven Koexistenz“, die unter dem Motto „Wandlung durch Annäherung“ auf die im kommunistischen Lager zu beobachtenden Desintegrations- und Reformprozesse einzuwirken versucht.

Dem „weltumspannenden revolutionären Prozeß“, den die sowjetischen Koexistenzstrategen in der nichtkommunistischen Sphäre erkennen und den sie mit den geschilderten „friedlichen“ Mitteln voranzutreiben trachten, steht in der kommunistischen Sphäre ein reformatorischer Krisenprozeß gegenüber –

zwischen diesen beiden Prozessen gibt es zweifellos eine gewisse Wechselbeziehung. Denn indem sich das sozialistische Lager dem westlichen in der Absicht näherte, es unter Koexistenz- und Friedensparolen revolutionär „aufzuweichen“, begab es sich in die Gefahr der Selbstaufweichung durch die Einschleppung „bourgeoiser“ Ideeneinflüsse; im westlichen Lager wiederum erhielten linke und linksextremistische Tendenzen infolge der Annäherungspolitik neuen Auftrieb. Die Frage, wer wen erfolgreicher durchdringen und „wandeln“ wird, ist noch offen.

Chruschtschews Koexistenzofferte an den Westen war nicht allein vom Sachzwang des thermo-nuklearen „Gleichgewichts des Schreckens“ diktiert, das eine grundsätzlich „friedliche“ Form der weltrevolutionären Kriegführung erforderlich machte. Auch die im kommunistischen Lager nach dem Tode Stalins ausgebrochene Führungskrise, die sich in polyzentristischen Tendenzen und einer drohenden Desintegration des „Ostblocks“ manifestierte, zwang zu Entspannungsmaßnahmen an der „Außenfront“. Der „polnische Oktober“ und der ungarische Volksaufstand 1956, beide eine unmittelbare Folge der von Chruschtschew auf dem XX. Parteikongreß der KPdSU eingeleiteten „Entstalinisierung“, verdeutlichten drastisch das explosive Stadium der innerkommunistischen Krise: Sie machten offenbar, daß der Aufbau des Sozialismus in den kommunistisch regierten Ländern mit den Mitteln des Terrors allein nicht bewerkstelligt werden konnte – daraus ergab sich für die kommunistischen Parteiführungen die zwingende Notwendigkeit einer Verbreiterung ihrer Popularitätsbasis. Das Prinzip der „friedlichen Koexistenz“ und „Entspannung“ mußte auch auf den innenpolitischen Bereich übertragen werden.

Am augenfälligsten geschah dies in Ungarn, wo Kádár nach seiner Installation durch die sowjetische Interventionsmacht der erdrückenden antikommunistischen Mehrheit im eigenen Lande ein „friedliches Nebeneinander“ sowie „Entspannungsgespräche“ anbot, indem er durchblicken ließ, daß die Partei über allfällige Reformen „mit sich reden“ lassen werde. Ähnliche Versuche der Systempopularisierung ließen sich auch in anderen sozialistischen Ländern beobachten. Sie fanden ihren Ausdruck teils in vorsichtigen ökonomisch-gesellschaftlich-politischen Liberalisierungsexperimenten, teils in Zugeständnissen an den „nationalen Faktor“, wie z. B. vor allem in Rumänien, wo die Parteiführung ihre Volkstümlichkeit durch weitgehende patriotische Bekenntnisse mit nachhaltigem Erfolg verbreiterte.

Es darf nicht übersehen werden, daß alle diese innenpolitischen Entspannungsmaßnahmen der kommunistischen Parteiführungen nur unter den Bedingungen der ost-westlichen „friedlichen Koexistenz“ möglich waren. Den antikommunistischen Oppositionskräften in den sozialistischen Ländern blieb, nach-

dem der Westen seine „Befreiungspolitik“ („Containment-and-roll-back-Politik“) zugunsten der Entspannungsidee aufgegeben hatte, nur mehr die Möglichkeit, sich mit dem kommunistischen Regime ebenfalls zu „arrangieren“. In ihren Augen hatte der Westen 1956 in Ungarn als ideelle Schutzmacht der antikommunistischen Widerstandskräfte im kommunistischen Machtbereich eklatant „versagt“; nun wurde sein Koexistenzarrangement mit dem Sowjetblock als „Desavouierung“ der antikommunistischen Opposition empfunden. Die regierenden kommunistischen Parteiführungen wiederum sahen sich unter den Bedingungen der west-östlichen Koexistenz und der dadurch bewirkten „Entmutigung“ der antikommunistischen Opposition in die Lage versetzt, ihre Diktatur ohne größeres Risiko zu lockern.

Bald zeigte sich jedoch, daß die von der Sowjetführung an der „Außenfront“ praktizierte Koexistenz- und Entspannungspolitik sowie der Versuch ihrer vorsichtigen Übertragung auch auf die „Innenfront“ die Krise im Ostblock nicht dämpfte, sondern verschärfte. Der chinesisch-sowjetische Konflikt entzündete sich an Chruschtschews These von der „Vermeidbarkeit des Krieges“, durch die die „friedliche Koexistenz“ zum strategischen Prinzip erhoben wurde, wohingegen Peking auf dem überlieferten Grundsatz der rein taktischen Handhabung der Koexistenz beharrte; freilich bildete dieser theoretische Zwist nur die Oberfläche viel tieferreichender Gegensätze, die nun zutage drängten (Führungs rivalität, vorenthaltene sowjetische Entwicklungshilfen, nationalistische Widersprüche, Territorialkonflikte usw.). Inzwischen hat sich der „Maoismus“ zu einer mit den marxistisch-leninistischen Klassikern kaum noch zu vereinbarenden eigenen Lehre herausgebildet.

Immerhin, die sowjetisch-chinesische „Spaltung“ erhielt ihren Anstoß durch den Konflikt der beiden Parteiführungen in der Frage der „friedlichen Koexistenz“. Ebenso unverkennbare Kausalzusammenhänge zwischen der nach außen geübten Koexistenz- und Entspannungspolitik und den innerkommunistischen Entwicklungen offenbarten sich im Entsatellierungsprozeß, im Eindringen „bourgeoiser“ Einflüsse, in den umsichgreifenden häretischen Neigungen und reformatorischen Tendenzen, aber auch im Verhältnis der sozialistischen Staaten zueinander. Die rumänische Parteiführung erhob die uneingeschränkte nationale Souveränität zum Primat ihrer Außenpolitik, und zwar mit ausdrücklicher Berufung auf die „friedliche Koexistenz“ als Grundlage der Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den Staaten beider Systeme. Die tschechoslowakischen Kommunisten verschrieben sich nach der Beseitigung des Novotny-Regimes einer extrem liberalen Interpretation des demokratischen Sozialismus; nicht genug damit, unternahmen sie Entspannungsübungen in westlicher Richtung, was die Sowjetführung veranlaßte, dem „Prager Frühling“ ein gewaltsames Ende zu setzen.

Breshnews These von der „begrenzten Souveränität“, die darauf abzielt, das sozialistische Lager wieder fester „in den Griff“ zu bekommen, sowie der auf dem jüngsten Moskauer Konzil unternommene Versuch des Kremls, die Mehrheit der kommunistischen Parteien auf die sowjetische Linie einzuschwören, ferner die in Breshnews Konzilrede und im „Hauptdokument“ enthaltenen nachdrücklichen Hinweise auf den sich zuspitzenden weltrevolutionären Konflikt – all dies indiziert, daß die Sowjetführung die gefährlichen Rückwirkungen ihrer Koexistenz- und Entspannungsstrategie auf die kommunistische Sphäre einzudämmen versucht. Wie sich das westliche Gegenkonzept der „aktiven Koexistenz“ (Wandlung durch Annäherung) in kommunistischer Sicht ausnimmt, hat das Budapester theoretische ZK-Organ „Társadalmi Szemle“ in seiner Novemberausgabe 1964 folgendermaßen beschrieben:

„Die Imperialisten verzichten auch heute noch nicht auf den Versuch, den Sozialismus zu beseitigen..., jedoch sahen sie sich wegen des veränderten (ost-westlichen) Kräfteverhältnisses gezwungen, ihre frühere Taktik der offenen Drohung mit der sogenannten ‚Befreiung‘ und die wirtschaftliche Blockade aufzugeben. Nun streben sie... nach ‚Auflockerung‘, vornehmlich zum Zwecke der politisch-ideologischen Infiltration. Die Verfechter dieser gegen die sozialistischen Länder angewandten neuen Taktik bauen darauf, daß die Ausweitung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen den Ländern beider Systeme und die Vermehrung persönlicher Kontakte ihre Pläne begünstigt. Wir und die anderen sozialistischen Länder sehen dieser Herausforderung ruhig entgegen, weil... aus diesem Wettkampf nur der Sozialismus als Sieger hervorgehen kann.“

Die Gelassenheit, die das ungarische ZK-Organ 1964 angesichts der „neuen Taktik des Imperialismus“ gewissermaßen stellvertretend für alle kommunistischen Parteiführungen zur Schau trug, ist inzwischen einer wachsenden Nervosität gewichen. Sie offenbarte sich auf dem Moskauer Konzil in schrill klingenden ideologischen Abwehrparolen und vorweggenommenen weltrevolutionären Siegesmeldungen. Doch der von Breshnew erneut und mit Heftigkeit proklamierte Klassenkampf im Weltmaßstab zur „friedlichen“ Überwindung des „Kapitalismus-Imperialismus“ leidet unter dem Mangel einer hierfür notwendigen kommunistischen „Aktionseinheit“.

Schlimmer noch, die Moskauer Koexistenzstrategen sind gezwungen, den „friedlichen“ weltrevolutionären Klassenkampf sozusagen nur mit einer Hand auszufechten – denn mit der anderen Hand müssen sie den sich verschärfenden Konflikt mit China meistern und die häretisch-emanzipatorischen Tendenzen im sowjetischen „Block“ niederhalten. Sie befinden sich somit in einem ideologisch-politischen **Zweifrontenkrieg**. Dennoch zeigen sie sich – zumindest bis noch – nicht bereit, ihre Kampfziele in der einen oder anderen Richtung aufzugeben.

QUELLENHINWEISE

- 1) Carl von Clausewitz „Vom Kriege“, Ausgabe 1911, Buch VII., 6. Kapitel, Abschnitt B, S. 640 ff.
- 2) „Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte – Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien“, deutsch in der Beilage zur Zeitschrift „Sowjetunion heute“ Nr. 13 vom 1. 7. 1969, S. 3.
- 3) „Für die Festigung des Zusammenschlusses der Kommunisten, für einen neuen Aufschwung des antiimperialistischen Kampfes“, Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Leonid Breshnew am 7. 6. 1969 auf der Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien, deutsch in der Beilage der Zeitschrift „Sowjetunion heute“, Nr. 12 vom 16. 6. 1969.
- 4) „Der weltumspannende revolutionäre Prozeß und die Einheit der kommunistischen Bewegung“ in „Probleme des Friedens und des Sozialismus – Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information“, Nr. 8/1963.
- 5) Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien auf der Moskauer November-Konferenz 1960, TASS, 6. 12. 1960.
- 6) „Der weltumspannende revolutionäre Prozeß ...“ in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, a. a. O.
- 7) Erklärung der kommunistischen Arbeiterparteien 1960, a. a. O.
- 8) „Der weltumspannende revolutionäre Prozeß ...“ a. a. O.
- 9) ebd.

„The World Today“ June 1969

THE BOUNDARIES OF DÉTENTE

by
Philip Windsor

In the months since the invasion of Czechoslovakia, Europe has been the witness of a curious phenomenon. The political reflexes of the Cold War seem to have been combined with the political management of the *détente*. On the one side the NATO Ministers have proclaimed their intention of preparing for any renewed Soviet threat, the reduction of NATO forces has ceased and in some cases been reversed, and new NATO commands have been formed to meet the challenge of increased Soviet maritime activity. On the other side a new Berlin crisis has been threatened, and the Soviet Union has engaged in an angry propaganda campaign against both Britain and the Federal Republic. And yet wherever real trouble has loomed, be it in Berlin, the Mediterranean, or the Middle East, the two super-Powers have shown consistent concern to maintain the tradition of crisis-management and cautious confidence which had been built up in the preceding years. In the case of Berlin, the Soviet Government denounced West Germany with the one hand and restrained East Germany with the other. Does this mean then that the political hostilities which have broken out afresh are little more than a formal response to the situation created last August, and that the underlying reality of the *détente* is unaffected? Or does it mean that the period of *détente* is increasingly threatened by the possibility of new crises?

It would be unwise to attempt too fine a distinction at the present time between these possibilities, or to declare that one is illusion and one reality. It is evident that the political relations between the major Powers of the old Cold War have deteriorated; it is equally evident that the interests which all have shown in avoiding a major conflict are as powerful as ever. But these recent developments do indicate the necessity of reexamining the nature of the *détente* and of attempting to determine its frontiers. In the past, that is, roughly between the Cuban crisis and the invasion of Czechoslovakia, the *détente* was

Mr. Windsor is Reader in International Relations at the London School of Economics; author (with Adam Roberts) of "Czechoslovakia 1968: Reform, Repression and Resistance" (London, Chatto and Windus for the Institute for Strategic Studies, 1969). This article is being published simultaneously in German in Europa Archiv.

generally assumed to be identical with the *status quo*. Indeed, many European politicians criticized the growth of Soviet-American understanding on the ground that this enshrined a situation which Europeans themselves found intolerable, and was likely to perpetuate it in the form of a tacit agreement on spheres of influence. But these criticisms disguised the fact that the *status quo* was profoundly unsatisfactory for everyone concerned.

It was obviously unsatisfactory for the Europeans because it perpetuated the division of Germany, and therewith the maintenance of tension along an artificial frontier in the heart of Europe. Moreover, the evolution of the *détente* suggested that questions of prime importance to the European States — questions which affected their security and their view of their role in the world — would be settled by Soviet-American agreements with only scant consultation of the European Powers. But it was unsatisfactory also for the United States, which was continuously torn between her desire to promote closer co-operation among the European allies and her desire for closer consultation with the Soviet Union. In 1966, at the time of President Johnson's speech on Peaceful Engagement, it appeared that the United States was trying to square the circle by inviting all the European Powers, from the Atlantic to the Urals, to participate in a general scheme of political co-operation and economic development. But thereafter the American Government seems to have been resigned to allowing the chaotic piecemeal process of intra-European co-operation to continue, and to attempting to reconcile that with the demands of the Alliance on the one side and the Soviet-American *détente* on the other. Finally, the prevailing situation was thoroughly unsatisfactory to the Soviet Union, which, at a time of increasing disarray within the CPSU itself, had to make a series of awkward choices about her future relationship with the Eastern European States and parties and to accept a growing number of challenges to her own authority. Not only this, but it appeared that, in the light of traditional Soviet policy objectives, the *détente* was creating the worst of both worlds: a growing mobility in West German policy on the one hand and a continuously deteriorating relationship with China on the other.

Thus, it is clear in retrospect that the apparently immobile *status quo* on which the *détente* was based was not of itself stable enough to take the strains of the contradictory policies pursued by the Powers concerned. Contradictions arose not only in the competing policy objectives of different States, but also within the policy spectra of each individual State. It was as if the very fact of *détente* had suddenly unfrozen a whole series of individual dilemmas for each particular government which, until then, had been contained by the overriding requirements of security. It would be easy to sketch a whole series of such dilemmas with which the policy of every government concerned had inevitably to deal.

The first to crack in this unstable *status quo* was the Soviet Government. The invasion of Czechoslovakia showed that it was no longer able to contain the pressures created by the new situation in Europe and that it was urgently necessary, not to reaffirm the existing *status quo*, but to re-establish an older one. The Brezhnev doctrine of limited sovereignty did not define what was permissible and what was not for the Eastern European governments. Its objective seems rather to have been the opposite: it indicated only that the Soviet Union would intervene by force whenever her interests appeared to be threatened, and in doing so it reverted, if not to the apparatus of Stalinism, at least to the arbitrariness of Stalinism, and to the assertion that no Eastern European government could afford to pursue any interests which did not ultimately further those of Moscow itself. But by this declaration and by its subsequent actions, the Soviet Government did not restore the certainties of the Stalinist era: it merely accentuated the uncertainties of the present. No Eastern European government has wholly abandoned its separate policy either towards Eastern or towards Western European States; the evolution of all Eastern European societies still depends on internal sociological and economic decisions rather than on directives reached in Moscow. It takes a Stalin to be a Stalin.

The Soviet reactions to this state of affairs will be considered below. But what is already clear is that the current *status quo*, far from reducing the area of indecision, has only enlarged it. A somewhat similar process has been at work in Western Europe — though since the Western European governments have always enjoyed much greater freedom of action than those of the East, this is largely because of their own difficulties rather than the dilemmas of the American Government. Before the retirement of President de Gaulle, Britain had in some senses been attempting to profit from the situation created by the invasion of Czechoslovakia, and by the increase of Soviet activity in the Mediterranean, to try once again to use the forum of defence as an area of political *rapprochement* with Western Europe. She attempted to use NATO to this end, and also to revive the WEU. But in doing so she had taken a risk not only of worsening her relations with the Soviet Union but also of emphasizing her differences with France. Under President de Gaulle the French Government, which in fact began the process of *rapprochement* with the United States after the events of May 1968, seized on the opportunity provided by Czechoslovakia as a rationale for doing so, but then sought to counterbalance the effect it thus created by attempting to co-operate with Moscow over the Middle East. The German Government, though it had declared that there was no alternative to its previous *Ostpolitik*, found itself involved in increased conflict with the D.D.R. in spite of the fact that the *Ostpolitik* was beginning before last August to lead to closer co-operation between the two German States. In all these cases the government

concerned was finding it easier to pursue its policies in a context of conflict than in one of *détente*.

Eastern and Western Europe now have this much in common. Whereas the *détente* was previously identified with the *status quo*, the *status quo* is now identified with increased hostility. This is the true measure of the changes brought about by the invasion of Czechoslovakia. It also indicates the difficulties which *détente* now has to contend with. Instead of seeking as far as possible to preserve the *status quo* in order 'to give *détente* a chance', it has now become necessary to accommodate a change if the *détente* is to be secured. And yet there has been no indication so far that any government is able, or willing, to work for positive changes in East-West relations.

So far, however, nothing has been said of the United States. The American Government alone is able to pursue a greater understanding with the Soviet Union without sacrificing objectives elsewhere. In Vietnam, and in the Middle East, a measure of Soviet-American understanding is positively necessary; and even in Europe the United States does not appear to be unduly embarrassed by the requirements of combining alliance politics with *détente* policy. Here, in fact, the situation seems to have changed little from that of 1966. Even in such a question as the Non-Proliferation Treaty, which might have been expected to complicate relations between the United States and her European allies after the invasion of Czechoslovakia, the American Government has stuck to its previous policies and has been able to continue its task of persuasion. At the same time it has indicated that it will shortly begin discussions with Moscow on the control of the new arms race based on the anti-ballistic missile. Even here, President Nixon's compromise on building a small ABM chain seems to have made remarkably little difference. But the price is obvious. It is that there is now a sharper difference than ever before between the Soviet-American *détente* and East-West *détente* in Europe. There has always been some degree of differentiation between these two if only for the reasons suggested at the beginning of this article. But it was generally assumed until August 1968 that whatever the differences of priority between the European States and the super-Powers, at least the European States themselves stood to gain as beneficiaries from the Soviet-American dialogue. They would at least be free to cultivate their own relations across the East-West boundaries in Europe. Since the events of August it has become painfully clear that this is no longer the case. On the contrary, Soviet-American relations might continue to develop but all that can be expected in Europe for the present is at best immobilism, at worst hostility.

The question is how long 'the present' will last. It is characterized, particularly in Germany, by a compromise form of international politics which goes under the slogan: 'bridge-building'. This activity continues to be denounced by the Soviet Union for reasons of her own, but it is not the Soviet denunciations which reveal its inadequacy. It is rather that it is difficult to build bridges between opposing points which are liable to shift from time to time. Moreover, such bridges are easy to blow up. In other words, the very concept of bridge-building, as opposed to co-operation, or even to a gradual interlocking of interests, implies an admission that no fundamental progress can be made and that the relations between Eastern and Western States of Europe still depend on the tolerance of Moscow. Bridge-building is less an attempt to determine the future than to gain time while the fundamental decisions are postponed.

It is here that the present attitude of the Soviet Union is relevant. If she were disposed to tolerate the Western European attempts to create some form of indeterminate link with the East European States, bridge-building would be a perfectly legitimate means of gaining time. Time itself is neutral but it can work for one side or the other according to the manner in which it is used. Given the apparent Soviet attitude as it was before August 1968, it was possible to conceive that time was on the side of Western Europe. But this might indeed have been one of the reasons behind the fateful Soviet decision to intervene in Czechoslovakia. Since then it does not appear that time is working for the West Europeans. For the Soviet Union has made it clear that she will tolerate neither the attempts of any Western government to promote liberalization in Eastern Europe, nor the attempts of the West German Government in particular to promote contacts with the States of Eastern Europe while isolating the D.D.R. In the first case the Soviet Union, confronted as she is with her own internal difficulties, has no intention of becoming what the jargon of political science calls a 'dependant variable': that is, she will not allow the pace of her own internal development to be influenced by more speedy developments in other parties, or permit the terms of debate inside the Soviet Union to be determined by what happens elsewhere. In the second case the policy which was adopted at the Karlovy Vary meeting of European Communist Parties in 1967 has now been pushed a stage further. At that time it was decreed that no Eastern State would be able to follow the Rumanian example and open diplomatic relations with the Federal Republic without the prior assent of the D.D.R. and the Soviet Union. Now, to judge by the pattern of the recent dispute over Berlin, the D.D.R. has taken the offensive. She would appear to judge that the time has come to engage the Federal Republic in a battle for recognition. The East German tactics have not been given the wholehearted support of the Soviet Government; none the less Pankow still determines the framework of Soviet policy towards West Germany. The Federal Government once found it possible

to entertain the hope that as it pursued closer relations with other States in Eastern Europe, so it would improve its bargaining position vis-à-vis an increasingly isolated D.D.R. It would now seem necessary to contemplate the risk that any attempt to build bridges with other Eastern European States only exposes these to danger and increases the diplomatic power of the Pankow Government inside the Eastern bloc. If this is the case the sense of the German *Ostpolitik* will have been reversed and time will be on the side of the D.D.R. rather than of the Federal Republic.

More than this, the dangers to the East European States of indulging in any kind of independent foreign policy have continued to grow. The threshold of permissible independence now seems to be very much lower even than it was when the Brezhnev doctrine was first promulgated. At that time, the 'dangers to socialism' which might entail a Soviet intervention were left undefined, and there might have been good reason for this. Now, however, the Soviet Union clearly feels strong enough to risk more detailed definition. And, even more, the political importance of the Warsaw Pact is now greater than it has ever been before.

Ever since 1965, the Soviet Government has used the Warsaw Pact as the primary instrument for managing its relations with its Eastern allies. Indeed, the importance of the Pact has grown *pari passu* with the progress of the *détente*; and while the political functions of NATO were declining in the West, the functions of the Pact were growing in the East. It became the chief means of managing the implications of the *détente*, and in this sense one might argue that the importance of the Pact grew, not in spite of the *détente*, but precisely because of it. At the same time, it was becoming a centre of debate about the Sino-Soviet dispute — although the Soviet Government always insisted that an ideological meeting of all Communist Parties would provide the final settlement. That last fact was important for the more rebellious of the Eastern governments, for it enabled them to continue their measured support for the principle of Chinese independence as the best precedent for their own. Because the Kremlin was unwilling to push the Sino-Soviet conflict to the point of enmity between States, and attempted to keep it within the bounds of a dispute between parties (or at most 'ruling cliques' but not peoples), it was possible for the Eastern Europeans to couch their disobedience in terms of ideological tactics. But the Ussuri river fighting in March changed all that, and may in fact have been designed by the Soviet Government to do so. The extraordinary importance which was given to that fractional border dispute and the extent of the hostilities themselves seemed to indicate ulterior purposes. In any event, the fighting began just at the time that a much heralded and carefully prepared meeting of the Warsaw Pact Powers was about to begin in Budapest;

the meeting itself broke up after only two and a half hours, and it broke up over the issue of a common condemnation of China. It is worth recalling here that the language of the Warsaw Treaty, though confined formally to Europe, is politically important in that it obliges all the signatory States to treat an attack against any one of them as an attack upon all. The Soviet Union certainly presented the fighting on the Ussuri river as an attack upon herself. And after the meeting she invited the Warsaw allies to send 'military experts' to the scene of hostilities: a request which they would have found it difficult to refuse had not the unexpectedly hasty convening of the Ninth Congress of the Chinese Communist Party translated the dispute into another sphere. None the less, the principle was established that China, which had for so long been an instrument of East European diplomacy in gaining a gradual independence of the Soviet Union, was now likely to be used by the Soviet Union as a means of keeping the European States in line. The Soviet Government had finally succeeded in bringing together the dispute with China and the uses of the Warsaw Pact in a concerted policy for the control of its European allies.

It might be significant that immediately afterwards the Soviet Government, in its new attempt to curb the liberties of Czechoslovakia — an attempt which reached a temporary climax when Mr Husak succeeded Mr Dubcek as First Secretary — should have chosen to dispatch the Defence Minister to Prague. Similarly, the new warnings which were issued to the Czechoslovak party at the time, and which suggested that henceforth the Soviet troops in the country might intervene in its internal affairs ruthlessly and without notice, were accompanied by reminders that the Warsaw Pact invasion of Czechoslovakia had been a true example of Socialist internationalism. Again, the visit to Moscow of the Rumanian Foreign Minister early in April was accompanied by an article in *P r a v d a* which singled out bourgeois nationalism for special attack and suggested that the limitations imposed by the Brezhnev Doctrine on the policy of the Eastern States now included such assertions of national independence as had come to be taken for granted throughout this decade. It was clearly not only Czechoslovakia that was in renewed danger: the warning signs to Rumania were also clear.

But such developments are only the culmination of a process that has been going on ever since the invasion of Czechoslovakia. Shortly after the events of last August, Czechoslovakia and Yugoslavia came under particular attack in the Soviet press for the extent of their economic relations with the Federal Republic, although in the case of Czechoslovakia these relations were more restricted than those of most other East European States, and in the case of Yugoslavia they formed only a proportion of an extensive series of relations with Western Europe. It was clear that what was at stake in these two cases was not the

nature of relations with West Germany, but the internal political context and the role that each had played in the politics of the bloc. In the latest round of warnings, the bridge-building aspirations of the Federal Republic again come under attack — though this time the target is Rumania.

In other words, developments inside the Eastern system since the invasion of Czechoslovakia leave little room for hope that the time-gaining compromises of bridge-building will lead to any positive results. On the contrary, the signs are that they might actually increase the level of risk for those States which are concerned to pursue an independent foreign policy or a course of internal liberalization.

At the same time, the United States does not appear to be concerned to do what is in her power to arrest or change these developments. It seemed for a moment that as pressure began again to mount inside Czechoslovakia the American Government was willing to use the prospect of talks on arms control between the two super-Powers as a bargaining counter to save the Czechoslovaks. In what looked like an inspired leak, it was suggested that arguments were being put forward inside the State Department that the talks should be cancelled or suspended if the pressures were not abated. But this moment was followed immediately by a declaration from Mr Rogers that talks were expected to begin very soon. The United States clearly faces a dilemma here: the control of the arms race is an enormous prize, and is not easy to sacrifice for the sake of modifying developments in Europe. But, whatever the merits of the case, it is now obvious that the bargaining power of America is unlikely to be used, even though the very great American lead in multiple-warhead vehicles might be expected *a priori* to induce great anxiety in the Soviet Union and a willingness to sacrifice some degree of control in Eastern Europe for the sake of some assurances in her relations with the United States.

This fact indicates the essential asymmetry of the new situation. In Europe itself, the arguments adduced hitherto, if they are valid, add up to one conclusion: that the previous context of *d é t é n t e* is now the context of new uncertainties, new dangers, and new possibilities of conflict. But on the other hand, the context of the Soviet-American *d é t é n t e* has not changed; and as far as European interests are concerned, one might argue that the Soviet-American *d é t é n t e* is still working — almost *t o o* well.

If that is the case, it is neither the West European governments nor the liberalizing regimes in the East who stand to gain any benefits from the new situation, but the reactionary and potentially dangerous alliance which has grown up between the Soviet Union, Poland, and the D.D.R. In the context of the present

forms of *détente*, time is working for them, and against the policy objectives which in the West at least have been traditionally associated with the *détente*.

Indeed, the Soviet Union and her closer allies appear to be conscious of their advantages. The same meeting of the Warsaw Pact which broke up in disorder over China issued an invitation to the Western States of Europe to take part in a general European Security Conference. This is far from being a new idea. It is a long-standing concept, which has been associated particularly with the Polish Government, and which has also been taken up by some of those in the United States who are concerned to bring about improving relations with Eastern Europe. In itself, it might or might not be valuable, though it might be suggested that a permanent European Security Commission, somewhat analogous to the Economic Commission for Europe, would have a more useful role to play. Such a body, if it met on a frequent enough basis, could afford to explore the political implications for the various European governments of the security policy of the two alliances. It would have the rare value of serving some of the interests in *détente* that both Eastern and Western governments have, from their different standpoints, already shown. But that apart, it is interesting that the invitations to a European Security Conference should have been issued at the present time. The fact itself betokens a surprising degree of confidence on the part of the Soviet Government, and an evident optimism that even in the midst of its present uncertainties such an act of *détente* policy would further its interests rather than hinder their advance. Equally, the NATO Ministers who met in Washington after Easter studiously ignored the invitation. Were they perhaps anxious that to accept it now would be to legitimize the new structure of authority in Eastern Europe, and make it harder still to bring about any real change? In other words, did they too accept the Soviet premises?

Yet it is obvious that to refuse co-operation for *détente* will also entrench the Soviet position in Eastern Europe. The Western Powers are confronted with a dilemma which has once again become acute. It is equally difficult for them to offer and to refuse East-West co-operation in Europe. In either case the danger is that *détente* will promote Soviet interests and damage their own. Is there any exit from this impasse?

It might seem somewhat wilful at this moment to suggest that the problem of relations with the D.D.R. has become a matter for urgent consideration. It is clear that the D.D.R. is a faithful ally of the Soviet Government, and it is equally clear that Soviet interests in *détente* are such as to maintain an intolerable situation for many States of Eastern Europe. But at the same time it is also obvious that so long as the Western Powers in general, and the Federal

Republic in particular, refuse to treat with the D.D.R., the importance of that State within the Eastern diplomatic system will continue to grow, and the prospects of improving relations with the other States of the system will continue to deteriorate. A European Security Commission has great potential value - but so far it is impossible even to work towards it for fear of confirming Soviet authority. If a Western *détente* policy is to become active again, the original premises of isolating the D.D.R. must perhaps be laid aside. It is becoming increasingly difficult to foresee any form of *détente* that is not positively hostile to Western interests unless it includes the D.D.R. The real difficulty is that either the boundaries of the *détente* must be enlarged to take in Pankow, or else they must be reduced to the point where some of the present uncertainties can be excluded. At present, the Western Powers are in some danger of getting the worst of both worlds. Paradoxical though it may seem, a determination to include the D.D.R. within the boundaries of *détente* might serve in the end to promote, not the interests of the Soviet Union which has for so long been demanding such a change in policy, but the interests of the Western Powers who have for so long opposed it. It seems that only in this way can the potentialities of the European situation that existed before August 1968 be restored. The time for a fundamental reappraisal seems to have arrived.

SECURITY THROUGH DÉTENTE

by
Dr. W. Koops
Colonel W. Wierda

Among the causes of the détente which began to prevail in East-West relations in the early 'sixties, are undoubtedly the internal consolidation of the Soviet regime and the growth of prosperity. In 1945 Russia was one gigantic ruin, and the utmost exertion had to be demanded from the Russian population for restoration and reconstruction. It was an obvious policy to create a foreign enemy in order to divert the internal tensions ensuing from this situation. After the war this enemy was the "capitalist" West. The Western powers were united in a conspiracy to further as strongly as possible the downfall of "Socialist" Russia.

A decade after the war it is no longer necessary to keep up this fiction of conspiracy and encirclement. The relaxation of internal tensions which then sets in leads to the proclamation of the doctrine of peaceful coexistence. Revolutionary action is replaced with economic competition. War with the West, Khrushchov dictates, is no longer inevitable.

The other fundamental cause of the détente is the process of de-ideologization which has taken place in the West, particularly after the emergence of the Peking-Moscow conflict, which resulted in part in the emancipation of the East-European nations and the development of a polycentric world in general. It became clear that the unity of the Communist bloc was a fiction. Fear in the West diminished fast, the more so as the revolutionizing tendencies fell into the background.

Thereafter the influence of anti-communism in the West and the ideological element in Soviet policy declined considerably. Kennedy spoke of the need "to make the world safe for diversity". Khrushchov called the hope to annihilate world capitalism in a nuclear war an absurd idea. For every capitalist millions of workers would be killed.

Nuclear Paralysis

Both phenomena — the conversion of the cold war to a simple conflict of interests and the capacity on both sides to turn the other party into a heap of smoking ruins within a few hours' time — have been decisive for the setting in

of a détente. Throughout history nations have been willing to make the highest sacrifices for the sake of principles. But it is inconceivable that there could be any material interest justifying even a beginning of hostilities in Europe.

As a result military power, at least in Europe, has become immobile. It can still be used as a deterrent if the existence of the state is at stake. In that sense it still has decisive defensive value. But arms have become useless as a means to enforce an offensive policy. This was demonstrated in the attempts by the Soviet Union to seize even a so completely isolated position as Berlin, the retention of which is vital for the West. Neither with its nuclear weapons nor with its troops could it lend cogency to these attempts. This justifies the conclusion that the only value left in nuclear weapons, but also in the less disastrous means of military power is as a deterrent, and that consequently they have no function left but to prevent war.

The effort to prevent war, to control and restrain the boundless power of destruction is first of all in the mutual interests of the two big nuclear Powers. This mutual interest becomes most manifest in Europe. There, military power has become completely immobilized. Every expansion of the sphere of power or influence, every change in the 'status quo' at the expense of NATO territory, which would be accompanied by violence or a threat of violence, is ruled out in the present circumstances. It would imply a direct danger of escalation and an encounter between the two nuclear forces.

Diversion from Europe

This situation, which looks so precarious at first sight, contains an element of stability. This does not result only from the military situation. It is also a consequence of the political relations, which, as far as the U.S. and the S.U. are concerned, are not characterized by vital contradictions and irreconcilable interests. Neither power is a European power in the proper sense. Their engagement with regard to Europe is relative. In as far as they have ties with Europe and an interest in the existence of balanced relations this is rather in connection with their security position than with their power position.

The traditional policy of both the U.S. and the S.U. was of a strongly isolationist nature until the Second World War. A return to this isolationism is not to be expected with regard to Europe. Both world wars were caused by European conflicts. There is a strong possibility that in the event of a withdrawal of their troops and a diversion of their interest a power void will once more emerge in Europe and the continent will become a breeding-place of conflicts as a result.

Nevertheless, a tendency towards dissociation from Europe has become perceptible particularly in recent years. Apart from the rigidity of the situation in Europe and the impossibility of changing existing relations, this dissociation is evidently also caused by non-European conflicts and the growth of the power of China. The waning interest showed itself in troop reductions on the Western side; on the Soviet side it manifested itself in the enlargement of the share of the East-European nations in the collective military efforts of the Warsaw Pact. This contribution now comprises 30 battle-ready and 30 mobilizable divisions. Not only as a result of this fact, yet at the same time inconceivable without this heightened military contribution, their freedom of movement has been somewhat increased in recent years. The events in Czechoslovakia, however, have shown how restricted this freedom is.

Acceptance of the Status Quo

The two Superpowers' reduced attention to Europe, however, does not imply that they would risk being involved in a war created by other powers.

On this issue their interests coincide completely and on this issue there is also a conformity of views which they do not share with their allies. This explains why the S.U. is for the U.S. in many respects the only party with which they can hold discussions, just as, conversely, the S.U. is found to prefer a dialogue with the U.S. Even Vietnam has not obstructed the collaboration in the field of control of nuclear power and the preservation of the existing balance of power, as shown by the non-proliferation agreement, which has come into being mainly in bilateral talks. It is another symptom of their 'rapprochement' that the two powers are hardly any longer bent on disrupting each other's alliances. The Soviet government met with reserve France's bid for closer relations. The American government showed remarkable indifference with regard to the East-European attempts at independence.

As always, Germany remains the main problem. In this respect also interests do not wholly diverge. As, in the Russian view, an independent Europe would be a Europe controlled by Germany, it is questionable whether the Soviet government would welcome a withdrawal of the American troops and the eventual dissolution of NATO. Since its abandonment of the principle of German unity, its policy has been aimed at perpetuating German partition. The military control of East Germany and Eastern Europe constitutes the cornerstone of its security policy. For that reason the status quo is not subject to discussion.

There are indications that the American government is inclined to come closer to the Russian point of view. The German partition had been regarded

as the cause of tensions for years. Reunification therefore was a condition to détente. But a reversal of cause and effect took place, partly under the Kennedy administration already, but more explicitly in a later statement by Johnson. Ending the German partition is now regarded as a potential result of détente. This postponement of the German issue, however, implies a temporary and de facto acceptance of the status quo.

Accidental War

The growing stability in Europe, which, as indicated above, is based on military deterrent and political rapprochement, does not safeguard a definite solution of the problem of European security, however. It is true that there is little chance of a disturbance of peace in Europe, but peace is indivisible nowadays, and in the developing countries, where owing to the painful process of nation building causes of conflict abound, violence in various forms is on the increase, fed by a continuous flow of arms from the prosperous countries. There is a great chance that, owing to a growing tendency towards intervention by the big powers, a local conflict might through escalation develop into an international crisis which could have repercussions in Europe. This possibility is the stronger as Soviet strategy has developed from a continental to a world strategy. So far only the U.S. have been engaged in world strategy. It has the means at its disposal for the wielding of its power by sea and by air in order to assert itself in overseas conflicts. In recent years, however a tendency has become clearly apparent in the S.U. to put up no longer with this situation and to have at its disposal also the capacity and the means — logistic and operational — for intervention in overseas conflicts. This enhances the danger of direct confrontation.

There is another danger due to which European peace does not rest on a very firm basis. That any government would consciously and deliberately aim at war is not very likely. But this does not preclude the possibility of the outbreak of war. Most wars were not deliberately intended. The question about who bore the responsibility for the outbreak of World War I has still not been properly answered. A great number of wars in the past were caused by miscalculation and it is questionable whether the fear of war will be a safeguard against miscalculation in the future. It may be caused by circumstances foreseen by none. Alleged provocations mistakingly taken for threats and retaliated against as such through action and counteraction may lead to an acute crisis. A thoughtless remark may lead to the incorrect belief that an act of limited and indirect aggression will draw no response. Many a war was caused by a situation in which both parties were willing to go to the brink of war but at the decisive moment became involved in circumstances which made retreat impossible. In all those cases the course of events could take a turn which brought the respective governments

into a position where their hands were forced and which drove them to unintended and undesired acts and moves.

The consequences of political acts and decisions in general can hardly be foreseen. It is precisely the essence of a crisis that the acting persons do not have full control of the course of events. Chance and the personality of a statesman also play a part. The limits which can be reached are vague and unknown. In the Cuba crisis neither party wished to go to war, but either could have reached a situation where an armed conflict could not be avoided.

It requires imagination to think of a reason, a motive, an interest, for which the nuclear powers would be willing to initiate a war. But the grip of governments on the development of events is restricted. It is, therefore, less difficult to imagine a war starting as the result of a crisis in which the factor of inevitability would override all calculations and considerations. Nor does success in controlling a number of crises guarantee that the next crisis will be overcome, as is proven by the events which preceded many wars in the past. Therefore, a nuclear war between the U. S. and the S.U., though not likely, is still not impossible.

The Broadening of the Notion of Security

For this reason the security problem of our time is not so much how to protect ourselves against potential, but more and more unlikely Soviet aggression, as how to solve the problem of the unintended and unforeseen war. Insight into the precariousness of the situation will increase the chances that events are no longer left to take their own course, but that the right efforts are made towards preventing such a war and keeping the situation in hand. Of course these efforts cannot be made on one side only. The balance must be kept. Should the relations of power be affected and the demands of the balance of power neglected this would be the best way to precipitate the danger which we wish to avert. There are indications, however, that in the opposite camp also an awareness of what our real interests are is not wanting. We will have to accept the fact that we shall constantly face the S.U. in the field of normal competition, the striving for expansion of power and greater influence and prestige. But apart from that the awareness must grow that it is in the interest both of the West and the Soviet Union that this competition be subordinated to a policy of international co-operation.

Consequently, the existing balance of power should not be accepted in the conviction that peace and security will automatically follow and that, as Churchill once put it, peace will be "the robust child of terror". Peace

must be won. The policy of security should imply, apart from a strengthening of the Western position, the need to create a safer world. Apart from the protection of Western interests, world interests must be taken into consideration. During the postwar period the former have dominated too much. The entire policy was aimed at self-defence. Not until the Cuban crisis could this limitation be overcome as a result of the realization of the identity of peace and self-interest.

Crisis Control

In this train of thought, which has become more wide-spread as a result of the détente and the improvement of the political climate, the aims of NATO have gradually changed. Rather than the prevention of war the establishment of inviolable peace has come to the fore. Thus East-West relations have entered a new phase. Though the causes of conflict have not been eliminated deliberate aggression comes to mind less frequently than the possibility of crises and conflicts generated by fatal coincidences. The question is asked, particularly in the West, how these crises could be controlled and the conflicts settled. The idea is that a growing agreement on the settling of conflicts could gradually lead to a set of rules, the regular application of which might produce the effect that, at least as far the European situation is concerned, there will be less thought of war and aggression.

A circumstance which in the past contributed to escalation and increasing tensions, aggravating crises and their breaking out in conflicts and acts of war, is ignorance and misunderstanding of the adversary's intentions. Notably the First World War was caused by a series of miscalculations caused by lack of information and misunderstanding of intentions. A first condition for the prevention of a similar fatal development, therefore is constant communication between both sides in periods of crisis. All misunderstanding must be precluded. The realization of this necessity led to the installation of a permanent teleprinter communication between Washington and Moscow, the so-called "hot line". There was even talk of the installation of similar communications between the commanders on both sides of the demarcation line.

It is not so much from good will and a striving for a better world (there is no trace of such an attitude in Soviet propaganda, all acts of the Western powers, notably those of the Federal Republic, are interpreted unfavourably), but rather from the awareness of the immense danger that both parties observe the greatest caution. Not only are those measures avoided in situations of crisis which could aggravate the situation by damaging the other party's vital

interest of affecting his prestige, but everything is done to avoid a crisis arising. During the period preceding the invasion of Czechoslovakia, for instance, the West-German government called off the manoeuvres due to be held at the Czecho-German border, as they could be interpreted as provocation. No military measures were taken by NATO on account of the observed troop movements. The proposed summit conference after the invasion was not considered. Virtually all governments stated that the policy of détente and the negotiations on arms control and arms reduction were to be continued.

Limitation of Violence

As a result of these and other measures, of the improved communication and the consideration of all possibilities which could arise in the event the complications in threatened territories and zones such as Berlin, the conditions for controlling a crisis and keeping it in hand have improved considerably. Nevertheless, the start of hostilities is not unimaginable and inconceivable. Should in such an event the leaders involved let matters drift and agree to measures dictated by the military situation and having some appearance of inevitability, the level where violence dominates, would in all probability soon be reached.

In former wars, when there still existed a material limit to the possibilities of destruction, after the state of war had set in, efforts were initiated to obtain military supremacy by raising military force to its utmost capacity. These efforts were determined by the objective, which, during the latest great wars, was unconditional surrender by the enemy. As these efforts and this unlimited objective were mutual the war tended to the utmost violence, qualified only by material possibilities.

The availability of nuclear weapons, the possibility of complete destruction of the adversary in the shortest possible time, has caused, apart from the striving for détente, a reversal in thinking on war and the objects which can be achieved in and through war. The unconditional surrender of an adversary who has nuclear weapons at his disposal, is out of the question. It is too arrogant an assumption. No objective is even conceivable, apart from self-defence and protection of vital interests, which could justify a limited use of or even threat to use, nuclear violence. This limitation of the objective, which has become necessary, implies a restriction in the use of the means. The utmost display of military force and a total mobilization of available resources are no longer aimed at. At the start of hostilities the aim will be, while maintaining the position formerly held, to restrict the use of violence to such an extent that it will be possible at any moment by slowing down the pace of fighting to

break off the action altogether. Both parties will continuously leave open the question whether the ending of hostilities and return to formerly held positions will not be preferable to the risks attached to a continuation of the fighting.

Control of Violence

It is a matter of course that such a degree of self-restriction and rational behaviour in a situation characterized by fierce tensions and violent emotions requires first of all that the effort at self-control and limitation is mutual. This is ensured by the fact that the danger threatening the two parties and the consciousness of moving closer to the abyss are virtually identical for both. Both also dispose of a capacity for unrestricted retaliation and both are aware of their being protected against an unexpected strike by the invulnerability of their nuclear weapons. This identity of their positions renders probable that their moves and behaviour will be constrained and deliberate and their responses to supposed provocations will not be thoughtless and precipitate.

Another condition implied is that the balance which rests partly on nuclear weapons, partly on the two treaty organizations the Warsaw Pact and NATO, is not unexpectedly upset by developments of a political or technological nature. As long as it remains in existence it is hardly likely, in view of the fatal danger which would threaten both nuclear powers in the case of an armed conflict, that they would throw caution to the wind. It is further probable that they will first use only conventional means and these only on a reduced scale, as they can be kept in hand to a certain extent. This leads to a conclusion about the main significance and task of these armed forces. This task is not based on the assumption that their strength should enable them to resist a full-scale attack, a general offensive. Such a situation, a very unlikely one, would immediately result in the use of nuclear weapons. Their function lies rather in the more modest task of offering resistance in the event of a small-scale attack and acquiring local supremacy as soon as possible, which should be sustained for a certain time. They can also prevent Western defence being faced with a fait accompli by unexpected penetration. An assignment such as this demands a high degree of mobility, tactically as well as strategically, and an alertness guaranteeing immediate action. The forces which have to perform this task need not be strong numerically. A numerical balance, a proportion of one to one, one NATO division to each Soviet division, equal numbers of tanks, aircraft and ships, is definitely not required. On the other hand, however, the strength of the conventional forces must not lag below a certain minimum, as this would be inconsistent with the view that the moment when nuclear weapons come into action should be postponed for as long as possible.

Defence as a Deterrent

All this leads to the conclusion that military conceptions which were valid up to now have become to a considerable extent obsolete, although many military treatises show that they are still stubbornly being adhered to in their outworn meaning. In most of those treatises warfare is still regarded as a physical trial of strength, where aggression must be combated and allied territory safeguarded by setting up a front of resistance which must call a halt to the enemy's forces. According to this view a tactical victory is still regarded as the real object of the operations, which could be decisive for the course of the acts of war.

The real sense of the tactical activities of ground and air forces, however, lies in the possibility of a limitation of the war and in the restriction of the use of violence. Every military measure should be considered with that end in view. Any increase in violence is meaningful only as a warning signal, a shot in the air, to make it clear to the adversary that the advantages of continued action are far outweighed by the risks, the price which he should have to pay for his relative victory. Within this conception the defence of territory and the potential tactical advantage are altogether subordinate to the effort continuously to confront the adversary with the possibility of expansion of the conflict, which may ultimately lead to the use of nuclear weapons. This completely new objective also determines the nature of the act of war. Instead of a physical trial of strength it has become rather an element of deterrence, a type of negotiation, a means to influence the adversary's behaviour. The impossibility of judging the situation clearly and of predicting its consequences and also the awareness of the catastrophic consequences which could result from a continuation of the action ensure that it will not fail to produce effect in this sense.

The Strategy of Flexible Response

All these considerations, these speculations on the course of the complications which could arise at the outbreak of hostilities, have led to a modification of the strategic conception. For years NATO strategy was "massive nuclear retaliation". This conception implied that each violation of NATO territory would be answered with nuclear weapons. Every attack would be answered with a complete display of strength. No doubt was allowed to exist about the massiveness of retaliation and the moment when it would follow. Irrespective of the seriousness and size of the aggression inflicted, the response was to be of maximum strength and also, after a certain moment, automatic.

The heightened power of destruction of present-day weapons, the advent of the intercontinental missile, and more specifically the Berlin crisis (1961),

which led to reflection and deliberation about this strategy and its consequences, gave rise to doubt about the correctness of the conception. It appeared to be hard to apply particularly in border cases. Moreover the question was raised whether the immediate use of nuclear weapons would be justified as long as the adversary's intentions remained unclear. Another disadvantage of automatic response was that political deliberations and more detailed consideration would be powerless if military technology was given full scope.

The essential problem of our time lies in the question whether we shall be slaves or masters of technological developments. Can we control the unknown possibilities of technological progress, or are they going to rule mankind in some form or another? This problem is particularly acute where nuclear weapons are concerned. Will these weapons benefit mankind by putting an end to war? Or will a war fought with these weapons end mankind?

The strategy of so-called "controlled and flexible response" announced by McNamara already in 1962 might be seen as an attempt to evade the automatism of the development of weaponry by creating a new relation between armaments and policy. The effects of the weapons, their power as a deterrent must not be lost. On that power peace would permanently rest. But also after the brink of war had been crossed the element of deterrence would have to be maintained according to the principle indicated above. An unlimited outburst of violence would have to be prevented at all costs. It was precisely the immense reserves of fire-power in America's possession which enabled her to do so. If circumstances demanded she would have to use these reserves in a restrained and deliberate manner, not for the purpose of gaining victories, but in order to reduce destruction and ruin.

In order to make such a restrained action possible a number of conditions have to be fulfilled:

1. The supremacy of politics has to be ensured. If the aim is military victory purely military factors are of extreme importance. But the aim is survival. Therefore all military measures have to be directed to the superior, politically determined goal of making the adversary end his action. Even the slightest tactical decision has to be judged by that standard. A measure which goes too far or not far enough, an action taken too early or too late may produce a fatal effect, and lead to escalation. For that reason military commanders should be given as little independence as possible. Their power of decision will have to be reduced to a minimum. In all phases of the hostilities politics will have to be heard and, backed up by the most extensive and independent information possible, exert its influence on the slightest tactical movement.

2. The response must be adapted to the nature and size of the hostile action. If possible the nuclear striking power will remain in the background as an element of deterrence as long as possible. To this end, however, several alternative schemes and possibilities of choice and a great number of conventional and nuclear means of defence and of deterrence are required. The appropriate response to each act of war will have to be found, enabling the prevention of a step-by-step expansion of the acts of war. However, a condition to such a strategy, within which a general nuclear war is regarded as the ultimate in the spectrum of violence, is that the conventional forces are maintained at a strength above the minimum in order to ensure that on that level, in particular, appropriate action can be taken against enemy action.

3. Uncertainty is the essence of the deterrent conception. As, unlike the strategy of massive retaliation, it implies that a number of alternatives are kept open and a great number of means, conventional as well as nuclear, are available in their relations to one another, this uncertainty may be an important element, more important also than in a conception based on the defence of successive zones. It is in particular the emphasis laid on control of crises and restriction of conflicts which ensures this uncertainty and makes a variety of forms of response possible. This means that the armed forces, including the Dutch, which have been assigned to a task within NATO, have to fulfil high demands. Their armament and equipment, their means of communication and transport, their fire-power and striking power will have to meet the most modern requirements in order to enable them to respond in a restrained, but also rapid and efficacious manner to a potential disturbance of the peace.

4. Such a strategy directed not so much at defence against aggression as at preserving peace — which has in the meantime been accepted by NATO — is possible only if the Western alliance continues in its present form, but with aims which have changed fundamentally, a change which has to be felt at all levels. Not only as regards politics, but also as regards strategy and tactics, new thinking will have to replace the old. It is not security and the preservation of the territorial integrity of the limited group of nations united in the Organization which will have to come first, but the general, world interest, which is also self-interest, and which implies protection and security against the danger of a destructive war. Not until this has been accepted in all seriousness, and peace is no longer a pretext to justify a policy of limited interests, will the Atlantic Treaty Organization be regarded in wider circles as an indispensable factor for world Peace.

The dissolution of NATO means chaos. The danger is not only political, but also military: any disturbance of military power relations would constitute

an immediate danger to a peace and stability based on and determined by such relations. This does not imply our acquiescence to the existing situation. The balance of power based on treaty systems cannot be regarded as an ideal foundation for peace. But it would be irresponsible rashness to reject what has been accomplished so far on account of its imperfections and to substitute for a system of treaties and security which has preserved peace in Europe for so many years a system which would to a far greater extent depend on the good faith, the love of peace, the willingness to cooperate on the part of the Soviet government. The recent events in Czechoslovakia, which have placed limits on the possibilities of pursuing a policy of rapprochement and détente, have demonstrated that such confidence is still premature.

NEUTRALITÄT

von
Leg.-Rat Dr. H. Fiedler

(Vorabdruck aus der vergleichenden Enzyklopädie „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft“, Herder-Verlag)

A. Neutralität im Westen und ihre Entwicklung

1. Begriff
2. Geschichtliche Entwicklung

B. Sowjetische Neutralität

- I. Allgemeines
- II. Begriff und Wandlungen in Theorie und Praxis:
 1. Von der Oktoberrevolution bis zu den Friedensverträgen (1917–1921).
 2. System der Nichtangriffs- und Neutralitätsverträge (1925–1933).
 3. Politik der kollektiven Sicherheit (1933–1938).
 4. Zweiter Weltkrieg bis zum Kriegsausbruch mit der Sowjetunion (1939–1941).
 5. Vom Kriegseintritt der Sowjetunion bis zum Korea-Konflikt (1941–1953).
 6. Neutralität im Zeichen der „friedlichen Koexistenz“ (ab 1954).

III. Arten der Neutralität

IV. Inhalt des sowjetischen Neutralitätsbegriffs

C. Schlußfolgerung und Vergleich

A. Neutralität im Westen und ihre Entwicklung

1. Begriff

Neutralität ist der kraft der Souveränität gewollte Zustand eines Staates, der an einem Kriege nicht teilnimmt. Nach Kriegsausbruch bestimmen sich die Beziehungen zwischen Kriegführenden und Nichtkriegführenden nach Neutralitätsrecht, einem durch die Einwirkungen des Krieges modifizierten Friedensrecht. Im Unterschied zu der auf den einzelnen Kriegsfall abgestellten Neutralität (ad hoc-Neutralität) löst die dauernde Neutralität (neutralité permanente) bereits in Friedenszeiten Rechte und Pflichten aus. Die dauernde Neutralität wird entweder durch Vertrag oder durch einseitigen Rechtsakt begründet. Außer der rechtlichen Neutralität gibt es die faktische, auch Neutralitätspolitik genannt, die jederzeit aufgegeben werden kann.

Das Begriffsmerkmal **Krieg** ist eine unerläßliche Voraussetzung für die Neutralität; im Falle eines Bürgerkrieges tritt der Status der Neutralität nur ein, wenn die Aufständischen als Kriegführende anerkannt sind. Das Verhalten gegenüber Insurgenten hängt ausschließlich vom Ermessen des Anerkennenden ab. Neutralität kann es auch in bewaffneten Konflikten geben, die Kollektivsanktionen der Staatengemeinschaft darstellen. Die *iusta causa* ist nach der Indifferenztheorie für den Krieg unerheblich.

Der rechtliche Status der Neutralität bemißt sich im wesentlichen nach Gewohnheitsrecht, das zum großen Teil in der V. und XIII. Haager Konvention von 1907 kodifiziert worden ist. Pflichten der Neutralen sind vor allem **Nichtanteilmahme** an den Kriegshandlungen und **Unparteilichkeit**. Ein Verzicht auf geistig-politische Stellungnahme wird nicht verlangt. Demgegenüber steht das Recht der Neutralen auf territoriale Integrität und auf Fortbestand ihrer friedlichen Beziehungen zu anderen Staaten. Daraus folgt auch das prinzipielle Recht auf Fortführung des neutralen Handels. Obwohl ein dauernd neutrales Land im Frieden einer Zollunion (Luxemburg 1867–1914) angehören kann, so wird es doch enge politische Bindungen mit anderen Staaten meiden, um sich im Konfliktfall nicht einseitig der Wirtschaftskriegsführung der einen Seite anschließen zu müssen.

Ein kraft der Souveränität des Staates gewollter Zustand ist das dritte Begriffsmerkmal der Neutralität. Es hat das *ius belli ac pacis* zum Inhalt. Nach dem klassischen Völkerrecht war es jedem Staat unbenommen, sich für neutral zu erklären oder in den Krieg einzutreten, soweit vertragliche Verpflichtungen nicht entgegenstanden.

2. Geschichtliche Entwicklung

Der hier umrissene Neutralitätsbegriff ist das Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses. Das Altertum ließ ebensowenig wie das gleichfalls unter Koexistenzverneinenden Gedankengängen stehende christlich-abendländische Mittelalter eine Neutralität im Rechtssinne zu. Die Entwicklung des Rechtsbegriffes der Neutralität (beginnend mit der Neutralität im Seekrieg, 14. Jahrh.) fällt etwa mit der Desintegration des Abendlandes in souveräne Staaten und der allmählichen Aufgabe der Lehre vom „bellum iustum“ (Bynkershock 1737), die ein Abseitsstehen im Kampfe nicht zuließ, zusammen. Die Staatenpraxis verankerte die Neutralität in zahlreichen Verträgen, Vereinbarungen und Erklärungen: Friede von Utrecht (1713); die neutralites armees von 1780 und 1800; die Neutralitätsproklamationen Washingtons 1793 und 1794; das erste amerikanische Neutralitätsgesetz (1794), welches 1818 als „Neutrality Law“ kodifiziert wurde; ferner die Anerkennung der dauernden Neutralität der Schweiz auf dem Wiener Kongreß durch die Akte von 1815; die Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 sowie der Washingtoner Vertrag von 1871.

Die Entwicklung des „klassischen“ Neutralitätsbegriffes fand ihren Abschluß mit der teilweisen Kodifikation des Land- und Neutralitätsrechts in dem V. und XIII. Haager Abkommen von 1907.

Der materielle Gehalt der „klassischen Neutralität“ bildete sich zu einer Zeit heraus, als sich die Völker Europas und später Amerikas einer gemeinsamen höheren Rechtsordnung unterworfen wußten, nämlich dem überwiegend europäisch bestimmten Völkerrecht, das sich schließlich zu dem Völkerrecht schlechthin ausweitete. Dieses Recht beruhte auf der Grundlage der auf Dauer gewollten und durch das Gleichgewicht der Kräfte gesicherten Koexistenz einer Vielzahl souveräner Staaten, die sich durch gemeinsame Wertvorstellungen und gleichgelagerte Interessen verbunden fühlten.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges vollzog sich eine Änderung in der Beurteilung der Neutralität:

1. durch das von den Westmächten ausgehende Bekenntnis zur kollektiven Sicherheit;
2. durch den Eintritt Sowjetrußlands in die bis dahin im wesentlichen homogene Staatenwelt.

Seit der Einführung der kollektiven Sicherheit, die ihren Niederschlag in der Völkerbundssatzung (VBS) und später in der Satzung der Vereinten Nationen (SVN) gefunden hat, und der damit einhergehenden Diskriminierung des Krieges, ist die Neutralität Angriffen ausgesetzt. Galt

die Neutralität bisher als ein wichtiges Mittel der Friedenserhaltung durch Lokalisierung von Konflikten, so mußte bei einer strengen Verwirklichung jenes Prinzips das neutrale Abseitsstehen als ein Verrat an der Idee der solidarischen Verantwortung für den Weltfrieden und eine Verletzung der VBS erscheinen. Die Unvollständigkeit der VBS und ihre mangelnde Durchführung ließen jedoch hinreichend Raum für die Neutralität. Dies bewies die Anerkennung der besonderen Lage der Schweiz (1920) und die Rückkehr zahlreicher Staaten zur herkömmlichen Neutralität durch Abgabe einseitiger Erklärungen zwischen den beiden Weltkriegen. Begriffe wie Nichtkriegführung, qualifizierte und wohlwollende Neutralität setzten sich nicht durch.

Ungleich konsequenter ist der Grundsatz der kollektiven Sicherheit in der SVN ausgestaltet. Im Hinblick auf Art. 2 Ziff. 5, 41-43, 48, 49 und 103 wird heute verstärkt die Unvereinbarkeit der Neutralität als unparteiische Haltung mit dem neuen Recht angenommen. Zwar ist in den Fällen der Art. 43, 48 Abs. 1, eine einstweilige Suspension von den in der Satzung vorgesehenen Pflichten zulässig. Jedoch bleibt die Rechtslage angesichts des Art. 2 Abs. 5 SVN zumindest zweifelhaft. Allenfalls könnte man das Verhalten der Nichtbeteiligten als „qualifizierte Neutralität“ (Scheuner) bezeichnen. Dagegen besteht für Nichtmitglieder nach wie vor die Möglichkeit der „klassischen“ Neutralität. In der Praxis ist wie in der Völkerbundzeit der Gedanke der kollektiven Sicherheit auch nach dem Zweiten Weltkrieg eine Fiktion geblieben. Selbsthilfetendenzen verdrängten im Gefolge des nach 1945 entstandenen Ost-Westkonfliktes den Kollektivgedanken. Hand in Hand mit der Entwertung dieses Prinzips ging eine entsprechende Aufwertung der Neutralität. Völkerrechtliche Verträge (Genfer Rot Kreuz-Konvention 1949, Panmunjom 1955, Genf 1954) sprachen von „neutralen Mächten“. Das „immerwährende neutrale“ Österreich wurde 1955 in die Vereinten Nationen aufgenommen. Seit der Konferenz von Bandung (1955) bekennen sich immer mehr asiatische und afrikanische Länder zu einer „positiven Neutralität“. Diese ist allerdings eher Ausdruck des Unabhängigkeitsverlangens der „non-committed world“ und ihrer Konfrontation mit den ehemaligen Kolonialmächten als eine echte Neutralitätspolitik.

B. Sowjetische Neutralität

I. Allgemeines

Der sowjetische Neutralitätsbegriff ist wie andere Völkerrechtsbegriffe nur aus der marxistisch-leninistischen Vorstellungswelt zu verstehen, die auf dem dialektisch-historischen Materialismus beruht. Auf Grund dieser ideologischen

Bedingtheit legt die sowjetische Theorie und Praxis bei seiner Darstellung, Auslegung und Anwendung den Maßstab der „proletarischen Parteilichkeit“ an. Nach Maßgabe der marxistisch-leninistischen Theorie sind die internationalen Beziehungen Klassenbeziehungen, die an sich nicht jenen indifferenten Charakter haben können, den die Neutralität erfordert.

Wenn ihr in sowjetischer Sicht dennoch Bedeutung beigemessen wird, erhebt sich die Frage nach dem wirklichen Inhalt, der sich hinter ihrer äußeren traditionellen Form verbirgt.

II. Begriff und Wandlungen in Theorie und Praxis

„Es gibt keine absoluten Kriterien für die Bewertung der Neutralität in den verschiedenen historischen Epochen ... Die Analyse der jeweiligen Situation ist der entscheidende Faktor für ihre jeweilige Einschätzung“ (Melnikow: Das Problem der Neutralität und die gegenwärtige internationale Lage, 1956, S. 75). Wie dem Völkerrecht insgesamt wird infolgedessen auch der Neutralität eine Eigenständigkeit nicht zugestanden. Sie wird lediglich als der rechtliche Ausdruck einer im ständigen Wandel begriffenen „Außenpolitik“ angesehen, die sich der jeweils ändernden Parteilinie anpaßt. Folgende Phasen lassen sich unterscheiden:

1. Von der Oktoberrevolution bis zu den Friedensverträgen (1917–1921)

Die Konzeption vom „revolutionären Internationalismus“, die unmittelbar nach der erfolgreich verlaufenen Oktoberrevolution im Vordergrund der Sowjetstrategie stand, ließ keinen Platz für Beziehungen unparteilichen Charakters. Erst als das Fernziel, die Weltrevolution, infolge des fortdauernden Widerstandes der bürgerlich-kapitalistischen Umwelt im ersten Anlauf nicht erreicht und eine „Atempause“ zur Konsolidierung des inzwischen gegründeten Sowjetstaates notwendig wurde, mußte ein Mindestmaß an Beziehungen nach außen hergestellt werden. Um die taktischen Nahziele:

a) Beendigung des Kriegszustandes und b) die Sicherung der Grenzen zu verwirklichen, wurde der Vorteil des Völkerrechts und einiger seiner Institute als mögliche Mittel sowjetischer Politik wiederentdeckt. Dazu gehörten Vereinbarungen von Angriffsverboten und in Ansätzen die Übernahme von Neutralitätsverpflichtungen: Friedensverträge mit Estland (2. 2. 1920), Litauen (12. 7. 1920), Lettland (11. 8. 1920), Finnland (14. 10. 1920), Polen (18. 3. 1921), politische Verträge zur Wiederherstellung friedlicher Beziehungen mit Persien (26. 2. 1921), Afghanistan (28. 2. 1921), Türkei (16. 3. 1921), Mongolei (5. 11. 1921).

2. System der Nichtangriffs- und Neutralitätsverträge (1925–1933)

Da die „Übergangsperiode“, in der die beiden entgegengesetzten Klassensysteme nebeneinander bestehen mußten, anzudauern schien und eine vermeintliche vom Völkerbund und den Entente-Mächten ausgehende Interventionsgefahr die Abschirmung des Aufbaus des „Sozialismus in einem Lande“ (Stalin) erforderlich zu machen schien, unternahm es die Sowjetunion, ihr Sicherheitsbedürfnis auf eine vollständigere Weise zu befriedigen, indem sie sich mit einem „cordon sanitaire“ umgab, der auf einem System von Nichtangriffs- und Neutralitätsverträgen beruhte: Türkei (17. 12. 1925), Deutsches Reich (24. 4. 1926), Afghanistan (31. 8. 1926), Litauen (28. 9. 1926), Persien (1. 10. 1927), Finnland (21. 1. 1932), Lettland (5. 2. 1932) und Estland (4. 5. 1932) – diese beiden Verträge enthielten keine Neutralitätsverpflichtung, da die Klauseln aus den Friedensverträgen von 1920 noch gültig waren –, Polen (25. 7. 1932), Frankreich (29. 11. 1932), Italien (2. 9. 1933) und China (21. 8. 1937).

Korowin lieferte in seinem Werk „Das Völkerrecht der Übergangszeit“ 1924 die theoretische Begründung für den Vorrang des Sicherheitsbedürfnisses des Sowjetstaates vor den weitergehenden Aspirationen der Partei in der Zeit der „revolutionären Ebbe“. Die Neutralität als Institut dieses subjektiv verbindlichen – weil klassengebundenen – Völkerrechts ist nach seiner Konzeption ein Inbegriff von Verkehrsnormen ohne „absolute Bedeutung“, welche für die Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bestimmt sind, den Sowjetstaat aus einem Konflikt Dritter herauszuhalten, ihm aber andererseits gestatten, durch Ausnutzung der Gegensätze in der bürgerlich-kapitalistischen Umwelt, die Revolution voranzutreiben („sozialistische Neutralität“).

3. Politik der kollektiven Sicherheit (1933–1938)

Die Betonung der Desintegration der Völkerrechtsgemeinschaft in zwei gegensätzliche Völkerrechtskreise und die daraus resultierende Konstruktion eines besonderen Übergangsrechts erwiesen sich angesichts der Frontstellung des Deutschen Reiches und Japans gegen die Sowjetunion als schwerwiegende Hindernisse für die auf Sicherheit bedachte Außenpolitik der Sowjetunion. Die Politik der kollektiven Sicherheit (Beitritt zum Völkerbund 1934) verdrängte kurzfristig (bis Ende 1938) die Politik der Nichtangriffs- und Neutralitätsverträge. Das Prinzip der universalen Bekämpfung des Krieges durch Solidarität ersetzte das Prinzip der Kriegslokalisierung durch Neutralität.

Zu einer neuen Definition des Neutralitätsbegriffes kam es nicht. Die nicht zu vermeidenden internationalen Beziehungen sollten laut Paschukanis (1935) durch das bisherige „kapitalistische Völkerrecht“ geregelt werden, da es geeignet sei, zu „verschiedenen Klassenzwecken“ ausgenutzt zu werden.

4. Zweiter Weltkrieg – bis zum Kriegsausbruch mit der Sowjetunion (1939–1941)

Die 12 Thesen Wyschinskis (1938) leiten nach dieser Zwischenphase eine positivere Einschätzung des Völkerrechts ein. Zum erstenmal erscheint es nicht nur als Kampfinstrument der Außenpolitik, sondern auch als ein Instrument der Zusammenarbeit, wenn auch nur in Ansätzen, wie die Praxis zeigt. Die Politik der Nichtangriffs- und Neutralitätsverträge wurde bis zum Kriegsausbruch (1941) wieder aktuell. Die „appeasement policy“ der Westmächte und der wachsende deutsch-japanische Druck veranlaßten die Sowjetunion, die „sozialistische Neutralität“ in die Praxis umzusetzen.

Ausdruck der Kursänderung war der deutsch-sowjetische Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag mit seinem geheimen Zusatzprotokoll über die Aufteilung der gegenseitigen Interessensphären vom 23. 8. 1939, dessen unbedingte Neutralitätsklausel den Angriff auf Polen ermöglichte. Der Lage in Europa nicht unähnlich hat die Sowjetunion im Fernen Osten dazu beigetragen, die Gegensätze im bürgerlich-kapitalistischen Lager durch Abschluß des Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrages mit Japan (13. 4. 1941) zu einem bewaffneten Konflikt zu steigern – in ihrer Sicht als Schritt auf dem Wege zur Weltrevolution. Auch hier hat der Vertrag den Krieg erst ermöglicht. Zugleich bewahrte er die Sowjetunion vor einem Zweifrontenkrieg.

In beiden Fällen beseitigte die Sowjetunion selbst die von ihr geschaffenen Sicherheitsvorrichtungen nach Wegfall der sie begründenden Umstände, da sich ihr die Gelegenheit bot, ihr Territorium zu vergrößern (Besetzung Ost-Polens und Angriff auf Finnland 1939/1940, Kriegseintritt gegen Japan 1945).

5. Vom Kriegseintritt der Sowjetunion bis zum Korea-Konflikt (1941–1953)

Nach Eintritt des Kriegszustandes zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion verwarf die Sowjetregierung den Neutralitätsgedanken mit Ausnahme der zeitweilig praktizierten „sozialistischen Neutralität“ im Fernen Osten. Infolge der Teilnahme der Sowjetunion am Kriege hatte sich dessen Charakter entsprechend der marxistisch-leninistischen Lehre vom gerechten und ungerechten Kriege aus einem „imperialistischen Raubkrieg“ zu einem „gerechten Krieg“ verwandelt, der eine unparteiliche Nichtanteilmahme ausschloß.

Die Ächtung der Neutralität führte zum Bruch der Nichtangriffs- und Neutralitätsverträge mit dem Iran (25. 8. 1941) und der Türkei (19. 3. 1945), und unter einer fadenscheinigen Begründung verletzte Stalin die Neutralität Bulgariens (5. 9. 1944) und zwang es zum Kriegseintritt gegen das Deutsche Reich. Damit gab die Sowjetunion klar zu erkennen, daß sie eine Entscheidung

zwischen Recht und Unrecht des Krieges verlangte und eine unparteiliche Nichtanteilmahme nicht duldete.

Die Neutralitätsfeindschaft der Sowjetunion dauerte auch nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges an. Die Politik der kollektiven Sicherheit, die von neuem aufgenommen wurde (Mitbegründung der Vereinten Nationen), forderte Solidarität. Folgerichtig war die sowjetische Lehre damals einhellig der Meinung, daß die Neutralität mit der Charter unvereinbar sei (Koschewnikow, Durdenewskij-Krylow, Koriwin, Diplomatisches Wörterbuch). Dies sollte auch für Nicht-Mitglieder gelten (Art. 2 Abs. 6 SVN). Die Sowjetregierung machte den Vorschlag, alle Neutralen während des Krieges sollten mindere Rechte genießen. Die negative Einstellung der Sowjetunion zur Neutralität kam jedoch nicht nur bei der Ausarbeitung der Satzung der Vereinten Nationen zum Ausdruck, sondern bezeichnend waren der Bruch des Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrages mit China (Jalta 1945 bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen 1949), die Ablehnung des Vorschlages von Byrnes über einen Viermächtevertrag zum Zwecke der Entmilitarisierung Deutschlands während eines Zeitraumes von 25 Jahren (1945/1946) und die Kritik an der schweizerischen (1951) und schwedischen Neutralität (1952). Mit zunehmendem Gegensatz zwischen Ost und West trat die unmittelbar nach Kriegsende geförderte Idee der Kollektivsicherheit jedoch immer mehr in den Hintergrund, und der Neutralitätsgedanke gewann in der Sowjetpolitik wieder an Boden. (Präambel des Beistandspaktes mit Finnland vom 6. 4. 1948, Unterzeichnung der vier Genfer Abkommen zum Schutze der Opfer des Krieges vom 12. 8. 1949 und die Berufung auf die Neutralität während des Korea-Konfliktes (Koschewnikow).)

6. Neutralität im Zeichen der „friedlichen Koexistenz“ (ab 1954)

Stalins direkte Aktionen nach dem Zweiten Weltkrieg, die zur Bildung des sozialistischen Lagers geführt hatten, bewirkten einen Zusammenschluß der bürgerlich-kapitalistischen Staaten, ihre Gegenwehr („policy of containment“ 1947) und eine Erstarrung der Fronten zwischen den beiden Lagern im „kalten Krieg“ auf der Grundlage des „atomaren Gleichgewichts des Schreckens“. Der direkte Vollzug des marxistisch-leninistischen „Gesetzes“ vom allweltlichen Sieg des Sozialismus/Kommunismus (Tunkin: Völkerrecht der Gegenwart, 1963, S. 14 und 20) – im folgenden „sozialistisches Entwicklungsgesetz“ genannt – schien mit einem unvermeidbar großen Risiko belastet zu sein und erforderte eine „Atempause“, welche die Erfüllung des revolutionären Kampfauftrages mit angemesseneren Mitteln gestattete. Das Mittel dazu war die Politik der „friedlichen Koexistenz“ und in deren Rahmen die Neutralität. Mit ihrer Hilfe versuchten die Nachfolger Stalins

die unfruchtbar gewordene Zwei-Welten-Konfrontation durch Bildung einer Zwischenzone, der „Zone des Friedens“ zugunsten eines „Drei-Welten-Systems“ aufzuheben. Die weltrevolutionären Chancen in dieser Zone, wozu insbesondere die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika zu rechnen sind („non-committed world“), stellen nach ihrer Auffassung den Schlüssel zum Endsieg dar.

Im Unterschied zur Sicherheitspolitik durch Neutralität zwischen den beiden Weltkriegen ging die Sowjetunion in Ansehung ihrer zunehmenden Erstarkeung jedoch nicht mehr selbst Neutralitätsverpflichtungen ein, sondern begünstigte ausschließlich die Neutralität von nicht dem sozialistischen Lager angehörenden Drittländern.

Die Ausdehnung der „Friedensgrenze“ vermittels der Neutralität ist ein integrierender Bestandteil der sowjetischen Außenpolitik seit Einleitung der Koexistenzpolitik 1954 Neubewertung der Neutralität auf der Berliner Deutschlandkonferenz, 1955 („Entspannungsjahr“), Unterstützung der Ziele der Bandung-Konferenz (Auflösung der Militärböcke, Beseitigung der Militärstützpunkte, Unabhängigkeitsstreben der Entwicklungsländer), Anerkennung der Haager Konventionen betr. die Rechte und Pflichten der Neutralen von 1899 und 1907, Abschluß des österreichischen Staatsvertrages auf der Grundlage der „immerwährenden Neutralität nach dem Muster der Schweiz“, Anerkennung der Mittellage Jugoslawiens zwischen Ost und West, Werbung für den Neutralitätsgedanken auf der Genfer Juli-Konferenz, Besuche Bulganins und Chruschtschows in Indien, Burma, Afghanistan, Einladungen der skandinavischen Regierungschefs nach Moskau; 1956 Propagierung des Neutralitätsgedankens auf dem XX. Parteitag der KPdSU; 1957 Aufwertung der „positiven Neutralität“ Ägyptens und Syriens, Vorschläge zur Befriedung der Ostsee, Sanktionierung des Rapacki-Plans; 1958 Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone auf dem Balkan, Friedensvertragsentwurf für Deutschland auf der Grundlage der Neutralität; 1960 Stellungnahme gegen ausländische Stützpunkte im Rahmen der Abrüstungsvorschläge, Fortsetzung der Reisetätigkeit der Sowjetführer in der ungebundenen Welt (Indien, Nepal, Indonesien, Österreich, Finnland), Versuch, Natostaaten (z.B. Norwegen) von ihren Verbündeten durch Neutralität zu isolieren, Unterstützung der kambodschanischen Neutralitätspolitik; 1961 Forderung nach einer „Freien entmilitarisierten Stadt Berlin (West)“, Eintreten für die Neutralität von Laos während des Laos-Konflikts auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954; 1962 gegen Raketen-Basen im Iran, Schaffung atomwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen der Welt; 1963 Aufforderung an die Westmächte, den Mittelmeerraum zu neutralisieren, Lob für die schwedische Neutralität; 1964 Aufforderung an die drei skandinavischen Staaten eine allskan-

dinavische Neutralitätspolitik zu betreiben, positive Einschätzung der Neutralitätspolitik der VAR und anderer „ungebundener“ Staaten beim Chruschtschow-Besuch in der VAR und anlässlich der zweiten „Neutralisten-Konferenz“ in Kairo; 1965 Praktizierung der „sozialistischen Neutralität“ im Vietnam-Konflikt, Versuch, die „Nordkappe“ Europas zu neutralisieren.

Infolge der engen Verknüpfung von völkerrechtlicher Doktrin und außenpolitischer Theorie und Praxis sind auch die Sowjetvölkerrechtler bemüht, in der gegenwärtigen Phase der Neutralität einen höheren Rang einzuräumen als in der Stalin-Zeit. Die Neutralität ist anknüpfend an die in den ersten Anfängen auf Korowin zurückgehende Auffassung von Kompromißvölkerrecht der Übergangszeit – unabhängig davon, ob man die Theorie der drei Völkerrechtssysteme (z.B. Koschewnikow) oder der Zwei-Tendenzen-Lehre (z.B. Tunkin) folgt – im Grunde genommen ein Bestandteil des von der Sowjetunion während einer länger andauernden Übergangszeit anerkannten „Allgemeinen Völkerrechts“, das durch eine Relativierung der völkerrechtlichen Bindungen gekennzeichnet ist.

III. Arten der Neutralität

Die sowjetische Völkerrechtslehre kennt, wie das überkommene Völkerrecht, verschiedene Arten und Abstufungen der Neutralität, die sie größtenteils übernommen hat, ohne die Begriffe immer sorgfältig und scharf zu trennen. So wird häufig nicht differenziert zwischen der ad-hoc-Neutralität (im Kriege), der permanenten Neutralität und der Neutralitätspolitik. Letztere wird gegenwärtig häufig unter „Neutralität“ verstanden. Sie wird auch „Friedensneutralität“ („Neutralismus“) genannt, die als die „logische Konsequenz“ der Kriegsneutralität dargestellt wird (Mordschorjan: Der Neutralitätsgedanke heutzutage, 1956, S. 4). Sowjettheoretiker zählen sie zum integralen Bestandteil der sog. „Pancha Shila“, die eine Regel des Völkerrechts sein sollen (Durdnewskij: Die fünf Prinzipien, 1956, S. 46; Korowin: Die fünf Prinzipien ..., 1956, S. 46 ff u. a.).

Diese Auffassung führt nahe heran an die Anerkennung der „ideologischen“ oder „moralischen“ Neutralität zugunsten der „justa causa“ („keine feindliche Politik gegenüber einem anderen Staat – Kriegspropaganda, Rassen- und nationaler Haß, politische und wirtschaftliche Diskriminierung ...“ Baginjan: Die ständige Neutralität ..., 1956, S. 102). Im Zusammenhang mit dem in Erwägung gezogenen Anschluß Österreichs an die EWG tauchte auch der Begriff der „Wirtschaftsneutralität“ wieder auf. Die permanente Neutralität ist seit der Erklärung der immerwährenden Neutralität durch Österreich 1955 in der sowjetischen völkerrechtlichen Literatur wieder positiv bewertet worden. Indirekt ist in dem Moskauer Memorandum vom 15. 5. 1955 auch eine Aner-

kennung der Schweizer Neutralität zu sehen (vgl. Durdenewskij: Die Neutralität im System der kollektiven Sicherheit, 1957, S. 87). Die permanente Neutralität erfordert als Verwirklichung der Hauptpflicht bereits ein völkerrechtlich relevantes Verhalten in Friedenszeiten. Begriffe wie „wohlwollende“, „strikte“, „absolute“ und „qualifizierte“ Neutralität werden abgelehnt. Ebenso der Begriff der „Nichtkriegführung“ unter Hinweis auf die Haltung der Achsenmächte im Spanischen Bürgerkrieg, mit Ausnahme der „Nichtkriegführung“ der USA vor Kriegseintritt 1941 (nach Kriegseintritt der Sowjetunion: „Arsenal der Demokratie“).

Mit der abnehmenden Bedeutung der kollektiven Sicherheit erfolgte eine differenzierte Einschätzung der Vereinbarkeit der Neutralität mit der Satzung der Vereinten Nationen. Die Neutralität wird dann als möglich erachtet:

- wenn gemäß Art. 43 und 48 SVN einzelne Staaten nicht zur Teilnahme an Sanktionen aufgefordert werden (Akademielehrbuch 1960 (deutsch), S. 441);
- wenn den permanent Neutralen expressis verbis oder konkludent durch ein Übereinkommen eine Nichtteilnahme an den Sanktionen erlaubt wird (Durdenewskij: Die Neutralität im System der kollektiven Sicherheit, 1957, S. 84/86);
- hat der Sicherheitsrat einstimmig Sanktionen beschlossen, kann der Neutrale von der Teilnahme an militärischen Sanktionen entbunden werden. Er ist jedoch gehalten, seine Neutralität zu differenzieren („Der neutrale Staat kann sich an Sanktionen beteiligen, ohne seiner Neutralität zuwider zu handeln, denn es handelt sich dann um die Ausübung eines Rechts auf Selbstverteidigung“ (Galina: Das Problem der Neutralität im gegenwärtigen Völkerrecht, 1958/59, S. 206);
- wenn der Sicherheitsmechanismus der Vereinten Nationen nicht oder nur unzulänglich (Korea) funktioniert (Korowin: Das Problem der Neutralität in der Gegenwart, 1958, S. 39). In solchen Fällen sind die Haager Konventionen von 1899 und 1907 auf das Verhalten der Neutralen anwendbar, wenn auch unter dem obenerwähnten ideologischen Vorbehalt. Eine Besonderheit besteht auch darin, daß dem Neutralen nur eine eingeschränkte bewaffnete Neutralität zugestanden wird (Kipenko: Schweizerische Neutralität und Atombewaffnung, 1958, S. 119 ff.). Die Ausrüstung eines neutralen Staates mit Atomwaffen wird als unvereinbar mit dem Völkerrecht angesehen (Durdenewskij/Osnitzkaja: Neutralität und Kernwaffen, 1960, S. 101).

IV. Inhalt der sowjetischen Neutralitätsbegriffe

Die marxistisch-leninistische Auffassung vom Klassencharakter der gesellschaftlichen, staatlichen und rechtlichen Wirklichkeit bestimmt den Inhalt des sowjetischen Neutralitätsbegriffs. Dieser hat einen verschiedenen Inhalt, je nachdem im Interesse welcher Klasse die Neutralität Anwendung findet. Ausgehend von der Lehre vom gerechten und ungerechten Kriege, die erstmals nach Grotius wieder, wenn auch im revolutionären Gewande, in Erscheinung tritt, gibt es gegenüber einem gerechten Kriege keine unparteiliche Haltung. Denn die Unparteilichkeit eines neutralen Staates würde nach Ansicht der Sowjetunion einen Vorteil für einen Kombattanten darstellen, dem die „justa causa“ des „Fortschritts“ und insbesondere des Kampfes für den „Sozialismus/Kommunismus“ nicht zur Seite steht. Die Neutralität ist insoweit ein unzulässiges Mittel der Friedenserhaltung, weil sie den Vollzug des „sozialistischen Entwicklungsgesetzes“ zu behindern geeignet ist. Die „gerechte Sache“ muß allseitig Unterstützung und Hilfe erhalten. Jedes Unterlassen der Hilfeleistung wird als völkerrechtswidrig angesehen. Umgekehrt wird die Neutralität als zulässig erachtet, wenn sie dem Kampf um die „gerechte Sache“ untergeordnet ist und sich mit dem „sozialistischen Entwicklungsgesetz“ in Einklang befindet. Dies kann im Kriege der Fall sein, wenn sie die Sicherheit der Sowjetunion und des von ihr abhängigen Staatensystems gewährleistet, in Friedenszeiten, wenn sie das „sozialistische“ Staatensystem durch einen Sicherheitsgürtel (Neutralitätspolitik) schützt. Neben diesem Defensivzweck dient die Unterstützung der Neutralitätspolitik dazu, in der außersowjetischen Welt durch Isolierung von Staaten von den gegnerischen Verteidigungssystemen günstige Möglichkeiten zur Entfaltung des Klassenkampfes zwecks revolutionärer Machtergreifung mit nachfolgender gesellschaftlicher Transformation zu schaffen, m. a. W. die „Friedenszone“ in das „sozialistische Weltsystem“ zu integrieren. Das ist einer der verschiedenen Wege, der zum Sozialismus führen soll (vgl. Kap. VIII des Programms der KPdSU, angenommen auf dem XXII. Parteitag).

Die tolerierte Neutralität ist in Übereinstimmung mit der gegenwärtigen sowjetischen Völkerrechtsdefinition ein Mittel des Kampfes und der Zusammenarbeit:

1. Soweit die Neutralität als ein Mittel der Zusammenarbeit in Erscheinung tritt, hat sie die Aufgabe, den Bestand der Sowjetunion und des von ihr abhängigen Staatensystems zu sichern, bis die Umstände den Übergang zur revolutionären Umgestaltung der Umwelt ohne Sicherheitsgefährdung gestatten (Schutzfunktion der Neutralität).

2. In ihrer Eigenschaft als Kampfmittel ist die Neutralität bestimmt, während der befristeten koexistenziellen Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus, in der eine bewaffnete Auseinandersetzung angesichts der beiderseitigen Kräftebilanz ein vergleichsweise großes Sicherheitsrisiko darstellt, die erste Stufe eines Verhältnisses zu sein, das unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Krieg, dessen einzige Quelle angeblich der Imperialismus ist, durch transitorische Mittel („friedlicher Wettstreit“) zur Gefolgschaft (antiimperialistische Einheitsfront“) ausgeweitet und schließlich nach maximaler Schwächung des kapitalistischen Staatensystems dem „sozialistischen Weltsystem“ ein erdrückendes Übergewicht und schließlich den Sieg verschaffen soll (weltrevolutionäre oder Übergangsfunktion der Neutralität).

Nach der Doppelfunktion der Neutralität bestimmt sich die Zulässigkeit eines neutralen Verhaltens für die Sowjetunion und ihres Staatensystems. Aus der Übergangsfunktion folgt zwingend, daß der räumliche Anwendungsbereich der aus taktischen Gründen zeitweilig tolerierten Neutralität sich grundsätzlich auf die außersowjetische Machtsphäre beschränken soll. Gemäß dem „sozialistischen Entwicklungsgesetz“ ist für die Neutralität innerhalb des sozialistischen Lagers grundsätzlich kein Platz, wie die Nichtanerkennung der ungarischen Neutralitätserklärung vom November 1956 hinlänglich bestätigt hat. Immerhin ist ein „neutrales“ Verhalten der Sowjetunion und ihres Staatensystems denkbar (Beginn des Zweiten Weltkrieges und Beteiligung Polens an den neutralen Waffenstillstandskommissionen in Korea und Indochina). Ist die Sowjetunion nicht in einen Krieg zwischen bürgerlich-kapitalistischen Staaten verwickelt, kann sie, wie schon Lenin festgestellt hat, durch Vertiefung der „Widersprüche“ der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer „staatlichen Machtinstrumente“ Nutzen ziehen, ohne ein Kriegsrisiko eingehen zu müssen. Auf dieser Situation beruht der von Korowin schon 1924 geprägte „Begriff der sozialistischen Neutralität“. Auch dürfte die Sowjetunion dem von ihr abhängigen Staatensystem und den besetzten Territorien die Neutralität gestatten, wenn sie dem „sozialistischen Weltsystem“ einen Vorteil zu bringen verspricht. Eine andere – von der Theorie nicht vorgesehene – Möglichkeit der Neutralitätspolitik zeichnet sich dort ab, wo dem Hegemonieanspruch der Sowjetunion durch Auflockerungstendenzen im „sozialistischen Weltsystem“ Grenzen gesetzt sind (Vergl. die Haltung Rumäniens im Konflikt Sowjetunion-China).

C. Schlußbetrachtung und Vergleich

1. Stellungnahme

Trotz mancher optimistischer westlicher Beurteilungen fällt es angesichts der vorliegenden sowjetischen Äußerungen und Publikationen schwer, ideologische Abstriche nachzuweisen. Mag die Sowjetunion auch gegenwärtig wie in den zwanziger und dreißiger Jahren sich in einer Periode „revolutionärer Ebbe“ befinden und die Anwendung der Theorie auf Grund der Ausweitung des Aktionsradius auch differenzierter und sogar komplizierter geworden sein, so ist jedoch die Annahme verfrüht, daß die Ideologie der Realität grundsätzlich nicht mehr gewachsen ist und eine Entwicklung eingesetzt hat, die stillschweigend von der Ideologie wegführt. Die Theorie selbst, nämlich Lenins Lehre von den Kompromissen, läßt eine zeitweilige Suspendierung des Prinzips der Negation der staatlichen Umwelt zu, wenn das Kräfteverhältnis für direkte revolutionäre Handlungen ungünstig ist. Durch die tatsächlichen Gegebenheiten notwendig gewordene Umwege sollen zum selben Ziel führen.

Die Grundeinstellung der Sowjetunion zum Völkerrecht und seinen einzelnen Instituten ist trotz taktischer Schwankungen im Prinzip unverändert geblieben. Nicht die Anerkennung des traditionellen Völkerrechts, das angeblich ohnehin zum „Absterben“ verurteilt ist, sondern der durch das bestehende Kräfteverhältnis bedingte Zwang zum Kompromiß mit den Realitäten und Nützlichkeitsabwägungen sind der tiefere „Rechts“-Grund, der die Sowjetunion veranlaßt, zeitweilig für die Neutralität einzutreten und ihre Regeln zu befolgen.

Die wahre Funktion der janusköpfigen Neutralität wird gemäß sowjetischer Interpretation erkennbar, wenn sie als eine Form der Koexistenz (Modschorjan: Der Neutralitätsgedanke heutzutage, 1956, S. 13; Durdenewskij/Osnitzkaja: Neutralität und Kernwaffen, 1960, S. 101), der derzeit höchsten Form des Klassenkampfes zwischen „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ auf internationaler Ebene, verstanden wird. Im Rahmen der langfristigen strategischen Zielsetzung ist die Neutralität ein Werkzeug der Politik der Sowjetunion, die ihre „raison d'être“ in der Verbreitung des Kommunismus sieht. Sie dient der Absicht, dasselbe Ziel nur mit angemesseneren Mitteln (als Gewaltanwendung), nämlich mit Hilfe von Zwischenlösungen (wie z.B. Konföderationen etc.) etappenweise anzustreben. Das Schema liefert der Klassenkampf im innerstaatlichen Bereich.

2. Vergleichende Betrachtung

Westliche und sowjetische Definitionen der Neutralität stimmen nur äußerlich weitgehend überein. Der Westen erkennt den positiven Wert der Neutralität in ihrer friedenserhaltenden, rechtsfördernden und humanitären Wirkung. Als objektive, unparteiliche, von den die Gegner trennenden Ideologien freie Staaten spielen die Neutralen gleichsam die Rolle von „Sekundanten“, die ein Abgleiten in den regellosen Konflikt erschweren und durch ihre guten Dienste friedensstiftend wirken können.

Für die Sowjets ist Neutralität nur ein Minimalziel, hinter dem sich weitreichendere Absichten und Hintergedanken verbergen. Nur in der Anfangsphase ist die Neutralität – der klassischen Konzeption nicht unähnlich – bestimmt, die Anzahl der Gegner durch Isolierung zu verringern. Nachfolgend soll die Wehrlosigkeit eine günstige Bedingung für die Vorbereitung der kommunistischen Revolution schaffen, die für die Neutralität gemäß der marxistisch-leninistischen Forderung nach Parteilichkeit im Sinne einer vom Klasseninteresse bestimmten Verhaltensweise keinen Raum läßt.

Die Neutralität ist in einer Zeit allgemeiner Begriffsverwirrung – seitdem der Marxismus-Leninismus bemüht ist, alte Formen mit neuem Inhalt zu füllen, und die Gleichheit der Sprache nicht mehr Gleichheit der Begriffe bedeutet – in besonderem Maße geeignet, ihre zweckgebundenen Funktionen zu erfüllen, da sie ein hervorragendes Mittel der Täuschung darstellt. Sofern das westliche Begriffsverständnis hinter der Tarnung die wandlungsfähige kommunistische Taktik erkennt und dementsprechend handelt, ist die Fiktion des „Entwicklungsgesetzes“ keineswegs zwangsläufig. Andernfalls ist die kommunistisch verstandene Neutralität eine mehr als labile Grundlage für die Sicherheit eines Staates.

THE PROBLEM OF NEUTRALITY IN THE EAST-WEST CONFLICT

by
Dr. C. D. Kernig

I.

Such frequent expressions as "neutral Switzerland", "neutral Sweden" or "the neutrality of India in the East-West conflict" are generally taken to be sufficiently self-explanatory. Both in non-specialized journalism and in specialized diplomatic jargon the word „neutrality“ is for the large part used to denote an attitude of impartiality between the two fronts of the East-West conflict. This choice of impartiality between the fronts is not however a question of ideological indifference as far as Switzerland and Sweden, for example, are concerned, but rather one of international law and basic political orientation, involving fundamental agreement with what are vaguely – though pervasively and allegedly clearly – called "Western values". If we qualify these Western values as the legal security of all subjects of a nation within the domestic conflict area of claims to equality and struggles of competition, then Sweden and Switzerland – as so-called neutral powers – belong to the association of those industrialized countries in which an equally high degree of such security has been realized. If the criteria of legal security as they exist in communist countries were to be adopted or introduced, then the ingrained sense of right and the awareness of right as shared by the subjects of all neutral countries would be so shaken and wounded that the latter would almost inevitably regard such an act as an assault on the personal security of their subjects and thus as a threat to their existence as neutral states. For the subjects themselves the neutrality of their country is therefore merely a description for a certain attitude assumed by the political leadership in the area of conflict between East and West, not a neutrality in the sense of indifference toward all legal concerns. On the other hand, the example of India shows how an enormous developing country which in itself neither knows the balancing of claims to equality and struggles of competition, nor has developed a corresponding legal system, can regard neutrality almost exclusively as a factor of foreign policy. Consequently, neutrality at this stage of development, leaving aside the attitude of the political leadership, can

also denote a certain indifference on the part of the population vis-à-vis the judicial systems of communist countries and those of Western industrialized countries.

Though the qualification of neutrality in the sense of a deliberate option for a certain domestic political structure (judicial and economic system) plays little or no importance as far as the state of neutrality is concerned in the eyes of international law, it is of paramount significance when we consider the role of neutrality in the conflict area between communist and non-communist countries. Just as the major powers in the West — pointing, say, to Sweden, Switzerland and Austria — infer from the judicial and economic systems prevailing there that a qualified neutrality of this nature is essentially in their interests (as, for instance, was the case with Switzerland during World War II), so the political leaders of the communist countries conclude that the absence of judicial and economic systems of the Western industrialized type is to be interpreted as essentially positive as far as socialism or communism is concerned. Thus, a discussion of the problem of neutrality in relation to the dispute between communist and non-communist countries must take account of both the domestic and the foreign political aspect of the problem, and, in so doing, not as if these were two separate chapters to be studied according to one's own convenience and interest, but as two sides of the same picture.

II.

From the foreign political standpoint, neutrality in the East-West conflict can only denote the endeavour of a given state to stay aloof from the conflict. In this respect the East-West conflict is at times viewed as if it were a consequence of World War II, the specific result of which is taken to be represented by the division of Germany, which in turn is seen as the background (and cause) of both the division of Europe and the consolidation of this division in the form of military blocs. This manner of presentation was for many years in evidence particularly in Soviet sources. Another thesis which has likewise been promulgated by Soviet publicists is that if the problems connected with the division of Germany — a consequence of World War II, the blame for which is considered to lie specifically with Germany — were mastered, this would give us not only the key to détente in Europe but also to a relaxation in, or even complete removal of, the East-West conflict. Together with the corollary that this would require first and foremost a German (one speaks of "intra-German") act of reconciliation, this thesis has also become part of the Western stock of deliberations and support for this point of view has not infrequently been taken as evidence of a neutral attitude towards the East-West conflict.

The Soviet argumentation has gone through three phases. In the first phase a specifically German effort towards overcoming the so-called West German or Bonn separatist tendencies was called for. In the second phase, after the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic had been established, a joint effort was called for to bring about the reunification of the two parts of Germany. Finally, in the third phase, the legal recognition of the German Democratic Republic as an independent German state was called for. This was the position presented to West Germany. In addition, when negotiating with the Western powers, the view was taken that the settlement of the German question was a matter for the Germans themselves.

The West always retorted by stressing that there could be no solution to the German question without at the same time negotiations for the whole European situation, and no solution to the problems of general security without consideration of the German question. Now the question of whether the German conflict should be taken as the crucial conflict and thus placed at the beginning of any discussion, with the tension between the superpowers — the overall conflict area — coming at the end of the discussion, or whether this procedure should be reversed, has provided material for lengthy discussion in numerous rounds of debate but ultimately contributed nothing to the solution of the problem.

These standpoints finally resulted in two models: 1. the Soviet model, first withdrawal of troops then security negotiations; 2. the American model, first security negotiations then withdrawal of troops. Neutral observers wishing to assess the situation had some difficulty evaluating the true intentions of the participants. Attitudes adopted towards specific problems could always be linked by each participant in the conflict to a certain chain of argumentation and consequently be evaluated in a positive or negative light. To preserve a neutral attitude it was therefore necessary to exercise restraint with regard to all the aspects of all the points of conflict. In this way, particular stimulus was given to the propagation of restraint as a system and thus to the propagation of a special third model for resolving conflicts, namely a model of neutralization. It seemed that if there was anything which could contribute to the lessening of tension between East and West it was the existence of neutrality as an international political system. With this in mind, numerous propositions have been made for the reunification of Germany by way of neutralization plus demilitarization. The most widely debated and most elaborate neutralization model of this kind is the Rapacki Plan, which takes account of both the crucial conflict and the total conflict area. The Austrian State Treaty was a corresponding political act, the most stimulating as far as such proposals were concerned — and the only postwar

example of a partitioned country becoming reunited (though here it was not a case of a divided country with restructured parts as in Korea, Vietnam and Germany).

The problem of neutralizing Germany does not lie simply in the fact that neither the East German nor the West German political leaders have shown any inclination to depart from the protection offered by their respective military alliances. It is rather the result of the German potential appearing to be too powerful for it to be left uncontrolled in neutral hands - even if the East and West Germans could be brought to agree among themselves on this question. Germany's neighbours - some of the less powerful ones even more than the superpowers in the background - are anxious, after the experiences of the past, to ensure that Germany remains politically and militarily a *d a n g e r - l e s s* area, or at the very least a *l e s s d a n g e r o u s* one.

When considering the possibility of neutralizing and/or demilitarizing Germany, an interesting series of problems comes to light in connection with the complex of control and sovereignty. The interesting point here is not, as one might at first think, that the neutralized party wishes to resist control by both sides by appealing to the right of sovereignty, the interesting issues arise *a f t e r* the party has agreed to the right of inspection and control on the part of the superpowers. There is no doubt that admission of control signifies a partial renunciation of sovereignty. What is worthy of note, however, is that under the conditions of economic and technical co-operation, of technology and of economic, monetary and trade policy which prevail in the modern industrialized countries a partial renunciation of sovereignty is quite in keeping with the present developments of international relations. If those states affected by a neutralization of Central Europe were to admit controls from without, this would inevitably lead to the question of controlling the controllers because of the magnitude of their economic and military power. For instance, one would have to examine whether (or not) one or the other side was in fact infiltrating, occupying and thus deneutralizing a given area under the pretence of controlling it. The superpowers would thus be drawn into just that complexity of control and inspection against which the USSR has resisted in all disarmament negotiations by insisting on the preservation of sovereignty (at least within their own sphere - let it be noted!). The literature published on the Soviet side in defence of national sovereign rights is strangely out of joint with the fact that the prevalent ideology in the communist sphere is one of internationalism and dissolution of state power. But even if we disregard this contradiction, there remains one indisputable fact: the reverse side of a policy of neutralization with regard to large areas is a restriction of sovereign rights in the case of all participants, i. e. the controllers as well as the controlled (because of the necessity of controlling the controllers in a large area).

This fact must be looked at more closely from two points of view, each of which involves two aspects. As far as the first viewpoint is concerned the following points are to be made: *o n t h e o n e h a n d* neutrality as an institution of international law is meaningful and practicable only in the case of countries which can act as sovereign and responsible parties in international relations; *o n t h e o t h e r h a n d* it seems that the neutralization of a strategically important large area is implicitly bound up with restrictions on sovereign rights, which suggests that here we do not have a case of neutralization but rather of a two-fold occupation mitigated by reciprocal controls. If one refuses to accept this fact, then one is obliged to redefine the concept of neutrality and hence perforce also that of sovereignty. This result is connected with what is to be seen from the second viewpoint: *o n t h e o n e h a n d* the direction in which international relations - especially between industrialized countries - are tending to develop is one towards an increasing withdrawal of characteristic sovereign rights in face of more international co-operation, association and involvement (the interlacing of capital and of economic, monetary and trade policies of the industrialized countries has grown to such an extent that an erroneous estimation of this development on the part of individual political leaderships can be fraught with enormous economic setbacks. Eloquent examples here are Great Britain with its belated decision to approach the European Common Market, and France with its anachronistic pretence of sovereignty. In presentday international relations states are no longer solitary parties which can act with unlimited sovereignty. In the spectrum of international relations - which ranges from the intellectual and the cultural, via information media, telecommunications, technology, economics and education, to the military - political factors are now only one element among many others, and it can no longer be taken for granted that in the final analysis political considerations will prove to be decisive. Neutrality is thus - in the context of modern international relations, which, moreover, are continuing to develop - in any case only an attitude of very limited scope, i. e. attitudes of neutrality are limited inasmuch as a nation participates in the increasing complexity of international division of labour); *o n t h e o t h e r h a n d* one can also describe this situation by saying that the gradual renunciation of sovereign rights in international relations is leading to a neutralization of international relations themselves. Again, if one refuses to accept this fact, one is here also obliged to redefine the concept of neutrality.

The attempt to achieve a *détente* in the East-West conflict by way of the neutrality model is complicated by two obstacles, even assuming that the countries belonging to the large area to be deneutralized are prepared to accept controls. In the first place, on the Soviet side the system of a complex international division of labour, linked with the reduction of sovereignty,

is considered to be a capitalist phenomenon, especially one of state-monopolized capitalism, which implicitly involves the most powerful capitalist country in effect inspecting and controlling the less powerful ones. Any extension of the area of inspection and control in the military and military-political sphere by means of political agreements beyond the boundaries of the existing blocs is consequently interpreted in the same sense, namely as an underhand, indirect extension of the capitalist sphere of influence, advancing by infiltration and subversion. Secondly, from the Western point of view the neutralization of a large area may be something different *de jure*, though hardly *de facto*, from the inclusion of this region into the sphere of international relations, which is by definition secure through the renunciation of absolute sovereignty and thus represents a restriction on the possibilities for aggrandizement on the part of the rival superpower. Whereas for the West control means security, for the East it is synonymous with insecurity. As soon as the apparatus of reciprocal controls — i. e., for instance, of controlling the controllers — is excluded, this in the Western view puts in question the very principles of international relations as developed (and developing) in the West. These principles are: a higher degree of security through greater interdependence. Interdependence or mutual dependence is however merely another expression for mutual control. These principles do not therefore allow for treaties of neutrality, as conceived according to Soviet ideas of sovereignty, to become the object of international relations and agreements.

Having considered these two standpoints, it appears to me that the question of Germany's being prepared for neutrality is very superficial and politically not particularly important if one sees it in connection with the complexity of problems involved in control and sovereignty. These problems have moreover become further complicated since 1968 through the Brezhnev Doctrine in relation to the occupation of Czechoslovakia and the insistence of the USSR on applying the enemy-state clause of the UN Charter to Germany.

III.

Any profound study of the question of neutrality with reference to the East-West conflict must concern itself with a review of the original significance of the concept of neutrality if it is to understand the doubts which have been raised with regard to the neutralization model by both Western and Soviet critics. Neutrality enjoyed its heyday in the 19th century, when it represented an attitude of absolute impartiality in face of belligerent states. Neutrality could therefore develop only in the context of Clausewitz's motto, according to which war is the continuation of politics by other means. Only in relation to

possible or actual belligerent events, which in themselves were regarded as normal in international relations or events, was neutrality applicable. The institution of neutrality developed simultaneously with the emergence of the sovereign rights of modern states and at the same time as attempts were being made to restrict war by international law.

Neutrality therefore presupposed 3 conditions:

1. Sovereign states as free agents in international relations;
2. wars or armed conflicts as recognized or customary means of politics; and
3. the absence of international ramifications and obligations (which on the outbreak of war automatically bring about the entry into the war of all those involved in mutual obligations).

The policy of neutrality as practised in the 19th century by individual states could rely on these premises and could, by the declaration of a policy of neutrality already in peacetime, guarantee actual neutrality (i. e. in war). The preparatory measures extended to international treaties on the one hand and economic (esp. trade) provisions on the other. Given these premises, neutrality appears as little more than the natural attitude for a strategically uninteresting partner in the strategy of international relations. If a strategically interesting partner (e. g. the Benelux countries, which were of interest to the Central Powers) wishes to preserve its neutrality, it can actually do so only if it is extremely strong and prepared to defend itself in the event of its neutrality being violated. Now it is true that experience has shown the strong rarely to be neutral and the neutral rarely to be strong. And if the strong is neutral, it mostly denotes merely a transitory attitude which, within the context of a balance of power policy on the part of a major power, is bound to crop up now and again. Neutrality, under the given three conditions, should thus be defined as a possible attitude which presents itself to second- or third-rate powers in conflicts between each other or in conflicts between major powers, an attitude the success of which depends not on the intention thereby envisaged or on independent action alone.

Now in the last third of the 20th century it is to be observed that as far as such a definition is concerned the premises upon which it seems to be based are only partially in evidence. Thus a neutral attitude, within these terms of reference, is likewise only partially possible. The premises have changed in the last hundred years as follows:

1. Sovereign states are only one of the agents in international relations

As a result of the complexity of present-day international relations, a great number of functions previously fulfilled by states have passed over into the hands of international institutions and in part also into the hands of privately organized international associations. The extension of private international law is typical for these developments (and it is notable that most countries of the world feel committed to private international law over and beyond the boundaries set by blocs and alliance systems). The process of renouncing characteristic sovereign rights in favour of a reciprocal, internationally effective control apparatus is quickened by international ramifications involving co-operation (e. g. in the case of international organizations), co-ordination and association (e. g. in EFTA and the International Monetary Fund) and ultimately combination and integration (e. g. in the Common Market). The crucial links are to be found in the fields of communication and technology.

A concomitant of the disappearance of sovereign rights can be seen in the alteration of the qualification structure of persons exercising political leadership. Nowadays, a person who aspires to a government post no longer has to furnish evidence of comprehensive leadership-qualities, as was still necessary a hundred years ago, in order to master the plethora of tasks incumbent upon a state leadership. With the power to decide on basic matters of technology, of trade and of monetary policy being transferred to private hands, and with the corresponding risks being passed on to the large capital companies (though admittedly in certain sectors of the transport branch and areas of the armaments industry the state supports or even controls these companies), the risks normally undertaken by a government have become less. Given this redistribution of responsibility and qualification, it is not surprising that since the middle of the 20th century a penchant for mediocrity has become evident in political leadership. The fact that general qualifications suffice for political leadership is proof enough that government apparatus has undergone in the course of its enormous spread a division of labour, in the context of which the act of managing has become more important than that of decision-taking. The decrease in the volume of decision-taking is of course associated with the decrease in the volume of points of conflict. If the desire for neutrality indicates a desire to keep out of conflicts, then one can say that the altered structure of government apparatus, seen as a whole, is the result of a more comprehensive process of neutralization. This process of neutralization is, however, such that it strips neutrality (as hitherto understood) of its very essence, and surprisingly this results precisely from the generalization of the structural elements of neutrality.

2. Wars or armed conflicts no longer count as accepted means of implementing national political aims.

The UN Charter rules that whoever opens a war or an attack is to be condemned by the United Nations and the aggressor is to be penalized by sanctions possibly extending to military intervention on the part of the United Nations. This regulation makes neutrality *de jure* impossible for all members of UNO, which is the reason, for example, why Switzerland has not joined the United Nations, for theoretically all members of UNO can be called upon and obliged to apply sanctions.

The general malaise of the transitional condition in which international relations find themselves at present becomes manifest in the light of this regulation. The impotence of UNO as an international executive organization has drawn attention to the significance of the discussions on the possibilities of war and its prevention, discussions between the superpowers, between major powers and formerly dependent areas, as well as between developing countries among themselves, indeed, these discussions have not been irrelevant, for since the end of World War II an important element of international relations has been characterized by a continuous series of armed disputes. The facticity of wars of course admits an actual relevance in the case of a desire for neutrality on the part of individual states. Just as it has become apt to speak of restricted wars, however, so too one must now posit the existence of limited neutrality.

3. The international ramifications and obligations of today are such that *de jure* the outbreak of armed conflict automatically entails the entry into the conflict of a large number of nations - to a much greater extent now than ever before.

The world-wide alliance systems are arranged in such a way that precisely the threat of the automatic entry into war of many nations is meant to deter a potential aggressor to such an extent that *ab initio* he regards his aggressive intentions as hopeless.

Inasmuch as this system in fact works as a deterrent, it is not restraint towards such alliance systems but only the fact of being engaged in them which ensures effective peace. In view of this functional structure, the desire of neutrality can in fact have the effect of promoting conflict, since by the exclusion of nations from such alliance systems the risk of a backlash is reduced for potential aggressors and since it suggests to public opinion that the deterrent mechanism of alliance systems might possibly not be reliable enough.

The three premises underlying the definition of neutrality in the traditional sense are therefore not evident any longer today. Their partial evidence permits one to speak only of possibilities of partial neutrality.

IV.

Communism, which made its debut last century as internationalism has since its establishment in a state system — since 1917, though especially since 1945 — made no essential contribution to the furthering, on a universal scale, of reciprocal international ramifications and obligations. Since ever the internationalist inclination of the working class as organized in socialist parties proved itself at the beginning of World War I — in defiance of Karl Marx's prognosis and against the expectations of many prominent labour leaders — to be not strong enough to prevent governments from entering into war or to weaken the armies in the waging of war, the communist countries' principle of political action has been emphatically nationalistic. The settlement for economic systems in which centrally administered bureaucracies play the cardinal role has moreover prevented the communist states between themselves from reaching an equally high level of international division of labour, at least in the fields of economy and technology, as in the industrialized nations of the West. The inclination of their internationalism is primarily class-oriented and only secondarily state-oriented. The split level of Soviet policy consists precisely of its being internationalist as far as ideology goes but practically never extending beyond the limits of nationalist interests when it comes to action. Soviet international policy is thus beset with the same malaise as is to be found in the present transitional state of the development of international relations.

However, whereas the West lacks an ideological basis for internationalism (which is thus all the more developed in practice), the ideological basis existing in the Soviet system in fact promotes the nationalist impetus in practical politics in so far as the Soviet state is declared to be the guardian of the class interests of all workers in all the countries of the world. In the field of ideology the Soviet Union has always allowed itself an absolute right of intervention — and this long before the Brezhnev Doctrine became formulated after the occupation of Czechoslovakia. The theory of collective sovereignty, inasmuch as it involves a restriction of the sovereignty of the individual countries of the Eastern bloc, signifies an increase in the sovereign rights of the Soviet leadership to a degree that can hardly be exceeded. Proletarian internationalism, which in the form of socialist internationalism has become the standard for relations between the so-called socialist countries, in fact appears in the shape of socialist nationalism, and to that extent it is the exact reverse of the

capitalist internationalism practised among Western industrialized countries.

In view of this opposition, an attitude of neutrality neither reduces the possibility of conflict nor (as a result of the strength of the countries which classify themselves as neutral) suppresses it. It is an attitude (or indication) of weakness, as well as representing a weakening of the functional structure of international relations. Neutrality in the East-West conflict is, like the attempt to see this conflict as a struggle for power on classical lines, an abortive attempt which has already become obsolete as a result of civilizational, technological and commercial realities. The prevailing mediocrity in political leadership prevents traditional attitudes of neutrality from being exposed as anachronistic desires for sovereignty. It also prevents these desires for sovereignty from being seen as obstacles to a universal neutralization of all international relations — which admittedly would presuppose a redefinition of the concept 'neutrality'.

DIE AUFGABEN DES KAMPFES GEGEN DEN IMPERIALISMUS IN DER
GEGENWÄRTIGEN ETAPPE UND DIE AKTIONSEINHEIT
DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN, ALLER
ANTIIMPERIALISTISCHEN KRÄFTE

(Auszüge)

Angenommen von der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien am 17. Juni 1969 in Moskau:

„Zu einem entscheidenden Zeitpunkt der internationalen Entwicklung sind die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau zu einer Beratung zusammengetreten. In der ganzen Welt entfalten sich machtvolle revolutionäre Prozesse. Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung. Charakteristisch für die gegenwärtige Etappe sind die wachsenden Möglichkeiten für den weiteren Vormarsch der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte. Gleichzeitig erhöhen sich die durch den Imperialismus und seine aggressive Politik heraufbeschworenen Gefahren. Der Imperialismus, dessen allgemeine Krise sich vertieft, unterdrückt immer noch zahlreiche Völker und bleibt eine Quelle ständiger Bedrohung für die Sache des Friedens und des sozialen Fortschritts.

Die gegenwärtige Situation gebietet die Aktionseinheit der Kommunisten, aller antiimperialistischen Kräfte, um bei maximaler Ausnutzung aller neuen Möglichkeiten eine breitere Offensive gegen den Imperialismus, gegen die Kräfte der Reaktion und des Krieges zu entfalten.

Die Beratung hat die aktuellen Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus sowie die Probleme der Aktionseinheit der Kommunisten, aller antiimperialistischen Kräfte erörtert. Im Ergebnis der Diskussion, die im Geist der Demokratie, der Gleichberechtigung und des Internationalismus verlief, gelangten die Teilnehmer der Beratung zu gemeinsamen Schlußfolgerungen über die internationale Lage und die sich daraus ergebenden Aufgaben.“

I.

(Die Lage im kapitalistischen Lager)

„In das letzte Drittel unseres Jahrhunderts ist die Menschheit in einer Situation eingetreten, in der sich die geschichtliche Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Fortschrittes und der Reaktion, zwischen Sozialismus und Imperialismus, zuspitzt. Schauplatz dieser Auseinandersetzung ist die ganze Welt, sind die wichtigsten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: die Wirtschaft, die Politik, die Ideologie und die Kultur.

Die internationale revolutionäre Bewegung setzte ihre Offensive fort, trotz Schwierigkeiten und Mißerfolge einzelner ihrer Abteilungen. Der Imperialismus vermochte nicht das allgemeine Kräfteverhältnis durch Gegenstöße zu seinen Gunsten zu verändern. Dank der wachsenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht sowie der friedliebenden Außenpolitik der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten, den Aktionen des internationalen Proletariats sowie aller Kämpfer gegen Imperialismus, für nationale Befreiung, dem großen Aufschwung der Weltfriedensbewegung ist es gelungen, die Entfesselung eines neuen Weltkrieges zu verhindern. Der auf einem Drittel des Erdbodens triumphierende Sozialismus hat im weltweiten Kampf um die Hirne und Herzen der Menschen neue Erfolge errungen. Die Ereignisse des letzten Jahrzehnts haben die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Einschätzung des Charakters, des Inhalts und der Haupttendenzen der gegenwärtigen Epoche bestätigt. Unsere Epoche ist die Epoche des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Heute bestehen reale Möglichkeiten, die wichtigsten Probleme der Gegenwart im Interesse des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu lösen, dem Imperialismus neue Schläge zu versetzen. Obwohl der Imperialismus als Welt-system nicht stärker geworden ist, bleibt er ein ernster und gefährlicher Gegner. Die Aggressivität der Hauptmacht des Imperialismus, der Vereinigten Staaten von Amerika, hat sich erhöht.

Der aggressiven Politik des Imperialismus liegt das Bestreben zugrunde, mit allen Mitteln die Positionen des Sozialismus zu schwächen, die nationale Befreiungsbewegung der Völker zu unterdrücken, den Kampf der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern zu behindern und den unaufhaltsamen Niedergang des Kapitalismus abzuwenden.

Der im Weltmaßstab bestehende Grundwiderspruch zwischen dem Imperialismus und dem Sozialismus vertieft sich. Unter den Bedingungen der Zuspitzung

des Kampfes zwischen den beiden Weltsystemen sind die kapitalistischen Mächte trotz der sie trennenden wachsenden Widersprüche bestrebt, ihre Anstrengungen zu vereinen, um das Regime der Ausbeutung und der Unterdrückung aufrechtzuhalten und zu stärken, um die verlorenen Positionen zurückzuerobern. Der amerikanische Imperialismus bemüht sich, die anderen kapitalistischen Staaten unter seinem Einfluß zu behalten und mit ihnen auf den wichtigsten Gebieten des Klassenkampfes eine gemeinsame Politik zu betreiben.

Die Spitze der aggressiven Strategie des Imperialismus ist weiterhin vor allem gegen die sozialistischen Staaten gerichtet. Der Imperialismus verzichtet nicht auf den direkten bewaffneten Kampf gegen den Sozialismus. Er verstärkt ununterbrochen das Wettrüsten, und ist bestrebt, die Militärblöcke, die er mit dem Ziel der Aggression gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder geschaffen hat, zu aktivieren. Er verschärft den ideologischen Kampf gegen die sozialistischen Länder und versucht, ihre wirtschaftliche Entwicklung zu bremsen.

Im Kampf gegen die Arbeiterbewegung tritt der Imperialismus die demokratischen Rechte und Freiheiten mit Füßen, wendet er offene Gewalt, immer grausamere Methoden des Polizeiterrors und seine arbeiterfeindliche Gesetzgebung an. Zur Wahrung seiner Interessen bedient er sich ebenso der Demagogie und des bürgerlichen Reformismus, der opportunistischen Ideologie und Politik. Er sucht ständig nach neuen Methoden, um die Arbeiterbewegung von innen heraus zu untergraben, und versucht, sie in das System des Kapitalismus zu „integrieren“...

... Mit Hilfe des Antikommunismus bemüht er sich, die Reihen der Revolutionäre in den Entwicklungsländern zu spalten und sie von ihren besten Freunden, den sozialistischen Staaten und der revolutionären Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder zu isolieren.

Durch die Ausnutzung der militärisch-politischen Blöcke und der Stützpunkte auf fremden Territorien, durch wirtschaftlichen Druck und Handelsblockade erhält der Imperialismus die Spannung in zahlreichen Gebieten der Welt aufrecht. Er gewährt reaktionären Organisationen finanzielle und politische Unterstützung, verstärkt den politischen Druck. Bewaffnete Interventionen, grausame Repressalien – besonders in den Ländern, wo der Kampf schärfste Formen annimmt und wo die revolutionären Kräfte mit der Waffe in der Hand kämpfen – konterrevolutionäre Verschwörungen und reaktionäre und faschistische Umstürze, Provokationen und Erpressung gehören zu seinem Instrumentarium.

Angesichts des Erstarkens der internationalen Positionen des Sozialismus ist der Imperialismus bestrebt, die Einheit des sozialistischen Weltsystems zu schwächen. Er nutzt Differenzen in der revolutionären Weltbewegung für seine Bemü-

hungen aus, ihre Reihen zu spalten. Er stellt seine ideologische Maschinerie, darunter auch die Massenmedien, in den Dienst des Antikommunismus, des Kampfes gegen den Sozialismus, gegen alle fortschrittlichen Kräfte ...“

(Es folgen Lagebeurteilungen über Vietnam, den Nahen Osten und Kuba.)

„... In Europa treibt der Nordatlantikkblock, das Hauptinstrument imperialistischer Aggression und Abenteuerpolitik sein Unwesen. Seine Achse ist das Bündnis Washington-Bonn. Entgegen dem Willen der Völker Europas unternehmen die herrschenden Kreise der USA, der westdeutschen Bundesrepublik und Großbritanniens alles, um die Existenz dieses Blocks zu verlängern, seine Organisationen zu stärken und die militärische „Präsenz“ der USA in Europa aufrechtzuerhalten.

Hauptsächlich mit Hilfe der NATO ist der westdeutsche Imperialismus – der Hauptherd der Kriegsgefahr im Herzen Europas – wiedererstanden und erstarkt. Die imperialistischen herrschenden Kreise der westdeutschen Bundesrepublik, in der die Kräfte des Neozarismus und Militarismus anschwellen, verfechten ein revanchistisches Programm der Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und der Veränderung der Grenzen einer Reihe von europäischen Staaten. Diese Politik, die vor allem gegen den ersten deutschen sozialistischen Arbeiter- und Bauern-Staat, die Deutsche Demokratische Republik, gerichtet ist, bedroht die Sicherheit aller Völker Europas und den Weltfrieden ...“

(Beurteilung der Lage im Mittelmeerraum, in Asien, in Afrika und in Lateinamerika. Hierbei wird die „Allianz für den Fortschritt“ besonders angegriffen.)

„... Die ganze Politik der imperialistischen Aggression, die den Weltfrieden, die Sicherheit und die nationale Unabhängigkeit der Völker bedroht, ruft in den kapitalistischen Ländern den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Jugend, der Studenten, der breitesten Massen – unabhängig von ihren politischen Ansichten und ihrer Weltanschauung – hervor. Die mächtige Protestbewegung gegen die Vietnamaggression der Vereinigten Staaten von Amerika stärkt die Kampfaktion der demokratischen Kräfte gegen die Politik des amerikanischen Imperialismus als Ganzes und gegen den Kurs der Regierungen, die ihn unterstützen ...

... In Westeuropa erfaßt die Bewegung gegen den aggressiven NATO-Block, für die Normalisierung der Beziehungen und die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten sowie für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit immer breitere Bevölkerungsschichten. Auch in Westdeutschland mehrten sich die Kräfte, die aktiv gegen den Revanchismus und den Militarismus auftreten. In den Ländern, wo amerikanische Militärstützpunkte bestehen, wird die Auflösung dieser Stützpunkte der Aggression immer energischer gefordert ...“

(Schilderung der Gegenkräfte in aller Welt und scharfe Angriffe gegen die USA, die BRD, Großbritannien, Japan, Frankreich und Italien.)

Anschließend wird behauptet, daß die Praxis die Richtigkeit leninistisch-marxistischer Theorie bestätigt. Die Widersprüche im Kapitalismus wüchsen.)

„ ... Der Imperialismus von heute, der bestrebt ist, sich den Bedingungen des Kampfes zwischen den beiden Systemen und den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution anzupassen, weist einige neue Züge auf. Sein staatsmonopolistischer Charakter verstärkt sich. In immer größerem Maße werden solche Hebel angewandt wie die Stimulierung der monopolistischen Konzentration der Produktion und des Kapitals und Umverteilung eines immer größeren Teils des Nationaleinkommens durch den Staat, die Erteilung von Rüstungsaufträgen an die Monopole, die staatliche Finanzierung der industriellen Entwicklung und der wissenschaftlichen Forschung, die Aufstellung von Programmen der ökonomischen Entwicklung im Landesmaßstab, die Politik der imperialistischen Integration und neue Formen des Kapitalexports.

Die staatsmonopolistische Regulierung, die in Form und Umfang den Interessen des Monopolkapitals entspricht und die Aufrechterhaltung seiner Macht bezweckt, ist jedoch nicht imstande, die spontan wirkenden Kräfte des kapitalistischen Marktes zu bändigen. Kaum ein kapitalistischer Staat hat bedeutende zyklische Schwankungen und Rückschläge im Wirtschaftsleben vermeiden können. Perioden hoher Zuwachsraten der Industrie in den einzelnen Ländern wechseln mit Perioden ab, in denen die Zuwachsraten sinken und oft auch die Produktion zurückgeht. Das kapitalistische System wird von einer heftigen Währungs- und Finanzkrise erschüttert ...“

(Lageschilderung in den einzelnen kapitalistischen Ländern.)

„ ... Intellektuelle, Angehörige freier Berufe und religiöse Kreise in den USA schließen sich immer aktiver der Bewegung des sozialen Protestes und der Friedensbewegung an. Die Jugend, insbesondere die Studenten – Neger und Weiße – kämpfen in verschiedensten Formen entschlossen gegen den Vietnamkrieg, gegen die Einberufung zur Armee, gegen die Rassendiskriminierung und die Kontrolle der Monopole über die Universitäten. Die Reaktion beantwortet dies mit Attentaten auf führende Vertreter des öffentlichen Lebens, verstärkten Repressalien und wachsendem Terror. Die berühmte „amerikanische Lebensweise“ diskreditiert sich vor der ganzen Welt.

Die Monopolbourgeoisie sucht überall Illusionen zu erwecken, daß alles, wonach die Werktätigen streben, auch ohne revolutionäre Umgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung verwirklicht werden könne. Um seine Ausbeuternatur

und sein aggressives Wesen zu bemänteln, greift der Kapitalismus zu verschiedenen apologetischen Konzeptionen („Volkskapitalismus“, „Wohlfahrtsstaat“, „Wohlstandsgesellschaft“ u. a.). Die revolutionäre Arbeiterbewegung entlarvt diese Konzeptionen und führt gegen sie einen entschiedenen Kampf. Sie vertieft somit die Krise der imperialistischen Ideologie, die Volksmassen wenden sich immer mehr von dieser Ideologie ab.

Das Gewissen der Menschheit, ihre Vernunft können sich mit den Verbrechen des Imperialismus nicht abfinden. Der Imperialismus hat zwei Weltkriege verschuldet, die das Leben von Dutzenden Millionen Menschen forderten. Er schuf eine unerhörte Militärmaschinerie, die enorme menschliche und materielle Ressourcen verschlingt. Er verstärkt das Wettrüsten und plant die Herstellung von neuen Waffen für Jahrzehnte voraus. Er beschwört die Gefahr eines thermonuklearen Weltkrieges herauf, dessen Feuer Hunderte Millionen Menschen vernichten und ganze Länder verwüsten würde ...

... Der Imperialismus ist für die Entbehrungen und Leiden von Hunderten Millionen Menschen verantwortlich. Er trägt die Hauptschuld daran, daß gewaltige Menschenmassen in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in Elend, Krankheit, Analphabetentum und unter geschichtlich längst überholten sozialen Verhältnissen leben müssen, daß ganze Völkerschaften zum Aussterben verurteilt sind.

Der Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung zeigt, daß der Imperialismus den Lebensinteressen der körperlich und geistig Schaffenden, breiter sozialer Schichten der Völker und Länder entgegensteht. Das führt dazu, daß sich immer neue Massen von Werktätigen, gesellschaftliche Bewegungen und ganze Völker gegen den Imperialismus erheben.

Um den Verbrechen des Imperialismus ein Ende zu bereiten, der noch schlimmeres Unheil über die Menschheit heraufbeschwören kann, müssen sich die Arbeiterklasse, die demokratischen, revolutionären Kräfte, die Völker zusammenschließen und gemeinsam vorgehen. Den Aggressor in die Schranken zu weisen und die Menschheit vom Imperialismus zu erlösen – das ist die Mission der Arbeiterklasse und aller antiimperialistischen Kräfte, die für Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus kämpfen.“

II.

(Die Lage im „sozialistischen Lager“ und in den kommunistischen Parteien)

Der II. Abschnitt befaßt sich mit Lage und Pflichten des sozialistischen Lagers sowie der kommunistischen und Arbeiterparteien in folgenden Teilabschnitten:

„Das sozialistische Weltsystem ist die entscheidende Kraft im antiimperialistischen Kampf. Das sozialistische Weltsystem, vor allem die Sowjetunion, erweist jedem Befreiungskampf eine unersetzbare Unterstützung.“

„Die sozialistische Welt ist jetzt in eine Entwicklungsetappe eingetreten, in der sich die Möglichkeit bietet, wesentlich umfassender die gewaltigen Reserven zu nutzen, die die neue Ordnung in sich birgt.“

„Die Verteidigung des Sozialismus ist die internationale Pflicht der Kommunisten.“

Zitat:

„... Solange der aggressive NATO-Block existiert, spielt die Organisation des Warschauer Vertrages eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung der Sicherheit der sozialistischen Länder gegenüber einem militärischen Angriff imperialistischer Mächte, bei der Gewährleistung des Friedens ...“

„Wie die Ereignisse der letzten Zeit erneut bestätigt haben, ist die Arbeiterklasse in den Hochburgen des Kapitalismus die Haupttriebkraft des revolutionären Kampfes der antiimperialistischen demokratischen Bewegung.“

Zitate:

„... Die Kommunisten, die der Einheit der Arbeiterklasse eine entscheidende Bedeutung beimessen, sprechen sich für die Zusammenarbeit mit den Sozialisten und Sozialdemokraten aus, um heute eine fortschrittliche demokratische Ordnung und in der Zukunft die sozialistische Gesellschaft zu errichten. Sie werden alles tun, was in ihren Kräften steht, um diese Zusammenarbeit zu verwirk-

lichen. Sie treten ebenfalls für die Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Parteien und Organisationen ein, die an der Erneuerung der Gesellschaft interessiert sind. Um auf diesem Weg voranzukommen, ist es natürlich notwendig, daß die sozialistischen Parteien und die anderen politischen Organisationen, die sich für den Sozialismus aussprechen, mit der Politik der Klassenkollaboration mit der Bourgeoisie entschieden brechen und eine Politik des wirksamen Kampfes für Frieden, Demokratie und Sozialismus durchführen ...“

„... Der Kurs der Kommunisten auf Aktionseinheit aller Parteien der Arbeiterklasse und aller Gewerkschaftsorganisationen findet wachsende Unterstützung. Der Kurs auf die Einheit vergrößert die Möglichkeiten der Arbeiterbewegung im antiimperialistischen Kampf und trägt dazu bei, jenen Teil des Proletariats in den Kampf einzubeziehen, der bisher noch nicht organisiert ist oder den bürgerlichen Parteien folgt. Die Kommunisten werden ihre politische und ideologische Tätigkeit vervollkommen, um die Einheit der Arbeiterklasse herbeizuführen ...“

In unserer Epoche, in der die Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft wird, werden die Reihen der Lohnempfänger immer mehr durch Angehörige der Intelligenz aufgefüllt. Ihre sozialen Interessen verflechten sich mit den Interessen der Arbeiterklasse. Ihre schöpferischen Bestrebungen geraten in Widerspruch zu den Monopolherren, denen der Profit über alles geht. Trotz der sehr unterschiedlichen Lage, in der sich die einzelnen Gruppen der Intelligenz befinden, gerät ein immer größerer Teil in Konflikt mit den Monopolen und der imperialistischen Politik der Regierungen. Die Krise der bürgerlichen Ideologie und die Anziehungskraft des Sozialismus tragen dazu bei, daß die Intelligenz den Weg des antiimperialistischen Kampfes beschreitet ...“

„... Die Aktionen der Jugend widerspiegeln die tiefe Krise der bürgerlichen Gesellschaft der Gegenwart. Die werktätige Jugend, vor allem die Arbeiterjugend, die einer besonders starken Ausbeutung ausgesetzt ist und im Kapitalismus keine Perspektive für sich sieht, schaltet sich in immer größerem Umfang in den Klassenkampf ein, tritt den Gewerkschaften, den kommunistischen und anderen demokratischen Organisationen bei. Breite Studentenmassen treten nicht nur gegen die Mängel des zurückgebliebenen Bildungswesens und für das Recht auf, sich zu organisieren und effektiv an der Leitung der Bildungszentren teilzunehmen, sondern auch gegen die Politik der herrschenden Klassen. Immer größere Teile der Jugend, die vom Kampf des vietnamesischen Volkes und von anderen heroischen Beispielen des antiimperialistischen Kampfes begeistert wird, nehmen aktiv an den Volkskämpfen gegen den Imperialismus, für Demokratie, Frieden und Sozialismus teil.“

Die Kommunisten schätzen den Aufschwung der Jugendbewegung hoch ein und nehmen aktiv an ihr teil. Sie verbreiten in ihren Reihen die Ideen des wis-

senschaftlichen Sozialismus, erklären der Jugend die Gefahr der verschiedenen Spielarten pseudorevolutionärer Ideen, die die Jugend beeinflussen können. Sie helfen der Jugend, im Kampf gegen den Imperialismus und für die Verteidigung ihrer Interessen den richtigen Weg zu finden. Nur die enge Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung und mit ihrer kommunistischen Vorhut kann der Jugend eine wahrhaft revolutionäre Perspektive eröffnen ...“

„Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Position des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen.“

III.

(Der Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus)

„Die gegenwärtige gesellschaftliche und politische Lage in der Welt ermöglicht es, den Kampf gegen den Imperialismus auf eine neue Stufe zu heben. Durch die Verstärkung der Offensive gegen den Imperialismus kann die entscheidende Überlegenheit über ihn errungen und der imperialistischen Politik der Aggression und des Krieges eine Niederlage bereitet werden. Das erfordert gebieterisch konkrete praktische Maßnahmen und Aktionen auf den verschiedenen Kontinenten, um dem antiimperialistischen Kampf, den demokratischen und fortschrittlichen Kräften, allen, die eine Lösung der großen, die Menschheit bewegenden Probleme im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker erstreben, eine klare Perspektive zu weisen.

Im Bewußtsein ihrer historischen Verantwortung wenden sich die auf der Beratung vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien an alle Kommunisten der Welt, an alle Gegner des Imperialismus, an alle, die zum Kampf für Frieden, Freiheit und Fortschritt bereit sind, mit dem Aufruf zur Aktionseinheit.

1. Das vorrangige Ziel der Aktionseinheit ist die allseitige Unterstützung des heldenhaften vietnamesischen Volkes ...

2. Das Hauptkettenglied der gemeinsamen Aktionen der antiimperialistischen Kräfte bleibt auch in Zukunft der Kampf um den Frieden in der ganzen Welt, gegen die Kriegsgefahr, gegen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges, der die Völker mit der Massenvernichtung bedroht ...

3. Die Verteidigung des Friedens ist untrennbar mit dem Kampf verbunden, die Imperialisten zur friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu zwingen. Friedliche Koexistenz erfordert, die Prinzipien der Souveränität, Gleichberechtigung, territorialen Integrität eines jeden Staates, ob groß oder klein, zu respektieren, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und das Recht aller Völker auf freie Entscheidung der Frage ihrer sozialökonomischen und politischen Ordnung zu achten, die Lösung strittiger internationaler Fragen auf politischem Weg, durch Verhandlungen zu gewährleisten ...

... Die Politik der friedlichen Koexistenz widerspricht nicht dem Recht der unterdrückten Völker, im Kampf um ihre Befreiung die Mittel anzuwenden, die sie für notwendig erachtet, den bewaffneten oder nicht bewaffneten Weg zu beschreiten. Sie bedeutet in keiner Weise die Unterstützung reaktionärer Regime. Ebenso unbestritten ist das unveräußerliche Recht jedes Volkes auf militärische Verteidigung gegen die Anschläge der imperialistischen Aggressoren und auf die Unterstützung anderer Völker in diesem gerechten Kampf. Das ist ein Bestandteil des gemeinsamen antiimperialistischen Kampfes der Völker.

Die Politik der friedlichen Koexistenz wirkt den Versuchen des Imperialismus entgegen, seine inneren Widersprüche durch die Verschärfung der internationalen Spannung und durch das Schüren von Kriegsherden zu überwinden. Diese Politik bedeutet weder die Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse noch eine Abschwächung des ideologischen Kampfes. Sie trägt zur Entwicklung des Klassenkampfes gegen den Imperialismus im nationalen und internationalen Maßstab bei. Das unveräußerliche, unbestreitbare Recht und die Pflicht der Werktätigen und ihrer kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern ist der entschlossene Klassenkampf für die Beseitigung der Monopole und deren Macht, für die Durchsetzung einer wirklich demokratischen Ordnung und für die Errichtung der sozialistischen Macht, gleich auf welchem Wege. Die Kommunisten der ganzen Welt sind mit diesem gerechten Kampf solidarisch.

Die antiimperialistischen Massenaktionen sind eine der Bedingungen zur Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz ...

Die Kommunisten halten es für ihre Pflicht, gegen die von den imperialistischen Kreisen betriebene Politik der Verschärfung der internationalen Spannung und gegen jedwede Versuche dieser Kreise, zum kalten Krieg zurückzukehren, zu kämpfen. Sie sind für die Entspannung als eine der dringlichsten und aktuellsten Forderungen der Völker.

4. Es gibt keine dringendere Aufgabe, als um der Erhaltung des Friedens willen die Ausbreitung der Kernwaffen zu verhindern und den Kernwaffen-sperrvertrag in Kraft zu setzen ...

... Neben den Aufgaben, die einen generellen Charakter tragen, gibt es im Friedenskampf höchst wichtige Aufgaben mehr spezifischen oder regionalen Charakters, die die Gewährleistung der Sicherheit auf einzelnen Kontinenten oder in einzelnen geographischen Zonen zum Inhalt haben. Die Lösung dieser eng miteinander verbundenen Aufgaben entspricht den Interessen und Bestrebungen aller Kommunisten, aller antiimperialistischen Kräfte, aller Völker der Welt.

Die Interessen des Weltfriedens erfordern die Liquidierung der Militärblöcke. Die kommunistischen und Arbeiterparteien waren und sind der Meinung, daß die Existenz der von den imperialistischen Kräften aufgezwungenen Militärblöcke und Militärstützpunkte auf dem Territorium anderer Staaten ein Hindernis für die Zusammenarbeit von Staaten ist. Eine wirkliche Garantie für die Sicherheit und eine der Voraussetzungen für den Fortschritt jedes europäischen Landes ist die Errichtung eines wirksamen Systems der europäischen Sicherheit, das auf Beziehungen der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung aller Staaten des Kontinents und auf den vereinten Bemühungen aller europäischen Völker beruht. Davon ausgehend, haben sich die sozialistischen Länder bereits für eine gleichzeitige Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages ausgesprochen. Die Beratung verurteilt entschieden die provokatorischen Versuche der imperialistischen Mächte, vor allem der USA, der westdeutschen Bundesrepublik und Großbritanniens, die Aktivität der NATO zu erhöhen. Gerade die Auflösung der NATO wäre ein entscheidender Schritt zur Auflösung der Blöcke und aller Militärstützpunkte auf fremden Territorien, zur Schaffung eines zuverlässigen Systems der kollektiven Sicherheit ...

... Die Organisation eines umfassenden Kongresses der Völker Europas, der die Einberufung einer europäischen Staatenkonferenz vorbereiten und erleichtern würde, ist die vordringlichste unter diesen Friedensinitiativen.“

Bemerkung: Diese Forderung nach Einberufung eines „Kongresses der Völker Europas“ (also ohne USA und Kanada), der der eigentlichen Sicherheitskonferenz vorausgehen, und mithin die agitatorisch-psychopolitische Vorarbeit leisten soll, wurde in der westlichen Berichterstattung nahezu vollkommen unterschlagen.

5. „Die Beratung ruft die internationale Öffentlichkeit auf, allen Völkern und Ländern, die ständige Objekte aggressiver Anschläge des Imperialismus sind, unermüdete und aktive Solidarität zu erweisen...“

... Wir Kommunisten rufen zu gemeinsamen Aktionen gegen alle aggressiven Akte des Imperialismus, gegen die Entfesselung lokaler Kriege durch den Imperialismus und gegen andere Formen der Intervention in jedem beliebigen Raum der Welt auf ...

6. Die Kommunisten bekräftigen ihre Solidarität mit dem Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ...

7. Wir sind der Ansicht, daß man den Kampf gegen die faschistische Gefahr verstärken und den profaschistischen Vorstößen eine schonungslose Abfuhr erteilen muß ...

8. Wir Kommunisten wenden uns erneut an alle aufrechten Menschen der Welt mit dem Aufruf, ihre Kräfte im Kampf gegen die menschenfeindliche Ideologie und Praxis des Rassismus zu vereinen ...

9. Die Interessen des Kampfes gegen den Imperialismus, der bestrebt ist, die grundlegenden Freiheiten des Menschen zu unterdrücken, erfordern einen unermüdeten Kampf für die Erringung und Verteidigung der Rede-, Presse-, Versammlungs-, Demonstrations- und Koalitionsfreiheit, für die Gleichberechtigung aller Bürger, für die Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Allen Versuchen der Reaktion und allen von ihr erlassenen volksfeindlichen Gesetzen, die darauf gerichtet sind, die in beharrlichen Klassenkämpfen errungenen demokratischen Rechte und Freiheiten zunichte zu machen, muß eine entschiedene Abfuhr erteilt werden. Ein ständiger Kampf für die Rettung jener Patrioten und Demokraten, die in Todesgefahr schweben, für die Verhinderung rechtswidriger Gerichtsurteile gegen Kommunisten und andere Patrioten, für die Befreiung der in Gefängnissen schmachtenden Patrioten und Demokraten und um das politische Asylrecht muß im nationalen sowie im internationalen Maßstab geführt werden.

Wir Kommunisten wenden uns gegen alle Formen der Unterdrückung von Nationen und nationalen Minderheiten, sprechen uns für das Recht jeder Nation oder nationalen Gruppe aus, ihre Kultur und Sprache zu entwickeln, und verteidigen unbeirrbar das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen.

Wir Kommunisten sind überzeugt, daß es unmöglich ist, mit der Politik der imperialistischen Aggression Schluß zu machen, den Kolonialismus und Neokolonialismus für immer zu liquidieren und die Wurzeln des Faschismus und der Rassenunterdrückung auszumerzen, ohne einen entschiedenen Kampf gegen die Macht des Monopolkapitalismus für solche demokratischen Forderungen zu führen, deren Verwirklichung die Positionen des Imperialismus insgesamt

schwächt, die Herrschaft des Monopolkapitalismus in seinen Grundfesten erschüttert. Damit werden günstige Bedingungen für die Erreichung der Endziele der Arbeiterbewegung geschaffen ...

Die Kommunisten betrachten es als eine höchst aktuelle Aufgabe, die Entlarvung der verbrecherischen Politik des Imperialismus zu verstärken, die Wachsamkeit der Öffentlichkeit gegenüber seinen aggressiven Absichten und Plänen zu erhöhen.

Die Teilnehmer der Beratung wenden sich an alle Organisationen der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der Jugend, der Studenten, der Intelligenz und der Frauen, an die verschiedensten Gruppen und sozialen Schichten mit unterschiedlichen politischen, philosophischen und religiösen Überzeugungen und Anschauungen, an realistisch denkende Politiker der kapitalistischen Länder, an alle demokratischen Parteien, an die nationalen und internationalen fortschrittlichen gesellschaftlichen Organisationen mit dem Aufruf, ihre Anstrengungen mit denen der kommunistischen und Arbeiterparteien zu gemeinsamen Aktionen im antiimperialistischen Kampf für internationale Entspannung und Verteidigung des Friedens zu vereinen. Wir rufen sie alle zu einem umfassenden und konstruktiven Meinungsaustausch über einen denkbar weiten Kreis von Fragen des antiimperialistischen Kampfes auf.

Die Kommunisten sind Anhänger der demokratischen Methoden zur Vorbereitung und Verwirklichung einheitlicher Aktionen mit allen fortschrittlichen, patriotischen und friedliebenden Kräften sowohl im nationalen als auch im regionalen und im Weltmaßstab. Sie werden alles tun, was in ihren Kräften steht, um eine bessere Verständigung zwischen den zahlreichen und unterschiedlichen antiimperialistischen Strömungen und Bewegungen unter Berücksichtigung ihrer Eigenart und bei Respektierung ihrer Selbständigkeit zu erzielen. Die freiwillig und im allgemeinen Einverständnis gewählten Formen des Zusammenwirkens werden es ermöglichen, den Kampf gegen den Imperialismus auf eine neue Stufe zu heben, die den Anforderungen der gegenwärtigen Lage entspricht.“

IV.

(Schlußfolgerungen)

Der IV. Abschnitt befaßt sich mit Schlußfolgerungen über die Aufgaben und die Zusammenarbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien.

In ihm befinden sich die Kompromißformeln über nationale Eigenständigkeit und Internationalismus, die die Aufmerksamkeit der westlichen Kommentatoren erregte und zu der Folgerung führte, daß die Forderungen der KPdSU (Breshnew-Doktrin!) stark verwässert worden seien. In Anbetracht der großen Publizität, die dieser Teil des Grundsatzdokumentes der westlichen Öffentlichkeit erfahren hat, kann auf eine Wiedergabe verzichtet werden.

Die unter Abschnitt 4 und 6 abgedruckten Beiträge wurden mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift „The World Today, London“ und des „Herder Verlages, Freiburg“ veröffentlicht.